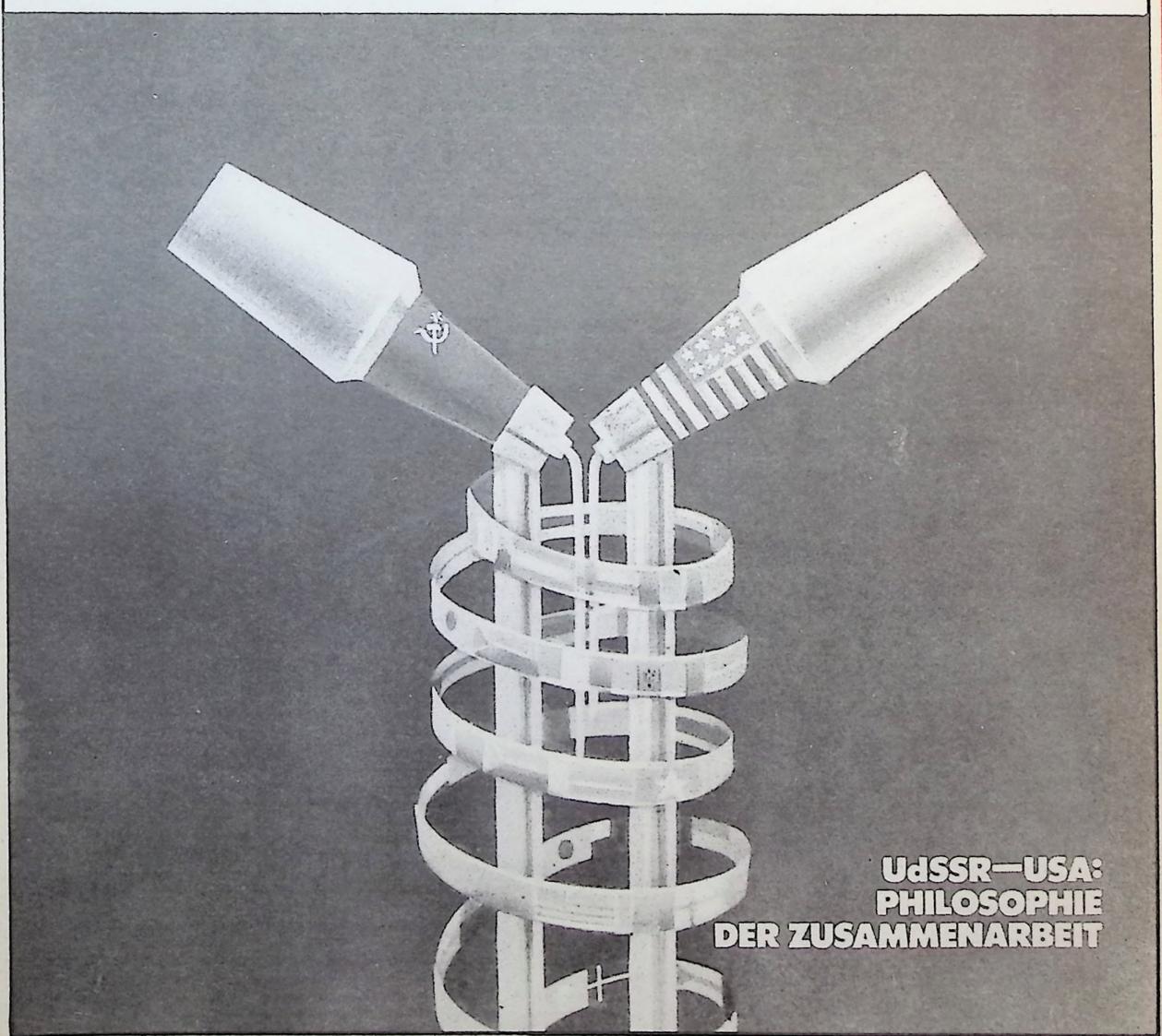


MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

WER BEZAHLT DEN
„KRIEG DER STERNE“?

NEUE ZEIT



UDSSR—USA:
PHILOSOPHIE
DER ZUSAMMENARBEIT

DIE PRESSE CHINAS ÜBER
DIE UMSTELLUNG IN DER UDSSR

SKALPELL
STATT INSULIN

1917-1987

ZEIT UND MENSCHEN

„Ich ging in die Rachmanowski-Gasse. In dem Haus, wo jetzt das Gesundheitsministerium ist, war früher das Arbeitsamt. Ich ließ mich als Arbeitsloser eintragen und bat, mich in eine Fabrik zu schicken... Zusammen mit anderen jungen Leuten wurde ich vom Arbeitsamt mehrmals geschickt, aus Güterwagen Holz, Ziegel oder Kartoffeln auszuladen.“ So begann 1923 die Laufbahn des Flugzeugkonstrukteurs Alexander Jakowlew.

Die vom zaristischen Rußland ererbte Arbeitslosigkeit wurde durch



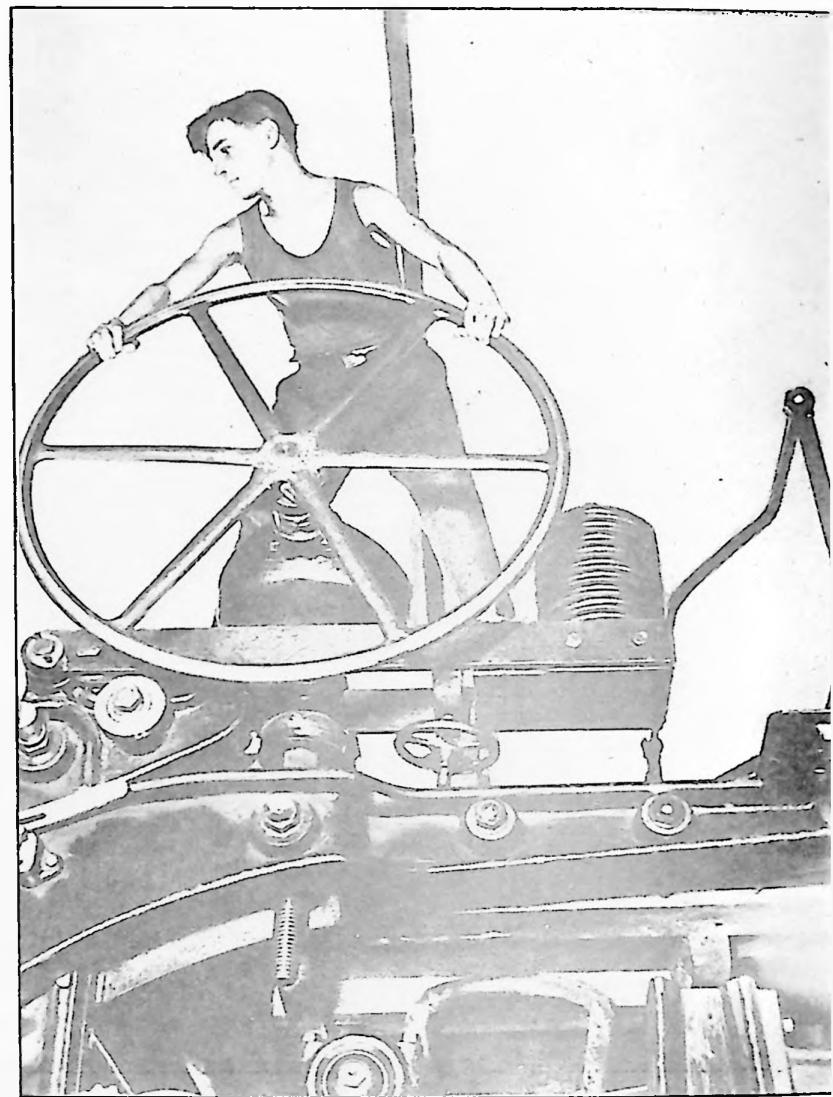
Hier in der Rachmanowski-Gasse war das Arbeitsamt, an das sich Alexander Jakowlew erinnert



Die Sirene heult. 1930.

den ersten Welt- und den Bürgerkrieg, die Intervention und den Ruin noch erschwert. Industrie und Verkehrswesen waren lahmgelegt. Viele Arbeiter aus den stillgelegten Betrieben gingen aufs Land, hoffend, sich dort ernähren zu können. In umgekehrter Richtung wanderten, von der Missernte getrieben, Bauern in die Städte, um Arbeit zu finden.

Die Sowjetmacht tat alles, um den Arbeitslosen ihr Los zu erleichtern. Arbeitsämter wurden umorganisiert und neue geschaffen. Die Arbeitslosen bekamen Unterstützung und Kleidung, sie brauchten keine Steuern und kommunale Abgaben zu zah-



Komsomolze am Steuer. 1931

len und konnten ärztliche Hilfe gratis in Anspruch nehmen. Für Jugendliche wurden Arbeitskolonien, Kantinen und Heime eingerichtet. Das Problem selbst blieb ungelöst.

Nach dem Bürgerkrieg erreichte die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt. Das Land lag darnieder, die Soldaten wurden demobilisiert. Im Januar 1922 waren 160 000 Arbeitslose eingetragen (bei insgesamt 4,6 Millionen Arbeitern). Ein Jahr später waren es 641 000 und im Juli 1924 über 1 Million.

Die Sowjetmacht sah den Ausweg im Ausbau der Industrie. Aber Ende 1926, als die vom Krieg zerrüttete Wirtschaft wie-

derhergestellt war, gab es noch immer über 1 Millionen Arbeitslose. Viele konnte man nicht in Betrieben einsetzen, denn sie hatten nicht die nötige Bildung. Die Ausbildung von Arbeitskräften, möglichst von Arbeitslosen, wurde beschlossen.

Im ersten Planjahr fünf entstanden Riesenbetriebe. Überall wurden Arbeiter gebraucht. Auf dem Land begann die Kollektivierung.

Die Arbeitslosigkeit nahm schnell ab. Ende 1930 war sie faktisch behoben. Die Sowjetmacht hatte in knapp 15 Jahren geschafft, was vielen kapitalistischen Ländern unmöglich ist.

IN DIESEM HEFT:

2 AUFRUF ZUM HANDELN
Aus der Ansprache
Michail Gorbatschows
vor Arbeitskollektiven
des Kosmodroms Baikonur und
der Stadt Leninsk

**3 G. Kornjenko. RÜCKBLICK
UM VORAUSZUSCHAUEN**

6 UdSSR--Frankreich
E. Arsenjew. GEHT ES NICHT
OHNE SCHWANKUNGEN!

7 Panorama

12 Vom Ort des Geschehens
L. Besymenski. DIE LETZTE FLUCHT

13 Süden Afrikas
B. Piljazkin. LÄNGST
ÜBERFÄLLIGE LÖSUNG

15 Frankreich
V. Chrekow. WAS HATTE MATA HARI
MIT "ARIANE" VOR?

16 Notizen, Glossen

18 Afghanistan
STRATEGIE UND TAKTIK
DER NATIONALEN VERSÖHNUNG
Der Generalsekretär des ZK
der Demokratischen Volkspartei
Afghanistans, Najib,
antwortet auf Fragen
von DVPA-Mitgliedern



Irangate: Robert McFarlane
sagt aus



Kaukasus, Dagomys:
schön und rationell



Amnestierte Duschmanen
kehren heim

20 Zusammenarbeit
MAVROVO BAUT

22 NZ-Recherchen
L. Jelin
GENERAL SINGLAUB SAGT AUS

25 UdSSR: Umstellung und Demokratie
S. Gontscharow, O. Artemjewa
IM SPIEGEL DER CHINESISCHEN
PRESSE

26 A. Kirejew. WER BEZAHLT
DEN "KRIEG DER STERNE"?

28 Medizin
T. Firsowa. DIABETES: INSULIN
ODER SKALPEL?

30 Länder und Kontinente
O. Skalkin. **VANUATU:**
STATT ZWEIER FREMDER
EINE EIGENE FLAGGE

32 Kultur und Politik
O. Tortschinski
EIN RUSSE SIEHT INDIEN

Titelbild: Plakat von M. Prokopenko

NEUE ZEIT

Chefredakteur

V. IGNATENKO

Redaktionskollegium:

L. BESYMEINSKI,

S. GOLJAKOW,

J. GUDKOW

(verantw. Sekretär),

A. LEBEDEW,

A. PIN,

B. PISTSCHIK

(stellv. Chefredakteur),

A. PUMPJANSKI

(stellv. Chefredakteur),

V. TSCHERNJAWSKI

(stellv. Chefredakteur)

Verantwortlicher

Redakteur der

deutschen Ausgabe

R. KRESTJANINOW

AUFRUF ZUM HANDELN

Aus der Ansprache Michail Gorbatschows vor Arbeitskollektiven des Kosmodroms Baikonur und der Stadt Leninsk

In dem dank der Arbeit und dem Talent sowjetischer Wissenschaftler, Arbeiter, Ingenieure und Militärspezialisten entstandenen einzigartigen Forschungs- und Testkomplex hat Lenins Traum, aus unserem Staat eine Industriegroßmacht zu machen, greifbare Gestalt angenommen.



Das hier ist ein regelrechtes Testgelände für moderne technische Ideen, und es ist in allen seinen Hauptgliederungen nach dem letzten Stand der Wissenschaft und Technik ausgerüstet.



Ich möchte folgendes hervorheben. Hier, auf dem Kosmodrom, ist alles — angefangen von den hochkomplizierten Startanlagen, den Testständen und den Labors bis zu den mächtigen Trägerraketen, den Raumfahrtapparaten und ihren mit moderner Rechentechnik und hochempfindlichen Geräten ausgestatteten Funktionssystemen in unserem Land entwickelt worden, es ist von hoher Qualität und modernem technischem Niveau. Mir fällt da wieder eine einfache, aber wichtige Frage ein: Wieso suchen wir manchmal ganz simple Dinge im Ausland zu kaufen, wo wir heute doch fähig sind, so enorme und komplizierte Aufgaben zu lösen?

Alles hier Gesehene bringt einen zu der festen Überzeugung, daß wir in diesem Sinne nicht als Bittsteller ins Ausland zu gehen brauchen. Keine Embargos, keine Verbote gewisser Auslandskreise, uns Technologien und Ausrüstungen zu verkaufen, werden die Entwicklung unseres Landes, die Erfüllung der mit der Umstellung und mit der Beschleunigung unserer Wirtschaft zusammenhängenden großen sozialen und wirtschaftlichen Pläne aufhalten.



Den Aufgaben, die der 27. Parteitag unserer Wissenschaft und Technik und vor allem unserem Maschinenbau gestellt hat, sind wir gewachsen, und wir werden sie lösen. Das ist der wichtigste Hebel dafür, unsere Wirtschaft voranzubringen, auf ein neues technisches Niveau zu heben und zu erreichen, daß alle Zweige der Volkswirtschaft sparsamer mit den Ressourcen umgehen.



Unser Kurs auf einen friedlichen Weltraum ist kein Zeichen von Schwäche. Darin kommt die friedliebende Außenpolitik der Sowjetunion zum Ausdruck. Wir bieten der internationalen Gemeinschaft die Zusammenarbeit bei der Erschließung des friedlichen Weltraums an. Das findet in der ganzen Welt Resonanz. Wir sind gegen das Wettrüsten, auch das im Weltraum.

2

Die herrschenden Kreise der USA strengen sich jetzt krampfhaft an, den sich andeutenden Fortschritt bei den Bemühungen um Verständigung zu behindern. Jetzt ist in der Weltlage ein verantwortungsvoller Moment eingetreten, und wir müssen dynamisch und überlegt handeln und werden alles Erforderliche tun, um reale Fortschritte herbeizuführen. Unsere Interessen decken sich in dieser Hinsicht mit denen des amerikanischen Volkes und der anderen Völker der Welt. Sie decken sich nicht mit den Interessen derer, die am Wettrüsten verdienen und sich über den Weltraum die militärische Überlegenheit verschaffen wollen.



Heute kommt es mehr denn je darauf an, daß die Weltöffentlichkeit, daß alle Fortschrittskräfte den Kampf mit den Kräften aufnehmen, die die Abrüstung nicht wollen. Alles, was Fragen des Wettrüstens angeht, ist jetzt so ernst, daß die Welt gleichsam am Scheideweg steht. Es fragt sich, wohin sie gehen wird.

Man darf die Chance nicht ungenutzt lassen, die sich dank unseren politischen Initiativen bietet. Sie wird von weiten Kreisen der Welt unterstützt. Wir werden konsequent handeln, um in den internationalen Beziehungen eine Besserung herbeizuführen.



Alles Gerede von einem Schutz vor Kernwaffen ist Betrug an den Völkern. Von diesem Standpunkt aus beurteilen wir auch die sogenannte strategische Verteidigungsinitiative, die die US-Administration zu verwirklichen sucht.

SDI bedeutet nicht nur Ausplünderung des Steuerzahlers. Vom Standpunkt der Verteidigung ist das Unternehmen sinnlos. Was ist das Gefährlichste an SDI, wovon wir wissen müssen? SDI zerstört die strategische Stabilität, und das Wettrüsten greift auf den Weltraum über. Das wird das Wettrüsten auf der Erde weiter aufheizen.



Wir sind entschieden dagegen, daß das Wettrüsten auf den Weltraum übertragen wird. Wir sehen unsere Pflicht darin, der ganzen Welt zu zeigen, wie gefährlich SDI ist.

Wir sind überzeugt: Wenn wir so vorgehen, dann handeln wir im Interesse des Sowjetvolks und der anderen Völker. Wir richten unseren Appell zum Handeln an alle.



Die Menschen sind über die Weltlage besorgt. Der Widerstand gegen den Militarismus nimmt zu. Wir wissen die Bemühungen der Weltöffentlichkeit im Kampf gegen die Kriegsgefahr gebührend zu schätzen.

RÜCKBLICK UM VORAUSZUSCHAUEN

Georgi KORNIJENKO

Vor 15 Jahren, am 26. Mai 1972, wurden in Moskau die beiden ersten sowjetisch-amerikanischen Dokumente über strategische Rüstungen unterzeichnet: das Zeitweilige Abkommen über einige Maßnahmen auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen und der Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme.

Wie schwer es war, sich zu einigen

Zu jener Zeit waren bereits vier multilaterale Abkommen über Nuklearwaffen in Kraft: über das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser (1963), über das Verbot der Stationierung jeglicher Waffengattungen im Kosmos (1967), der Atomsperrvertrag (1968) und der Vertrag über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresgrund und Ozeanboden und in deren Untergrund (1971).

All diese Abkommen, die der Initiative und den beharrlichen Anstrengungen der Sowjetunion zu verdanken sind, waren von überaus großer Bedeutung. Sie zeigten erstmals, daß sich die Menschheit der Notwendigkeit bewußt wird, die weltweite Ausbreitung der Nuklearwaffen zu stoppen und deren Übergreifen auf den Weltraum zu verhindern.

Doch bei all ihrer Bedeutung verhinderte keines dieser vier Abkommen die quantitative Aufrüstung und die qualitative Vervollkommenung der Nuklearwaffen durch die fünf Staaten, die zum damaligen Zeitpunkt solche Waffen besaßen.

Und da vereinbarten 1972 die beiden stärksten Mächte, gewisse Grenzen für eine Aufstockung ihrer strategischen offensiven Raketen- und Kernwaffen zu setzen und ihre strategischen Defensivsysteme auf ein Mindestmaß zu begrenzen.

All das zu vereinbaren, war alles andere als einfach. Hier machten sich sowohl rein objektive Schwierigkeiten bemerkbar, verbunden mit der Notwendigkeit, einen gemeinsamen Nenner bei allen Unterschieden in den Strukturen der strategischen Rüstungen der Seiten zu finden, bei Unterschieden, die sich durch historische, geographische, technologische und andere Gründe erklären. Als nicht geringer erwiesen sich Schwierigkeiten subjektiver, psychologischer Natur. Mußten ja die führenden Repräsentanten und Vertreter der beiden Mächte erstmals viele Fragen erörtern, die streng geheime Waffensysteme betrafen.

Absage an den ABM-Vertrag — eine Analyse der Logik

Besonders kompliziert war es, die psychologische Barriere bei der Ausarbeitung des ABM-Vertrags zu überwinden. Die Verteidigung eines Landes gilt seit eh und je als etwas Unantastbares — wie kann man da auf sein Recht auf Verteidigung verzichten? Dieses Motiv läßt sich in den Äußerungen nicht nur vieler amerikanischer, sondern auch mancher sowjetischer Politiker jener Zeit verfolgen, auf die gewisse Leute im Westen nur zu gern verweisen.

Wichtig jedoch ist, daß das gemeinsame Verständnis überwiegt: Im Zeitalter der Nuklearraketen kann das unbestreitbare Recht jedes Landes auf Verteidigung — und dieses Recht wird stets als solches bestehen — am besten durch den beiderseitigen Verzicht auf eine landesweite Raketenabwehr verwirklicht werden.

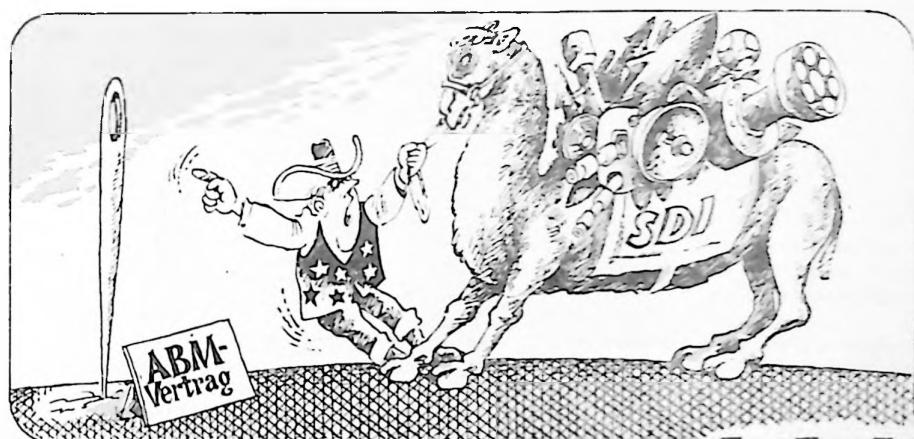
Nur auf den ersten Blick erscheint diese Schlußfolgerung merkwürdig. Unterdes wird sie jeder verstehen, der das Wesen der Frage erfassen will. Das aber

Gegenschlag auf ein durchaus "annehmbarer" Maß zu beschränken.

Das aber würde die andere Seite zwingen, entweder ein eigenes großangelegtes Raketenabwehrsystem aufzubauen oder über die strategischen Offensivwaffen wesentlich aufzustocken und zu vervollkommen — am wahrscheinlichsten aber, sowohl das eine wie das andere und vielleicht noch etwas mehr zu tun. Das Ergebnis wäre eine endlose Eskalation des Wettrüstens, bei dem jede weitere Runde die Nuklearriegsgefahr potenziert.

So sieht die Logik aus, die vor 15 Jahren den sowjetisch-amerikanischen Vertrag hervorbrachte, dem zufolge jede Seite auf die Schaffung einer landesweiten Raketenabwehr verzichtete. Diese Gesetze der Logik gelten immer. Deshalb wurde der Vertrag auch unbefristet geschlossen.

Natürlich erschwerte das die Ausarbeitung des Vertrages zusätzlich — denn es mußten solche Lösungen gefunden und in solche Formulierungen gegossen werden, die ihren Sinn mit der Zeit nicht verlieren sollten. Und sie wurden, wenn auch in harter Arbeit, gefunden — im ABM-Vertrag gibt es keinerlei Unklarheiten. Daß jetzt in Washington diverse "Neuinterpretationen" dieses Dokuments auftauchen, erklärt sich keineswegs da-



Zeichnung: N. Stscherbakow

besteht darin, daß sich bei einem Nichtvorhandensein landesweiter Raketenabwehrsysteme jede Seite bewußt sein muß: Wenn sie gegen die andere einen Nuklearschlag führt, wird selbst ein abgeschwächter Gegenschlag ihr selbst unannehbare Schaden zufügen. Die Entwicklung eines großangelegten Raketenabwehrsystems durch eine Seite würde bei der anderen unweigerlich die Befürchtung wecken, dies geschehe, um bei einem überraschenden nuklearen Erstschlag mit Hilfe dieses Systems den auch ohnehin bereits geschwächten

durch, daß irgend etwas dort unklar gefäßt wäre, sondern durch die Absicht, den Vertrag überhaupt sinnlos werden zu lassen.

Warum brauchten die Seiten bei allen Schwierigkeiten der Ausarbeitung der ersten sowjetisch-amerikanischen Vereinbarungen zur Begrenzung der strategischen Rüstungen, darunter des ABM-Vertrages, dafür gar nicht so viel Zeit (vom Beginn der Verhandlungen 1969 bis zur Unterzeichnung der Dokumente im Mai 1972 waren es wenig mehr als zweieinhalb Jahre)?

Siege und Niederlagen des Realismus

Das wurde zweifelsohne dadurch möglich, daß die damalige amerikanische Führung unter Präsident Richard Nixon, die das Kräfteverhältnis in der Welt und dessen weitere Entwicklung realistisch einschätzte, zusammen mit der sowjetischen Führung zu dem vernünftigen Schluß kam: Im Nuklearzeitalter gibt es keine andere Grundlage für die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR als die friedliche Koexistenz.

Aus dieser prinzipiellen Schlußfolgerung, die in den Grundlagen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA formuliert ist, ergab sich die gegenseitige Bereitschaft beider Länder, Fragen, die die Begrenzung ihrer strategischen Rüstungen betreffen, auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zu lösen.

Auf dieser prinzipiellen Grundlage ihrer bilateralen Beziehungen schlossen die UdSSR und die USA nach den ersten Abkommen von 1972 bereits ein Jahr später das Abkommen über die Verhinderung eines Nuklearkrieges und einigten sich auf die Grundprinzipien der Verhandlungen über eine weitere Begrenzung der strategischen Rüstungen. Ein weiteres Jahr später, 1974, unterzeichneten die Seiten das Protokoll zum ABM-Vertrag, in dem sie sich verpflichteten, ihre Raketenabwehrsysteme noch weiter zu begrenzen, sowie den Vertrag über die Festlegung einer Obergrenze für die Stärke unterirdischer Kernwaffentests (Schwellenvertrag). Im gleichen Jahr wurden die Hauptelemente auch des nächsten, weitergehenden Dokuments als das Zeitweilige Abkommen von 1972 abgestimmt, des Vertrages über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (die "Vereinbarung von Wladivostok").

Wenn dann die Ausarbeitung dieses Vertrages (SALT 2) gebremst und erst nach fünf Jahren abgeschlossen wurde und der Vertrag, der schließlich 1979 unterzeichnet wurde, unratifiziert blieb, so hat auch das seine Erklärung. Bereits in diesen Jahren erstarkten in den USA jene Kräfte, die sich nicht mit der Notwendigkeit abfinden wollten, die Beziehungen zur UdSSR auf der Grundlage der Gleichheit zu entwickeln.

Diese Kräfte regten sich besonders nach dem Machtantritt der Reagan-Administration. Eine Außenpolitik der Stärke wurde verkündet, das Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit in den Beziehungen zur UdSSR verworfen. Der Präsident selbst und Verteidigungsminister Weinberger erklärten das ganz offen. Und wenn sie mit der Zeit

unter dem Druck der Umstände auch diese Gedanken weniger direkt äußern, so betonen sie doch nach wie vor die Gewalt, das Ziel der militärischen Oberlegenheit.

Als Hauptmittel zur Erreichung dieses Ziels wählt die Reagan-Administration in der Hoffnung auf die technologische Überlegenheit der USA den Versuch, den Weltraum zu militarisieren. "Sollte es uns gelingen, ein System zu schaffen, das die sowjetischen Waffen unwirksam werden läßt, dann können wir zu der Situation zurückkehren, da die USA das einzige Land, das Nuklearwaffen besaßen, waren", bestimmt Mr. Weinberger unverhohlen das Ziel des US-Weltraumprogramms, der „Strategischen Verteidigungsinitiative“ (SDI).

Wie Richard Perle „fast vom Stuhl gefallen“ wäre

Eben da stand den Plänen der Reagan-Administration der ABM-Vertrag im Weg. Anfangs versuchte Washington einfach, diesen Vertrag zu ignorieren, wobei man behauptete, SDI sei nur ein harmloses Forschungsprogramm, das den ABM-Vertrag keineswegs verletze.

Doch dieser simple Trick klappte nicht. Die SDI-Drahtzieher konnten es unterdes gar nicht abwarten, die Verwirklichung ihres Programms schnellstmöglich in Angriff zu nehmen. Sie unternahmen ein neues Manöver - sie erfanden die "weite Interpretation" des ABM-Vertrags. Sie läuft auf die Behauptung hinaus, das durch Art. V des Vertrages vorgesehene Verbot für die Schaffung (Entwicklung), die Erprobung und die Aufstellung von weltraum- und anders mobil gestützten Komponenten eines Raketenabwehrsystems gelte nur für jene Komponenten, die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses bestanden hätten und die in Art. II (Antiraketen, ihre Startrampen und Funkmeßstationen eines bestimmten Typs) aufgeführt sind. Systeme und Komponenten der Raketenabwehr aber, die im SDI-Rahmen entwickelt würden und auf anderen physikalischen Prinzipien beruhten, könnten angeblich ohne Einschränkungen geschaffen und erprobt werden, unter anderem auch im Weltraum. Und nur die Frage, wie weit sie stationiert werden können, wäre abzustimmen. Hierbei verweist man auf eine Anlage zum Vertrag, in der Raketenabwehrsysteme eines solchen neuen Typs erwähnt werden (Erklärung D).

Die juristische Unbegründetheit, ja, die logische Absurdität einer solchen "Interpretation" wird jedem klar, der sich den Text des ABM-Vertrages einmal durchliest. In seinem Art. II findet sich die klare Festlegung: "In diesem Vertrag wird ein System zur Bekämpfung strategischer ballistischer Raketen oder ihrer Elemente auf Flugbahnen als Raketenab-

wehrsystem angesehen." Diese Definition ist funktionaler Art. Es geht um ein beliebiges System, das Raketen zu treffen vermag (das wird übrigens auch dadurch bestätigt, daß im englischen Text der unbestimmte Artikel vor dem Wort "System" steht). Die Tatsache, daß besagte funktionale Definition des Begriffs "Raketenabwehrsystem" durch die Aufzählung von Komponenten ergänzt wird, aus denen ein solches System "gegenwärtig besteht" (zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung), unterstreicht ein weiteres Mal, daß die in dem Artikel genannten Komponenten (Antiraketen, ihre Startrampen und Funkmeßstationen) keineswegs als für alle Zeiten erschöpfende Aufzählung angesehen werden können. Sollte ja durch die Konkretisierung „gegenwärtig“ gerade eine Fehlinterpretation von Art. II ausgeschlossen werden.

Die völlige Haltlosigkeit von Hinweisen auf die Erklärung D wird auch aus ihrem Text selbst deutlich: Die Erklärung erlaubt die Entwicklung und Erprobung bodengestützter stationärer Raketenabwehrsysteme eines neuen Typs, um bestehende Systeme in den vom Vertrag erlaubten begrenzten Regionen - je eine für jede Seite - zu ersetzen. Mit Art. V, der die Entwicklung weltraumgestützter und anderer mobiler Raketenabwehrsysteme untersagt, hat diese Erklärung überhaupt nichts zu tun.

Auch die jetzige Administration legte diese einzige richtige Interpretation in ihren Jahresberichten für den US-Kongreß dar - bis 1985, als im Pentagon die "weite Interpretation" erfunden wurde. Obgleich es allgemein heißt, der Rechtsberater des State Department, A. Sofaer, habe diese "Interpretation" erfunden, wurde dieser Jurist in Wirklichkeit erst später zur Formulierung der Neuinterpretation herangezogen - offenbar, um die Erfindung solider erscheinen zu lassen. Tatsächlich aber wurde die "weite Interpretation" gerade im Pentagon ausgeheckt, im Apparat des Beraters des US-Verteidigungsministers Richard Perle. In seinem Auftrag machte Mr. Kunsberg, ein New Yorker Jurist, der sich bislang nur mit dem Pornobusineß und der Mafia befäßt hatte, nach nur einer Woche Studium der Materialien zum ABM-Vertrag eben die "Entdeckung", die der Auftraggeber verlangt hatte. (Der "Washington Post" zufolge soll, als Kunsberg Mr. Perle die Ergebnisse seiner "Untersuchungen" darlegte, letzterer vor Freude "fast vom Stuhl gefallen" sein.)

Mit Hinweisen auf die wahre Sachlage und überzeugenden Argumenten gegen die von Perle und Co. ersonnene absurde Interpretation des Vertrages meldeten sich alle Amerikaner, die an dessen Ausarbeitung beteiligt waren (mit Ausnahme von Paul Nitze, der zu den Vertragsgegnern überwechselte) zu Wort, vier Vorgänger A. Sofaers im Amt

Nguyen Van Linh in Moskau

Auf Einladung des ZK der KPdSU weilte Nguyen Van Linh, Generalsekretär des ZK der KP Vietnams, vom 18. bis zum 21. Mai zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Moskau.

Michail Gorbatschow und Nguyen Van Linh gaben ihrer tiefen Genugtuung über die dynamischen Beziehungen zwischen beiden Parteien und Ländern Ausdruck. Auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus beruhend, sind diese Beziehungen fest im Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit verankert.

Bei der Erörterung von Schlüsselfragen der weltweiten Entwicklung wurde die Entschlossenheit beider Parteien und Länder erhärtet, im Kampf für die Konsolidierung des Friedens und der Völkersicherheit die Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Staaten sowie allen fortschrittlichen und friedliebenden Kräften weiter zu festigen.



des Rechtsberaters des State Department, sechs Vorgänger Caspar Weinbergers als Verteidigungsminister sowie der Vorsitzende des Streitkräfte-Ausschusses des Senats, Sam Nunn. Diese Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Nichtsdestoweniger beharrt die Reagan-Administration darauf, den ABM-Vertrag zu torpedieren, wie sie das bereits mit SALT 1 und SALT 2 getan hat. Doch sie versteht, daß es unmöglich ist - beim bestehenden politischen Kräfteverhältnis in den USA, einschließlich des Kongresses, ja in der Welt insgesamt - den ABM-Vertrag direkt aufzukündigen. Der Vertrag enthält zwar eine Bestimmung über das Recht jeder Seite, den Vertrag nach vorheriger Benachrichtigung, sechs Monate zuvor, zu verlassen. Doch dieses Recht darf nicht mißbraucht werden. Ein solcher Entschluß ist mit Beweisen dafür zu begründen, daß außerordentliche Umstände aufgetreten sind, die mit dem Inhalt des Vertrages zusammenhängen und die die höchsten Interessen des Staates gefährden. Da keinerlei derartige Umstände gegeben sind, begreift man im Weißen Haus, daß das Gegenteil niemandem, darunter auch nicht dem US-Kongreß, bewiesen werden kann - ohne die Zustimmung des Kongresses aber ließe sich eine solche wahnwitzige Aktion nicht durchführen.

Deshalb ist der US-Administration neben Versuchen, den ABM-Vertrag durch eine "weite Interpretation" zu entstellen, sehr daran gelegen, die sowjetische Seite zu überreden, auf den Vertrag zu verzichten, ihn durch irgend einen anderen zu ersetzen, der die Entwicklung weltraumgestützter Raketenabwehrsysteme regeln würde. Einen

entsprechenden Vorschlag machte Präsident Reagan in Reykjavik. Trotz der eindeutig negativen Reaktion der Sowjetunion kehrt die amerikanische Seite immer wieder zu diesem Vorschlag zurück.

Die Überlegungen der US-Sprecher laufen hierbei auf folgendes hinaus. Wenn der ABM-Vertrag irgendwann einmal einen Sinn hatte, dann nur deshalb, weil damals die technischen Möglichkeiten für die Schaffung eines effektiven Raketenabwehrsystems nicht bestanden. Jetzt aber seien solche Möglichkeiten gegeben, und deshalb habe dieser Vertrag nicht nur seinen Sinn verloren, sondern sei auch "amoralisch" geworden, da er die Entwicklung von Raketenabwehrsystemen, die die Menschen schützen könnten, verhindere.

Diese Überlegungen zeugen von einer völlig verqueren Logik. Natürlich bestreitet niemand die Tatsache, daß in den Jahren seit dem Abschluß des ABM-Vertrages Wissenschaft und Technik riesige Fortschritte gemacht haben. Doch wenn man daher heute ein effektiveres Abwehrsystem schaffen kann als Anfang der 70er Jahre, dann wird doch die Notwendigkeit, den ABM-Vertrag zu bewahren, ja mehr noch, ihn zu festigen, nicht geringer, sondern größer, bedingt durch eben jene Logik, die zum Vertrag führte.

Natürlich reicht es nicht, einfach all das zu bewahren, worauf man sich früher geeinigt hatte. Das reicht auch deshalb nicht, weil alle früheren Vereinbarungen bei all ihrer Bedeutung die Gefahr eines Nuklearkrieges nur verringern, sie aber nicht vollständig beseitigen können.

Der reale Weg zur Erreichung dieses großen Ziels wurde in der Erklärung des

Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 ausgezeigt. Sie ist ein detailliertes Programm für die Beseitigung der Nuklearwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen in historisch kurzer Zeit - bis zum Jahr 2000.

Bereits danach unternahm die Sowjetunion weitreichende Schritte, um dem Prozeß der nuklearen Abrüstung Impulse zu geben. Dafür machte sie einige bedeutende Zugeständnisse bei den erörterten Fragen - sowohl bei den Mittelstreckenraketen größerer und geringerer Reichweite als auch bei den strategischen Offensivwaffen.

Doch während die Lösung der Fragen, die sich auf die Mittelstreckenraketen größerer und geringerer Reichweite beziehen, möglich ist als Einzelvereinbarung, so wird eine radikale Reduzierung und nachfolgende Beseitigung der strategischen Nuklearwaffen nur in Verbindung mit Maßnahmen, die ein Wettrüsten im Weltraum, darunter die Schaffung eines weltraumgestützten Raketenabwehrsystems, verhindern, möglich sein. Da besteht ein organischer, unlösbarer Zusammenhang, von dem Michail Gorbatschow ein weiteres Mal mit aller Bestimmtheit am 28. Februar sprach.

Fortschritte bei den Mittelstreckenraketen größerer und geringerer Reichweite ebenso wie in umfassenderer Hinsicht - in Richtung auf eine kernwaffenfreie Welt - hängen davon ab, welche Schlüsse man in Washington aus den Erfahrungen der Vergangenheit und aus der jetzt entstandenen Situation zieht. Davon, ob man dort endlich auf die Stimme der Vernunft hört.

Geht es nicht ohne Schwankungen?

Nachwort zum Chirac-Besuch

Die sowjetisch-französische Zusammenarbeit ist auf eine harte Probe gestellt, sie muß sich vor der Zukunft bewahren. Auf diese Weise schätzt der sowjetische Regierungschef Nikolai Ryschkow die Bedeutung und Besonderheit der gegenwärtigen Etappe in den Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern ein.

Deshalb war der UdSSR-Besuch Premierminister Chiracs besonders wichtig. Das war sein erster Besuch in unserem Land nach dem Wahlsieg der Rechten 1986.

In Moskau wurde ihm ein Empfang bereitstellt, wie er dem Regierungsoberhaupt eines Landes gebührt, das die Sowjetbürger seit jeher als festen Bestandteil der europäischen und weltweiten Politik betrachten, ebenso wie ihre Beziehungen zu diesem Land. Von besonderer Bedeutung war, daß der französische Premierminister vom Generalsekretär des ZK der KPdSU empfangen wurde. Ihr ausführliches Gespräch betraf das sowjetisch-französische Verhältnis wie auch die Schlüsselfragen der Sicherheit und Abrüstung in Europa in der durch die sowjetischen Vorschläge über die Beseitigung von Mittelstreckenraketen in Europa herbeigeführten neuen Situation.

Wie der Meinungsaustausch bestätigte, stoßen in der französischen Politik gegenüber der UdSSR immer wieder zwei einander entgegengesetzte Tendenzen: eine realistische, die der Rolle und Bedeutung des sowjetisch-französischen Dialogs Rechnung trägt, und eine unfreundliche, auf Vorurteilen und überlebten Vorstellungen beruhende Tendenz. Oft wirken sich die Interessen des innenpolitischen Kampfes auf die Haltung der französischen herrschenden Kreise aus. Wie bekannt, ist in Frankreich faktisch schon der Wahlkampf im Gange. Jacques Chirac wird offenbar einer der Hauptkandidaten der Rechtskräfte für den Posten des Präsidenten sein.

Das sowjetische Herangehen dagegen ist frei von allen konjunkturbedingten Schwankungen. Wir betrachten Frankreich als einen gleichberechtigten Partner, mit dem die UdSSR seit der Zeit General de Gaulles umfassende und resultative Kontakte unterhält. Bei den Verhandlungen mit J. Chirac erklärte sich Moskau erneut zu einer konstruktiven bi- und multilateralen Zusammenarbeit mit Paris bereit, um die Entspannung und den Frieden in Europa und der Welt zu festigen und die Lösung der Probleme, denen sich die Menschheit gegenüber sieht, zu fördern.

Im Mittelpunkt der Moskauer Verhandlungen standen vor allem Probleme der Abrüstung und der Befreiung des Kontinents von Kernwaffen. In dieser grundlegenden Frage ist der französische Regierungschef noch immer in der Kon-

zeption der „Abschreckung“ und des „Gleichgewichts des Schreckens“ gefangen. Er äußerte wiederholt sein Credo, das auf der Anbetung der Kernwaffen beruht. Kurz vor seinem Moskau-Besuch hatte er alles, was von ihm abhing, getan, um den sowjetischen Initiativen zur nuklearen Abrüstung eine geschlossene Meinung der westlichen Länder entgegenzusetzen. Bei allem Eifer erlaubten es die Gegensätze zwischen den westlichen Ländern Jacques Chirac nicht, als Führer einer einheitlichen atlantischen Position aufzutreten.

Selbstverständlich muß Frankreich selbst entscheiden, was es zur Lösung der Probleme von Sicherheit und Abrüstung beitragen und wie es sich zum Prozeß der nuklearen Abrüstung verhalten soll. Immer klarer wird jedoch, daß die negative Einstellung der herrschenden Kreise in Paris zu den sowjetischen Vorschlägen die Bewegung zu einer sichereren, kernwaffenfreien Welt bremsen kann.

In seiner Ansprache im Kreml stellte J. Chirac fest, daß unsere beiden Länder in diesem Jahrhundert zweimal Schulter an Schulter gekämpft haben. Viele sowjetische und französische Soldaten haben im gemeinsamen Kampf gegen den deutschen Faschismus ihr Leben gegeben.

Heute haben unsere Völker wieder einen gemeinsamen Feind, der noch viel schrecklicher als der deutsche Faschismus ist. Dieser gemeinsame Feind heißt Kernwaffenkrieg, und wir fordern Frankreich und die anderen Länder auf, unsere Bemühungen zu vereinigen, um die nukleare Gefahr zu bannen und ein günstiges Klima für die Reduzierung und dann auch Beseitigung von Kernwaffen zu schaffen.

Leider begannen in einem dermaßen verantwortungsvollen Moment zwischen uns Schwierigkeiten. Schuld daran sind die Gegner unserer Zusammenarbeit in Frankreich. In Moskau wurde J. Chirac offen gesagt, daß die sowjetische Öffentlichkeit die immer neuen antisowjetischen Aktionen mit Befremden und Unruhe verfolgt. Wie Nikolai Ryschkow feststellte, weigern sich die Sowjetbürger zu verstehen, warum sich in Frankreich, für dessen Volk wir nur gute Gefühle hegen, Äußerungen von Animosität gegen unser Land und seine Politik wie eine Infektionskrankheit ausbreiten.

Vertreter der herrschenden Kreise in Paris lassen sich gern über das Thema der Menschenrechte aus. Auch J. Chirac wandte sich ihm wiederholt zu. Dabei verfolgen gerade diese Kreise eine Politik, die fast 3 Millionen Franzosen eines der wichtigsten Rechte des Menschen, des Rechts auf Arbeit, beraubt. Und es sind die französischen Behörden, die Gewerkschaftaktivisten schikanieren und auf Massenaktionen der Jugend mit

Repressalien antworten. Es ist auch die französische Justiz, die ihre unbegründeten Beschuldigungen gegen die Sowjetbürgerin Ludmilla Warigina bisher nicht zurückgenommen hat.

Unter den gegenwärtigen Umständen ist es wichtig, daß die französische Seite Loyalität und den Willen zur Wiederherstellung der freundschaftlichen zweiseitigen Beziehungen, zu deren neuer Intensivierung an den Tag legt. Der Umbau in der UdSSR, von dem J. Chirac bei den Gesprächen im Kreml ausführlich informiert wurde, sowie die völlig neuen Vorschläge der UdSSR zu vielen internationalen Fragen bieten beispiellose Möglichkeiten für die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern.

Wie die sowjetisch-französischen Gespräche zeigten, stimmen die Ansichten der UdSSR und Frankreichs in mehreren großen Fragen weitgehend überein. Das betrifft die Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses gemäß den Vereinbarungen von Helsinki, die Erhöhung der Rolle Europas in den internationalen Angelegenheiten, die Abwendung einer Militarisierung des Weltraums, die Einhaltung des ABM-Vertrags, die Nahostregelung und einige andere Fragen.

Eine zentrale Stelle gehörte bei den Moskauer Verhandlungen Fragen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Beide Länder äußerten ihre Besorgnis darüber, daß der Handel zwischen Moskau und Paris in letzter Zeit etwas zurückgegangen ist.

Was hindert ein Wachstum des Wirtschafts- und Handelsaustauschs? Vor allem unterschiedliche Restriktionen und Barrieren, die die französischen Behörden unter dem Druck der USA und der NATO schaffen, damit die UdSSR in Frankreich keine Ausrüstungen kaufen kann. In den letzten Jahren hat Paris die Liste von Ausrüstungen und Maschinen, die von den französischen Behörden als „strategische Waren“ eingestuft sind, beträchtlich erweitert. Ferner wurden unsere Wirtschaftsbeziehungen dadurch gehemmt, daß kein Kreditabkommen vorlag. Während des Besuchs J. Chiracs kam ein neues Protokoll über die allgemeinen Bedingungen der Kreditierung der Lieferungen von französischen Maschinen und Ausrüstungen an die UdSSR 1987–1990 zustande. Das beseitigt so manches Hindernis und legt das Fundament für den Abschluß neuer Verträge.

Ferner wird ein ausgewogener Handel durch diskriminierende mengenmäßige Beschränkungen gestört, die in Frankreich für den Import einiger Gruppen sowjetischer Waren bestehen.

Die sowjetisch-französischen Gespräche in Moskau waren aufrichtig und nützlich. Sie gaben die Möglichkeit, einander besser zu verstehen und den Dialog zu vertiefen.

Wie die Erfahrungen der sowjetisch-französischen Zusammenarbeit zeigen, konnten die Schwierigkeiten überwunden werden, wenn beide Seiten die gesamteuropäischen und menschheitlichen Interessen in den Vordergrund rückten. Die Zeit wird lehren, ob Paris für ein solches Herangehen reif ist.

E. ARSENJEW

INDIEN

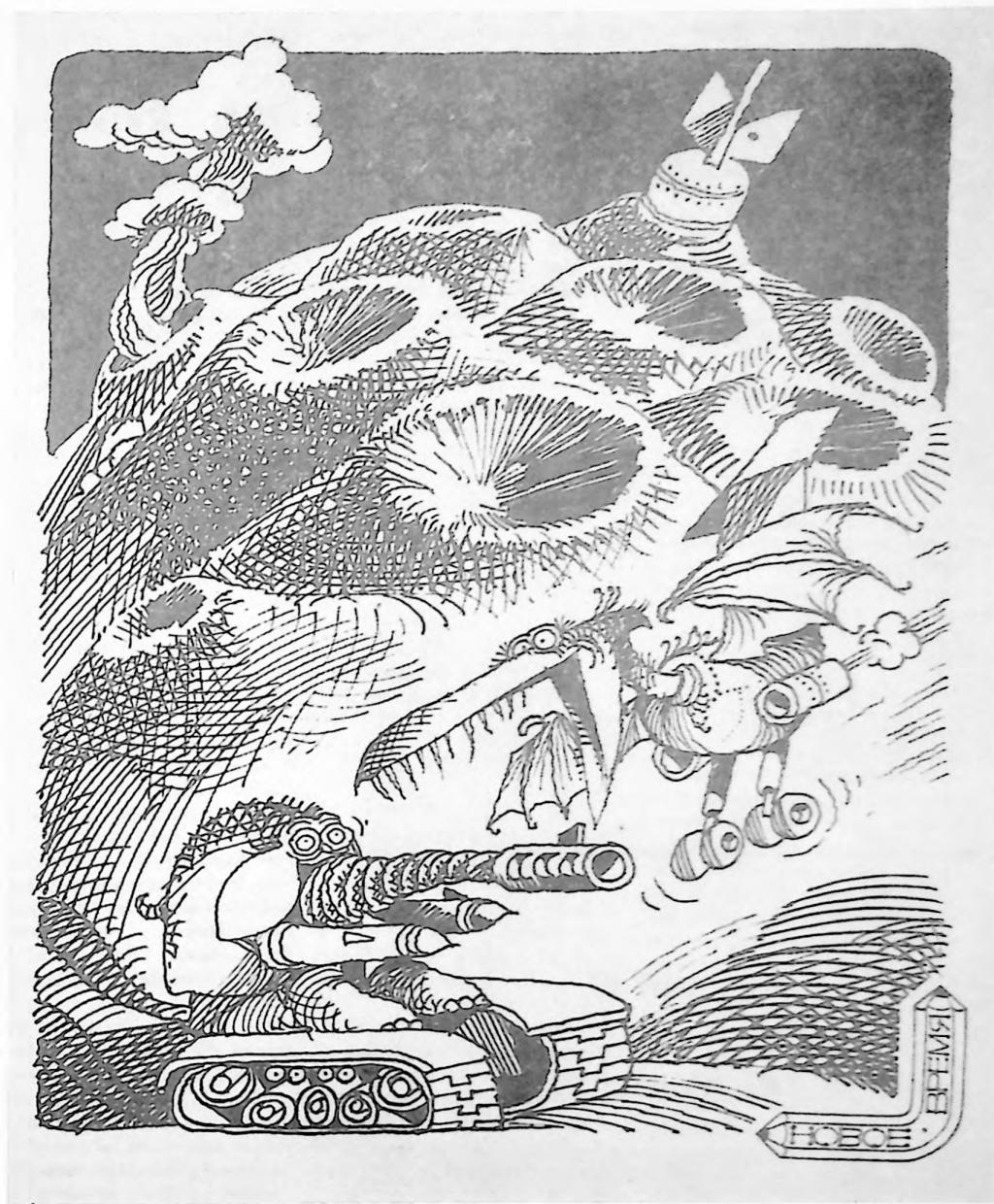
Schon
wieder
Punjab

Die 750 Millionen Einwohner Indiens und ihre Freunde im Ausland mußten wieder von mißglückten Versuchen erfahren, in dem an Pakistan grenzenden, strategisch wichtigen nordwestlichen Unionsstaat die Situation zu normalisieren.

Am 11. Mai wurde wieder einmal die Präsidentenherrschaft über den Punjab verhängt. Das bedeutet, daß die Regierung aufgelöst und die Legislative außer Funktion gesetzt worden ist und daß Delhi die Alleinherrschaft über den Unionsstaat angetreten hat. Jetzt geht es vor allem darum, für Sicherheit und Rechtlichkeit zu sorgen.

Die vom Akali Dal, der Partei der 18 Millionen Sikhs, gebildete Unionsregierung bestand erst den zwanzigsten Monat. 10 Millionen Sikhs leben im Punjab, der insgesamt 17 Millionen Einwohner zählt. Der Akali Dal siegte im Herbst 1985 bei Wahlen zur Legislative, die zwei Jahre vorher gleichzeitig mit der Regierung aufgelöst worden war. Die damalige Präsidentenherrschaft war durch eine von Sikh-Extremisten verschuldete Krisensituation veranlaßt worden. Sie hatten die Bildung eines Separatstaats Khalistan gefordert.

Die Öffentlichkeit hatte erwartet, daß sich die Regierung des Punjab unter Surjit Singh Barnala zielschuß für die Einheit Indiens einsetzen werde. Von internen Gegensätzen zerrissen, ging sie zu lasch gegen die Extremisten vor. Die



"Hier sollen mal *Homo sapiens*, sonderbare Wesen, gelebt haben, die haben nicht mal lächerliche Nuklearexpllosionen vertragen."

Zeichnung: W. Arsenjew

krampfhaften Bemühungen um eine Verständigung der Bevölkerungsmehrheit mit den Extremisten und die unbereinigten sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Punjab machten diese Kornkammer Indiens zu einer Pflanzstätte ganz anderer Art. Terrorgruppen religiöser Fanatiker mehrten sich, und die Separatisten wurden brutaler.

Bald herrschten in den meisten Gebieten des Punjab Chaos und Anarchie. Kinos und Tempel wurden gemieden, weil dort Bomben explodierten. Die Bauern fürchteten sich, aufs Feld zu gehen, weil ihnen dort extremistische Mörder auflauern konnten. Studenten gingen nicht zu Vorlesungen, denn Terroristen hatten die

Universitäten zu ihren Stützpunkten gemacht. Hausfrauen blieben den Märkten fern, da diese oft geplündert wurden. In manchen Ortschaften auf dem Lande war die Polizei machtlos. Mitglieder der Regierung des Unionsstaats steckten mit den Extremisten unter einer Decke. Die extremistische Bewe-

gung richtete sich eindeutig gegen die Einheit und territoriale Integrität Indiens.

Die US-Regierung distanziert sich natürlich von den Sikh-Separatisten. Nun erschien aber Ende v. J. in den USA ein Buch mit dem Titel "Wer ermordete Indira Gandhi?" Der Verfasser ist der seit langem bekannte Lyndon LaRouche, Leiter der US-Sektion der rechtsextremistischen Europäischen Arbeiterpartei. Besonders aufschlußreich sind seine ungewollten Enthüllungen. Er schreibt, in Washington nahestehenden Forschungszentren der USA stelle man strategische Pläne für die "Khalistaner" auf. Die Extremisten würden vom Pentagon mit Spionagemeldungen beliefert. Die "Khalistaner" bekämen von der erzreaktionären "Heritage Foundation" und vom Ku-Klux-Klan über Schattenorganisationen Geld.

Hat der Ku-Klux-Klan etwa den Standpunkt gewisser US-Politiker vertreten, als er in

einem Schreiben an eine Separatistengruppierung der Sikhs, von dem sich die indische PTI-Agentur einen Durchschlag verschafft hat, schrieb: "Wir sind gegen die Kommunisten und werden deshalb die Sikhs in ihrem Befreiungskampf unterstützen"? Hier bejahren das viele, denn die Sikhs stellen in Aussicht, daß ihr Khalistan ein mit den USA befreundeter antikommunistischer Pufferstaat sein werde. Jedenfalls haben die Terroristen die indischen Kommunisten, die sich mit anderen patriotischen und demokratischen Kräften für Indiens Einheit einsetzen, im Punjab besonders aufs Korn genommen. Allein seit zwei Jahren haben sie 17 Ortsgruppenleiter beider kommunistischen Parteien Indiens ermordet.

Das verrät doch wohl, wer hinter der khalistanischen Zielsetzung steckt.

L. SHEGALOW
NZ-Korrespondent

Delhi

100 t

im Weltraum

Über 2000 Tonnen beträgt das Startgewicht der sowjetischen zweistufigen Mehrzweck-Trägerrakete "Energia". Sie kann über 100 t Nutzlast auf eine Erdumlaufbahn befördern. Am 15. Mai wurde diese Rakete erstmalig auf dem Kosmodrom Baikonur gestartet.

Nachdem die Antriebsaggregate der ersten Stufe ihre Funktion erfüllt hatten, koppelte sie ab und landete auf UdSSR-Territorium. Die zweite Stufe der Trägerrakete plazierte das Satellitenmodell am vorausberechneten Punkt, koppelte ab und ging im angegebenen Punkt des Pazifiks nieder. Das Modell sollte mit eigenem Antriebsaggregat auf eine Erdumlaufbahn fliegen, verfehlte sie jedoch wegen eines Ausfalls in den Bordsystemen und ging ebenfalls im Pazifik nieder.

Die Flug- und Konstruktionstests der "Energia", die Raumfahrt und Großraumapparaturen wissenschaftlicher und volkswirtschaftlicher Bestimmung auf eine Erdumlaufbahn transportieren soll, zeigten, daß sich die gewählten Konstruktions- und technischen Lösungen bewährt haben. Ausländische Experten schätzten den Erfolg der sowjetischen Weltraumwissenschaft und -technik hoch ein.

BRD

Über Raketen gestolpert

DIE FÖHRENDE BONNER KOALITIONSPARTEI CDU ERLITT SCHWERE VERLUSTE BEI DEN LANDTAGSWÄHLEN IN RHEINLAND-PFALZ UND BÜRGERSCHAFTSWÄHLEN IN HAMBURG.

In Rheinland-Pfalz, wo die Christdemokraten seit Kriegsende an der Macht sind, büßte die CDU ihre absolute Mehrheit ein. Im Vergleich zu den '83er Wahlen verlor sie auf einen Schlag 6,8% der Wählerstimmen. Allerdings konnte die CDU sich mit 48 von 100 Sitzen im neuen Landtag als stärkste Partei behaupten. Jetzt muß sie die Macht mit einer anderen bürgerlichen Partei, der FDP, teilen. Diese entsendet nach vierjähriger Enthaltsamkeit erstmalig wieder Vertreter in das Landesparlament.

Im Unterschied zu Rheinland-Pfalz gilt Hamburg als Hochburg der Sozialdemokraten. Im Herbst vorigen Jahres jedoch verlor die SPD einen beträchtlichen Wähleranteil und damit die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi versuchte anfangs mit seinem Programm die Christdemokraten für sich einzunehmen, schwenkte dann aber zu den Grünen um. Zum Erfolg führte dieser Schlinger-Kurs nicht. Um aus der Pattsituation herauszukommen, mußte man vorzeitige Neuwahlen durchführen. Ziel der CDU war, die SPD als Regierungspartei auszuschalten, was ihr allerdings mit 1,4% Stimmeneinbußen und 5 Sitzen weniger im Senat nicht gelang. Die CDU bleibt Oppositionspartei.

Nach einhelliger Oberzeugung politischer Beobachter ist ein wichtiger Grund für das doppelte Ungemach die mißverständliche Haltung der CDU zu Abrüstungsfragen. Der führende Christdemokrat und Bundeskanzler Helmut Kohl gestand denn auch ein, daß "die Raketenfiskussion" im Land der CDU geschadet habe.

SPD, Grüne und frischgebackene Koalitionspartei FDP bringen den Mehrheitswillen der bundesdeutschen Bevölkerung zum Ausdruck, indem sie die sowjetischen Vorschläge für die Liquidierung der europäischen Nukleargeschosse mittlerer Reichweite und operativ-taktischen Raketen befürworten. Eine einflußreiche Gruppierung innerhalb der CDU/CSU widersetzt sich jedoch einer doppelten Null-Lösung. Den Wählern mußte es nunmehr so vorkommen, als habe die BRD den undankbaren Job übernommen, die Abrüstung zu bremsen.

Im letzten Moment versuchte Kanzler Kohl eine Korrektur. Unerwartet für alle veröffentlichte er zwei Tage vor den Wahlen eine mit dem Außenminister nicht abgesprochene Erklärung, in der er neben Mittelstreckenraketen und operativ-taktischen Raketen auch taktische Raketen mit einer Reichweite bis zu 500 km zum Verhandlungsgegenstand machen wollte.

Einige Nachrichtenkorrespondenten vermeldeten vorschnell, daß Kohl die "totale Null-Lösung" für Raketen anstrebe. Kanzleramtschef Schäuble jedoch dementierte diese Meldungen: Sie seien "falsch und irreführend".

Wenn man sich die Kohl-Erklärung genauer ansieht, ist in ihr tatsächlich kein Aufruf zu einer "totalen" Raketenabréistung enthalten. Im Gegenteil, der Bundeskanzler schafft ein künstliches Junktum zwischen Mittelstreckenraketen, operativ-taktischen Raketen und anderen komplizierten Fragen, die man unmöglich en bloc lösen kann. Der führende SPD-Funktionär Horst Ehmke sieht in der Erklärung Kohls den "Versuch, durch eine Erweiterung des Themas, eine Erweiterung der Verhandlungen die doppelte Null-Lösung zu verhindern".

Der Wahlkampfschachzug brachte nichts. In Rheinland-Pfalz und in Hamburg ist die CDU über Raketen gestolpert.

Nicht ganz eindeutig ist der Wahlausgang für SPD und Grüne. In Hamburg legten die Sozialdemokraten im Vergleich zu den letzten Wahlen 3,3% zu und wurden wieder stärkste Bürgerschaftspartei. In Rhein-

land-Pfalz dagegen mußten sie geringfügig Federn lassen: weniger als ein Prozent der Stimmen. Nach den schweren Verlusten bei den Hessenwahlen Anfang April d. J. konnte die Partei ihre Positionen insgesamt stabilisieren.

Spürbar schlechter schnitten Hamburgs Grüne ab: 7 Stimmenprozent gegenüber 10,4 bei den letzten Wahlen. Dafür gelang es den Grünen in Rheinland-Pfalz erstmals, ihre Kandidaten im Landtag zu plazieren.

In Rheinland-Pfalz kommt es wahrscheinlich nach Bonner Vorbild zu einer konservativer-liberalen Koalition, während man in Hamburg mit einer SPD-FDP-Koalition rechnen darf.

Ohne voreilige Prognosen aufzustellen kann man jetzt schon sagen, daß diejenigen Wähler der FDP ihre Stimme geben, die zwar die Innenpolitik der derzeitigen Regierung unterstützen, gleichzeitig aber wünschen, daß sie in Abrüstungsfragen konstruktive Positionen bezieht und mit konkreten Taten ihre Erklärung bekräftigt, die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn verbessern zu wollen.

A. TOLPEGIN
NZ-Korrespondent

Bonn

ITALIEN

Politische Dauerkrise

○ IN ITALIEN WURDE AMTLICH DER WAHLKAMPF EINGELEITET. AM 14. JUNI SOLLEN VORFRISTIGE WAHLEN STATTFINDEN.

Dem gingen mehrere Ereignisse voraus: eine 56tägige Regierungskrise, von der Presse "absurdes Theater" genannt; der endgültige Zerfall der Koalition von fünf Parteien (Christdemokraten, Sozialisten, Republikaner, Sozialdemokraten und Liberale); die Bildung einer zum Scheitern geradezu

prädestinierten Einparteiengesetz der DC, die kein Vertrauensvotum erhielt. Und das logische Ende: die vorfristige Auflösung des Parlaments, ein Verfahren, zu dem Italien in den letzten 15 Jahren zum fünftenmal greift.

Schuld am entstandenen Machtvakuum sind alle und ist niemand. Der „Corriere della Sera“ (Mailand) bemerkte nicht ohne bittere Ironie: Die Parteien hätten sich den Bürgern gestellt, aber nicht um ihnen politische Konzeptionen oder unterschiedliche Programme vorzulegen, sondern nur, um ein neues Machtmandat zu erhalten.

Am deutlichsten tritt eine solche Einstellung zu den künftigen Wahlen in der Polemik zwischen Sozialisten und Christdemokraten zutage. Während des "Stafettenlaufs" vermochten sich diese Parteien nicht auf einen Ministerpräsidenten zu einigen, nun stellen sie das Problem künftiger Koalitionen in den Mittelpunkt. Die Polemik artet zu gegenseitigen Beschuldigungen aus. Man gewinnt den Eindruck, daß sich Sozialisten und Christdemokraten nicht mehr vertragen werden. Doch aus der Nähe betrachtet, haben beide Parteien in ihrer Wahlpropaganda etwas gemein: Sie werfen sich gegenseitig vor, mit den italienischen Kommunisten paktieren zu wollen.

Die Unternehmer ihrerseits möchten wieder das Fünsparteiensystem. Das sagte klipp und klar der Fiat-Präsident Giovanni Agnelli.

Was der italienische Wähler denkt, wird sich im Juni zeigen. Fest steht auf jeden Fall: Die italienischen Kommunisten sind heute die einzige Partei des Landes mit einem Programm, das alle demokratischen Kräfte zur Lösung der vor dem Land stehenden Aufgaben zusammenzuschließen vermag.

Die IKP setzt sich für eine Reform der politischen Institutionen ein und schlägt eine wohlgedachte Strategie der sozialökonomischen Entwicklung Italiens vor.

Schon jetzt müsse man, sagte Giorgio Napolitano, Mitglied der IKP-Führung, in der sizilianischen Stadt Comiso, bei der ein US-Stützpunkt für Cruise

Missiles liegt, trotz des Wahlkampfes Italiens Haltung gegenüber der "Null-Lösung" festlegen. Die Befreiung Europas, folglich auch Italiens, von Nuklearraketen würde die Sicherheit Italiens festigen.

P. NEGOIZA

Rom

PERSISCHER GOLF

Explosive Lage

○ AUS DER GOLFREGION KOMMEN ZUNEHMEND BE-SORGNISSER REGENDE NACHRICHTEN ÜBER EREIGNISSE, DIE VON DER WESTLICHEN PRESSE "TANKERKRIEG" GENANNT WERDEN.

Besagter Krieg brach am 21. Mai 1981 aus, als ein Tanker unter panamaischer Flagge versenkt wurde (danach tauchte der Ausdruck "Tankerkrieg" auf). Seitdem greifen die See- und die Luftstreitkräfte Iraks und Irans Tanker und Trockenfrachter an, manchmal bugsieren sie sie in eigene Häfen, wobei die Frachten als "Kriegsgut" beschlagnahmt werden. Anfang Mai teilte die Nachrichtenagentur Kuweits mit, ein iranisches militärisches Motorboot habe das sowjetische Schiff "Iwan Korotew" angegriffen und beschädigt. Die Nachrichtenagentur schätzt diesen Fall als gefährliche Entwicklung des "Tankerkrieges" ein und stellt fest: "Angriffe auf Tanker sind in der Golfregion viel häufiger geworden." Hier Zahlen, die das bestätigen. Während zwischen Mai 1981 und 1983 insgesamt 45 Schiffe angegriffen wurden, waren es 1984 allein 67, alles "große Ziele"; fast 40 Personen kamen ums Leben. 1985 wurden 83 Schiffe angegriffen, 1986 schon 105, wobei bereits 88 Besatzungsmitglieder ums

Leben kamen. Zwischen dem 1. Januar und dem 7. Mai d. J. wurden 34 Tanker und sonstige Frachter überfallen.

In der Nacht zum 18. Mai explodierte der sowjetische Tanker "Marschall Tschujkow" beim Anlaufen des Kuwaiter Hafens Mina el Ahmedi auf einer Mine. Zum Glück gab es keine Opfer in der Besatzung. Wie das Pentagon meldete, griff in derselben Nacht ein irakisches Flugzeug mit Exoset-Raketen die amerikanische Freigatte "Stark" an.

Die Hoffnungen, daß die tragische Entwicklung im Golf damit ihr Wendepunkt hat, bewahrheiten sich vorläufig nicht. Dafür wird die Situation bereits eifrig von den militaristischen US-Kräften ausgenutzt. Ihnen geht es darum, ihre militärische Präsenz im Golf und im Arabischen Meer zu verankern sowie die Straße von Hormus und andere internationale Seewege der Region unter Kontrolle zu nehmen. Der Vorschlag ist jetzt da: "die Freiheit der Schifffahrt zu sichern", aber auch die internationalen und die amerikanischen "nationalen Interessen" zu verteidigen. Bereits Anfang April erteilte US-Verteidigungsminister Weinberger den Seestreitkräften den Befehl, "ihre Präsenz in der Golfnahe zu intensivieren, um das von Präsident Reagan gegebene Versprechen zu erfüllen und die Bündnispartner in Europa und Japan reibungslos mit Öl zu beliefern". Es wurde beschlossen, dort ständig eine Flugzeugträger-Gruppe zu halten. Das Ganze eskaliert stürmisch.

Deshalb gilt es, schon heute energischere Anstrengungen zu unternehmen, um dem Wahnsinn des iranisch-irakischen Krieges, der nur den Feinden des Friedens nützt, ein Ende zu bereiten. Bekanntlich setzt sich die UdSSR nach wie vor für die Beseitigung dieses Spannungsherdes ein, ja sie bietet ihre Vermittlung an. Unser Land ist dabei nicht auf Vorteile bedacht. Gewiß, wir haben unsere Interessen im Persischen Golf. Aber sie decken sich voll und ganz mit den Interessen der Anrainerländer: Frieden und eine für alle nützliche Zusammenarbeit.

J. KORSCHUNOW

Der Jaruzelski-Plan

Eine neue Initiative Volkspolens

Bogumil RYCHŁOWSKI,
polnischer Publizist

Seit Jahren kämpft Volkspolen konsequent für die Festigung des Friedens in Europa, für ein zuverlässiges Sicherheitssystem, das die allseitige Zusammenarbeit zwischen den Staaten unseres Kontinents fordern würde.

Unserer Meinung nach bedarf es energischer Aktionen von gesamteuropäischen Ausmaßen, aber auch Aktionen der einzelnen Teile Europas. Deshalb weist Polen seit langem besonders auf die Probleme der Festigung von Frieden und Sicherheit in Mitteleuropa hin, wo die Gefahr eines Konflikts infolge des Wettrüstens und einer eventuellen Störung des Kräftegleichgewichts besonders groß ist. Somit ist Mitteleuropa der Spannungsherd der Welt von heute. Gerade hier verläuft die Trennlinie zwischen den beiden sozialökonomischen Systemen sowie zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO. Hier sind Streitkräfte und Rüstungen am dichtesten konzentriert, die Gegensätze

zwischen Ost und West besonders zugespielt. Von der Situation in diesem Teil des Kontinents hängt das Befinden ganz Europas ab.

Eine wahre Normalisierung der Lage hier kann nicht erreicht werden, solange in Mitteleuropa die atomaren und konventionellen Arsenale zunehmen. Wiederholt wurde Polen initiativ, um diese Rüstungen zu kürzen. Großes Interesse und internationale Anerkennung fanden auch unsere Vorschläge, eine kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa zu schaffen (Rapacki-Plan 1957) und die dort befindlichen nuklearen und konventionellen Rüstungen einzufrieren (Gomulka-Plan 1963). Zwar sahen diese Ideen nur eine teilweise Lösung des Problems vor, doch haben sie, obwohl sie nicht realisiert wurden, eine gute Spur hinterlassen und zur friedlichen Entwicklung in der Region beigetragen.

Unser Land begreift, wie gefährlich der heutige hohe Rüstungsstand auf dem Kontinent ist, und befürwortet die regio-

nale Lösung komplizierter internationaler Probleme. Deshalb unterbreiten wir einen neuen komplexen Plan zum Abbau der Rüstungen und zur Förderung des Vertrauens in Mitteleuropa. Am 8. Mai 1987 legte Wojciech Jaruzelski, Erster Sekretär des ZK der PVAP und Vorsitzender des Staatsrates der VR Polen, den Entwurf dieses Plans dar.

Der Entwurf sieht vor:

- den allmählichen Abzug und Abbau gemeinsam vereinbarter operativ-taktischer Kernwaffen (wir gehen davon aus, daß entsprechende Verhandlungen alle Kategorien dieser Waffen umfassen müssen);

- den allmählichen Abzug und Abbau gemeinsam vereinbarter Kategorien der konventionellen Waffen, in erster Linie solcher, die maximale Stärke und Treffgenauigkeit haben und sich für einen Überraschungsangriff eignen;

- die Veränderung des Charakters der Militärdoktrinen in einer Richtung, die einen Zustand herbeiführt, da sie gegenseitig als ausschließlich defensiv anerkannt werden;

- die Festlegung umfassenderer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen als die in Stockholm vorgesehenen sowie die Anwendung effektiver nationaler und internationaler Kontrollmittel unter Einsatz von flächendeckenden Beobachtungen und von Inspektionen an Ort und Stelle.

Dieser Plan erstreckt sich auf das Territorium der DDR, der Tschechoslowakei, Ungarns und Polens sowie der BRD, Belgien, der Niederlande, Luxemburgs und Dänemarks.

Impuls für die UNO

In Moskau fand ein Briefing für sowjetische und ausländische Journalisten zu den Ergebnissen der Beratung der stellvertretenden Außenminister der sozialistischen Länder statt, die die Initiative ergriffen, die Frage der Schaffung eines umfassenden Systems des internationalen Friedens und der Sicherheit in der UNO aufzuwerfen.

gewohnt sind, in den Kategorien militärischer Stärke und der Erpressung zu denken. Notwendig ist eine grundlegende Umstellung bei jenen, die für die Außenpolitik verantwortlich sind, und das politische Verhalten der Staaten muß in Einklang mit den Realitäten des Nuklear- und Weltraumzeitalters gebracht werden.

Die sozialistischen Länder treten dafür ein, daß die bevorstehende 42. UNO-Vollversammlung nach Erörterung dieser Frage allen UNO-Organen empfiehlt, diese Fragen unter dem Ge-

sichtspunkt der gleichen Sicherheit für alle zu behandeln. Hierbei gehen wir davon aus, daß die Erörterung der Fragen der Schaffung und der Aufgaben eines solchen Systems einer für alle gleichen Sicherheit auf jegliche Weise zu dessen Entstehung beitragen wird. Eine Verzögerung ist unzulässig. Wir haben nicht das Recht, die historische Chance der Beseitigung ganzer Kategorien von Nuklearwaffen in Europa – der Mittelstreckenraketen größerer und geringerer Reichweite – zu verpassen. Auch die Frage eines Verbots und der Beseitigung der chemischen

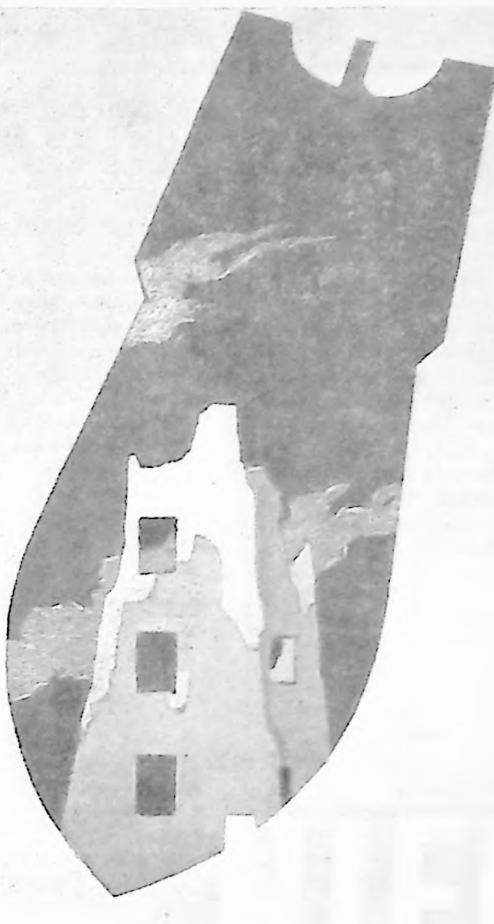
Im Vergleich zu Polens früheren Abrüstungsvorschlägen betrifft die gegenwärtige Initiative eine größere Zahl von Ländern. Etwas vielfältiger ist auch die Geographie des Vorschlags. Wir nehmen an, daß die Prinzipien des Jaruzelski-Plans, wie er in der Presse bereits genannt wird, im weiteren auf ganz Europa, vom Atlantik bis zum Ural, ausgedehnt werden könnten.

Es liegt auf der Hand, daß sich dieser Plan ohne konstruktive Handlungen der beiden größten Staaten — der UdSSR und der USA, deren militärische Präsenz in dieser Region am stärksten ist — nicht realisieren läßt.

Der Planentwurf umreißt lediglich die Ziele und Richtungen von Aktionen. Seine Verfasser vermeiden alle Einzelheiten. Das zeugt vom betont offenen Charakter der Initiative. Wir vertreten dabei die Auffassung, daß Vertrauen und Aufrichtigkeit in den internationalen Beziehungen Ergebnis der Zusammenarbeit sein müssen. Alle konkreten Fragen können, hat man die grundsätzlichen Bestimmungen des Plans erst gebilligt, bei bi- und multilateralen Konsultationen erörtert werden.

Die neue Initiative der VR Polen ist organisch mit dem gesamten Komplex der Abrüstungsvorschläge der sozialistischen Länder verbunden. Sie entspricht den Geboten unserer Zeit und läßt sich durchaus mit konstruktiven Postulaten jener gesellschaftlichen Kreise des Westens vereinbaren, die über das Aufkommen gefährlicher Tendenzen in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen besorgt sind und nach möglichen Bereichen von Einvernehmen und Zusammenarbeit suchen.

Warschau



Plakat des polnischen Malers Tadeusz Trepkowski

Waffen in der ganzen Welt ist reif für eine Entscheidung...

"Obgleich die Initiative bei den sozialistischen Staaten, den Teilnehmerländern des Warschauer Vertrages entstand", unterstrich der Staatssekretär des Außenministeriums der Ungarischen VR, G. Horn, in seiner Rede, "ist es ihr Ziel, die Grenzen der Blöcke zu überschreiten und Unterstützung in allen Ländern der Welt zu finden.

In der bevorstehenden Arbeit, die natürlich die Nutzung aller konstruktiven Vorschläge von jedem Staat voraussetzt, sind die Interessen der einzelnen Länder mit solchen Menschheitsfragen abzustimmen wie der Einstellung des Wettrüsts, der friedlichen Erschließung des Weltraums, der Schaffung einer gerechten Wirtschaftsordnung und dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Unserer Konzeption liegt der Wunsch zugrunde, die Teilnahme der UNO am konkreten Aufbau neuer internationaler Beziehungen zu erweitern."

Die Teilnehmer des Briefings antwor-

teten den Journalisten, die sich für die weltweite Reaktion auf die gemeinsame Initiative der sozialistischen Länder und für ihre Erfolgsaussichten in der UNO interessierten. Der stellvertretende DDR-Außenminister B. Neugebauer informierte die Versammelten, daß die DDR-Vertreter im Ausland eine sehr positive Reaktion auf diese Initiative melden. In Ländern Lateinamerikas, Asiens und Afrikas wurde sie mit großem Interesse aufgenommen, und obgleich in diesen Ländern Fragen der ökonomischen Entwicklung, der Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung im Vordergrund stehen, ist schon jetzt klar, daß ohne die Lösung der zentralen politischen Probleme keine anderen gelöst werden können. Die DDR hat Konsultationen auch mit westlichen Staaten. So weilte unlängst der Außenminister Kanadas in Berlin. Es fand ein offener und sachlicher Meinungsaustausch statt, der zeigte, daß unsere gemeinsame Initiative ein großes Echo auch im Westen findet.

"Die VR Bulgarien", sagte der

stellvertretende Außenminister des Landes, L. Gotzew, "beteiligt sich aktiv an der Ausarbeitung und Verwirklichung der Ideen der internationalen Sicherheit. Wir meinen, daß die Reaktion der Weltöffentlichkeit auf unsere Initiative insgesamt positiv ist, doch manche zögern, zeigen Unverständnis. Deshalb werden wir auch in Zukunft beharrlich dafür wirken, bis zur 42. UNO-Vollversammlung konkretere Ergebnisse zu erzielen."

"Auf der Grundlage der Konsultationen, die die CSSR mit vielen Staaten Westeuropas, Nord- und Südamerikas sowie anderer Weltregionen hatte", betonte der stellvertretende CSSR-Außenminister S. Murin, "kann man sagen, daß unser Vorschlag großes Interesse fand und auf seiner Grundlage ein offener Dialog beginnt. Es wird bekräftigt, daß die Schaffung eines umfassenden Systems des internationalen Friedens und der Sicherheit lebensnotwendig ist. Wir wollen noch viel tun, um unsere Initiative zu erläutern, besonders mit Hilfe der Massenmedien, die sie unterstützen."

Die letzte Flucht

Geflohen war er schon mehr als nur einmal. Mit dem letzten Zug verließ SS-Hauptsturmführer Klaus Barbie Lyon, wo er seine Verbrechen begangen hatte, als sich der Stadt die alliierten Truppen und französischen Partisanen näherten. Im April 1945 floh Barbie aus Dortmund, aus seinem letzten Dienstort. Sechs Jahre später mußte sich der US-Agent Barbie aus Westdeutschland nach Lateinamerika absetzen: Seine neuen Brötchengeber hatten es satt, den Verbrecher vor der französischen Justiz zu verstecken. Als man in Lima auf die Spur des Verbrechers gekommen war, ließ Senator Klaus Altmann (das war sein neuer Name) alles liegen und flüchtete sich nach dem damals sichereren Bolivien. Wie sich herausstellt, war das nicht die letzte Flucht.

Am Anfang des dritten Prozeßtages in Lyon schien nichts Überraschungen zu versprechen. Die Sitzung wurde eröffnet, der Angeklagte vorgeführt. Ein Polizist nahm ihm die Handschellen ab, und Barbie ließ sich hinter dem kugelsicheren Glas neben Dolmetschern nieder. Der Gerichtsvorsitzende Cerdini setzte ein Verhör vom Vortag fort.

Plötzlich nahm Barbie ein Blatt Papier in die Hand und sagte, er wolle eine Erklärung abgeben. Cerdini maß dem keine besondere Bedeutung bei, obwohl Angeklagte nach den französischen Regeln nicht berechtigt sind, im voraus aufgesetzte Texte zu verlesen. Barbie erklärte, sein Aufenthalt in Lyon sei "rechtswidrig", man habe ihn "entführt", deshalb weigere er sich, den Gerichtssitzungen beizuhören, beauftragte den Anwalt mit dem Prozeß, und im übrigen möge man ihn sofort ins Gefängnis zurückbringen. Überhaupt sei er "Geisel der französischen Behörden". Diese lästerlichen Worte wurden 1987 in Lyon gesagt, wo die Nazis in den Jahren der Okkupation 3674 Geiseln erschossen hatten!

Schweigen im Saal. Wenige Minuten später kamen die Juristen, die die Zivilkläger vertreten, und der Staatsanwalt zu sich. Ihre empörten Proteste wurden mit Beifall und billigenden Zurufen aus dem Publikum quittiert. Der Vorsitzende setzte dem ein Ende und drohte, die Ruhestörer aus dem Saal zu entfernen. Die Verhandlung wurde unterbrochen, wonach das Gericht feststellte: Laut Strafprozeßordnung habe der Angeklagte das Recht, seine Anwesenheit bei den Verhandlungen zu verweigern. Allerdings könnte man ihn laut Art. 320 gewaltsam herbringen. Das wurde jedoch (mit Unterstützung des Klägers) als "inakzeptabel" abgelehnt.

Sobald die Verhandlung zu Ende war,

gärt es im Saal wieder. Verschiedene Meinungen wurden geäußert. Die einen witterten einen schlauen Zug des Verteidigers Jacques Verges, eines Menschen, der für seine Selbstreklame bekannt und heute gar die "zentrale" Figur des Prozesses ist. Andere preisen die französische Demokratie, die selbst so einem alle Rechte gewähre, bis zum Verlassen des Saals. Widerstandskämpfer erhoben Einwände. Sie fragten, wieso man den Totengräbern der Demokratie das Recht geben solle, von dieser Demokratie Gebrauch zu machen.

Wie ist die neue Situation einzuschätzen? Auf meine Frage sagte Joe Nordmann, angesehener Anwalt, Präsident der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen:

"Klaus Barbie will sich vor seiner eigenen Vergangenheit verstecken. Er weiß, daß er keine Antwort auf harte Fragen hat, die man ihm stellen kann. Die Fragen kamen unerbittlich auf ihn zu, denn der Angeklagte hat bereits von der langen Liste der vorgeladenen Zeugen gewußt. Er müßte jene sehen, die er gefoltert und dem Untergang geweiht hatte. Und so hat er die Flucht vorgezogen, wenn auch nur eine Flucht in die Gefängniszelle."

Ein weiterer Umstand. In drei Tagen setzte Barbie schon zweimal die lachhafte Version über seine angebliche Entführung aus Bolivien in Umlauf. Er wußte jedoch, daß der bolivianische Ex-Innenminister, Herr Gustavo Sanchez Salazar, als Zeuge vorgeladen war. Dieser Mann hatte in Erfüllung eines gesetzmäßigen Beschlusses seiner Regierung den Kriegsverbrecher des Landes verwiesen."

Tatsächlich nannte der Gerichtsvorsitzende zu Beginn der dritten Sitzung zwei Zeugen: Gustavo Sanchez und einen Mann, der für Barbie nicht weniger furchtbar erscheinen mag. Es ist der amerikanische Professor Erhard Dabringhaus, der in den Nachkriegsjahren Leiter des US-Agenten Barbie war. Sanchez und Dabringhaus erhoben sich von ihren Plätzen und wurden in ein spezielles Zimmer geleitet, wo sie darauf warteten, in den Saal geladen zu werden. Ich möchte hinzufügen, daß Sanchez in seinen unter Eid gegebenen Zeugenaussagen am Tag darauf die Handlungsweise der bolivianischen Regierung wie auch die Obereinstimmung dieser Handlungsweise mit allen auf Kriegsverbrecher bezüglichen Völkerrechtsnormen ausführlich begründete.

Nach Nordmanns Meinung spekulierte Barbie auf einen Skandal auf dem Prozeß nicht zuletzt deshalb, weil er den Prozeß "einengen" und ihm jene emotionale Ladung nehmen möchte, die bei Zeugen-



Immer noch Barbie... Foto: AP--TASS

konfrontationen unvermeidlich zustande käme. Er spekulierte demnach auf Stimmungen, die nicht nur in Frankreich verbreitet sind: Wozu noch den alten Mann quälen! Schließlich ist das nicht der alte Barbie.

"Aber nein", schloß mein Gesprächspartner, "das ist immer noch der unverbesserliche Barbie, dessen ganzes Leben ein einziges Verbrechen an Mensch und Menschheit ist."

Die Leute, die zusammen mit Barbie den Prozeß zu durchkreuzen hofften, haben sich verrechnet. Am vierten Prozeßtag sagten zwei Zeugen, Sanchez und Dabringhaus, Menschen von verschiedener politischer Couleur und von unterschiedlichem Temperament, aus. Die furchtbare anklagende Rede des Kämpfers für die bolivianische Demokratie Sanchez klang anders als die ironischen Bemerkungen des US-Aufklärers. Der Sinn beider Zeugenaussagen lief jedoch auf dasselbe hinaus: Sie führten dem Gericht und zugleich damit der internationalen Öffentlichkeit eine wirklich üble Kontinuität vor Augen: von den Obeltaten in Lyon zu den Verbrechen seiner Nachkriegskarriere.

Als die Verhandlung zu Ende war, fragte ich Gustavo Sanchez:

"Wie benahm sich der Henker bei der Ausweisung?"

"Zuerst frech. Dann gab er nach und erschrak. Auch jetzt ist er erschrocken, da er der Wahrheit ins Auge sehen muß."

Barbie hat also die Flucht ergriffen, der Prozeß geht weiter.

L. BESYMENSKI

NZ-Sonderkorrespondent

Lyon, den 19. Mai

"NEUE ZEIT" 21.87

Längst überfällige

Lösung

Boris PILJAZKIN

Nicht weit von der botswanischen Siedlung Mohembo reichte mir ein Waldhüter den Feldstecher und deutete mit der Hand zum Busch hin, wo man den hier eher schmalen Okavango ahnte: „Da drüber.“

Das Glas bot nur einen kleinen Ausschnitt der Gegend, und was ich sah, war eine öde Fläche: vom nahen Herbst vergilzte Akazienkronen und dornige Stauden, die übliche afrikanische Savanne. Trotzdem schaute ich unverwandt hin, um mir jede Einzelheit einzuprägen. Drüben lag das von der RSA usurpierte Namibia.

Mit seltener Grausamkeit suchen die südafrikanischen Rassisten den nationalen Befreiungskampf der Namibier unter Leitung der patriotischen Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) zu unterdrücken. Sie haben ein gut funktionierendes System zur Plünderung der dortigen Bodenschätze geschaffen. Nicht minder zielstrebig ist Pretoria darauf aus, eine undurchdringliche Mauer um Namibia aufzuführen, damit die Welt nichts von den Zuständen im Land erfährt.

„Wie das in der Praxis geschieht?“ fragt Theo-Ben Gurirab, SWAPO-Sekretär für ausländische Angelegenheiten, zurück.

Wir unterhalten uns in der Halle des Kulturzentrums „General Jose de San Martin“, in einer Sitzungspause eines internationalen Seminars, das der UNO-Rat für Namibia Ende April nach Buenos Aires einberufen hatte. Mein Gesprächspartner breitet eine Karte auf dem Tisch aus, die von Kreisen und Linien bunt ist. Das sind die Militärstützpunkte der RSA und die sogenannten Unsicherheitsgebiete.

„In Namibia gibt es über 100 RSA-Militärstützpunkte und sechs Sperrzonen“, erläutert Gurirab. „Kein einziger Auslandsjournalist darf sie ohne einen speziellen Passierschein der Okkupanten besuchen. Solche Gebiete machen mehr als die Hälfte des namibischen Territoriums aus...“

Zu wessen Nutzen? So lautete die klassische Frage von Juristen des alten Roms, wenn sie nach dem Verbrecher suchten. In der Namibiafrage ist die Antwort eindeutig: Das Schweigekomplott nützt natürlich der RSA, weil in dieser Situation die Namibier, die sich nicht fügen wollen, vernichtet werden können. Doch ebenso nützlich ist das Verschweigen von Tatsachen auch für die

westlichen Apartheid-Gönnner. Wir wollen das am Beispiel der Rössing Uranium Ltd. erläutern. Der transnationale Konzern entstand 1970 und fördert das namibische Uran, über 5000 t jährlich. Wer kauft die strategische Ware?

Die Namen und Adressen sind ein Geheimnis. Großbritannien allein gibt zu, Uran aus Namibia einzuführen. Es geht nicht nur darum, daß Pretoria das nukleare Wettrüsten in Ländern, zu denen es in engen Wirtschaftsbeziehungen steht, beschleunigt. Bekannt ist, daß die südafrikanischen Militaristen die Entwicklung eines eigenen nuklearen Potentials forcieren. Nicht nur die Rössing hilft ihnen dabei. In Namibia haben sich über 200 westliche Firmen etabliert. Sie gewinnen Manganerz und Diamanten, Zink und Gold, Zinn und Vanadium.

Sämtlich betreiben sie eine Raubpolitik. Das veranschaulicht das erste Dekret des von der UNO am 19. Mai 1967 als



SWAPO-Demonstration in Namibia

legitimes Organ zur Verwaltung des Landes bis zur Erlangung seiner Unabhängigkeit eingesetzten UNO-Rates für Namibia: „Keine Person und kein Organ, gleich, ob juristisch oder nicht, darf wie auch immer geartete tierische oder mineralische Naturressourcen schürfen, prospektieren, erforschen, gewinnen, verkaufen oder verteilen, von denen bekannt ist bzw. angenommen wird, daß sie sich in den Grenzen Namibias befinden, wenn nicht Zustimmung und Erlaubnis des UNO-Rats für Namibia ... vorliegen.“

Das dürfte klar sein. Die Monopole aber haben sich an Namibia festgesaugt, plündern es kollektiv und fördern die Okkupation Namibias durch das Apartheidregime. Sie stehen auf Seiten

jener, die den nationalen Befreiungskampf unterdrücken. Die SWAPO führt ihn schon seit bald 21 Jahren.

Die SWAPO-Delegation auf dem Seminar in Buenos Aires schätzte die Situation im Lande objektiv und realistisch ein. Da die RSA-Truppen zahlenmäßig überlegen und mit modernen Waffen und moderner Technik ausgerüstet sind (in Namibia kommt ein fremder Soldat auf je 12 Einwohner!), ist die volle Befreiung des Landes von den Okkupanten für die SWAPO vorläufig kaum erreichbar. Aber auch Pretoria ist außerstande, einen militärischen Sieg über die Freiheitskämpfer davonzutragen.

Die südafrikanischen Behörden setzen auf Terror, auf eine immer härtere Okkupation, zugleich bereiten sie insgeheim eine „einseitige Proklamierung der Unabhängigkeit“ Namibias vor. Sie wollen die Welt vor vollendete Tatsache stellen, wie das seinerzeit Ian Smith in Südrhodesien tun wollte. In Windhoek besteht bereits eine „provisoriische Regierung“ aus einheimischen Kollaborateuren und werden „Wahlen“ vorbereitet. Das Ziel ist nicht zu verkennen: die SWAPO von der politischen Szene zu beseitigen, obwohl sie als einzige Vertreterin des namibischen Volkes seinen Willen zum Ausdruck bringt und in dieser Eigenschaft auch von der UNO anerkannt ist, und einen Marionettenstaat zu schaffen, in dem sich westliche und südafrikanische Monopole hinter der Fassade einer fiktiven Unabhängigkeit durchaus frei bewegen könnten.

Eine friedliche Lösung des Problems ist möglich. In den Jahren 1976 und 1978 faßte der Sicherheitsrat die Resolution Nr. 385 und Nr. 435. Sie bieten im Grunde einen konkreten Plan, unter UNO-Aufsicht in Namibia freie Wahlen abzuhalten, alle südafrikanischen Truppen von dort abzuziehen und die Unabhängigkeit des Landes ohne jegliche Vorbereidungen zu verkünden. Die SWAPO stimmte diesem Plan vorbehaltlos zu und erklärte sich bereit, an seiner Realisierung teilzunehmen.

Jahre gehen dahin, aber der für Namibias Geschicke fundamentale UNO-Beschluß bleibt auf dem Papier. Warum?

Seit die heutige US-Administration ins Weiße Haus eingezogen ist, hat das Rassistenregime in der RSA einen Retungsring in Form des Ultimatums, das Washington und Pretoria der UNO gemeinsam stellen: Bevor sich der Mechanismus der Machtübergabe in Namibia in Bewegung setzt, müssen die kubanischen Truppen aus Angola abziehen. Es sei daran erinnert, daß die kubanischen Internationalisten auf Ersuchen der angolanischen Regierung kamen, als die junge afrikanische Republik die bewaffnete RSA-Intervention zurückschlug.

Die Kubaner bleiben in Angola gemäß einem Abkommen zwischen beiden befreundeten Ländern und helfen den Streitkräften der Republik im Kampf gegen die UNITA-Banden, die von Geheimdiensten der RSA und der USA ausgehalten werden. Als die Resolutionen 385 und 435 gefaßt wurden, machten Washington und sein südafrikanischer Partner keine Vorbehalte. Ihre "Vorbedingung" erfanden sie unter Präsident Reagan, um die Lösung der Namibiafrage zu blockieren und den gefährlichen Spannungsherd im Süden Afrikas zu erhalten.

Es gibt dennoch ein wirksames Mittel, Pretoria zur Erfüllung des UNO-Beschlusses zu zwingen, der verlangt, die Okkupation Namibias einzustellen und dem Lande die Unabhängigkeit zu gewähren. Wir meinen allumfassende Wirtschaftssanktionen gegen die RSA. Der erste Aufruf zu solchen Sanktionen ertönte in der UNO vor mehr als einem Vierteljahrhundert. Seitdem wird der Ring der Isolierung um das Apartheidregime immer enger. Davon zeugte auch das Namibia-Seminar in der argentinischen Hauptstadt. Vor wenigen Jahren wäre es in Buenos Aires undenkbar gewesen. Die argenti-

nischen Generale und Admirale, die damals an der Macht waren, rechneten die RSA zu ihren besten Freunden. Die Regierung Alfonsin aber hat ihre Botschaft in Pretoria geschlossen. Argentinien verurteilt offiziell die Apartheid in der RSA und die rechtswidrige Okkupation Namibias und gehört zu jenen paktfreien Staaten, die vor kurzem im Sicherheitsrat für allumfassende Wirtschaftssanktionen gegen den Rassistenstaat eintraten. Aber wegen eines abermaligen Vetos der USA und Großbritanniens wurde der Entwurf nicht angenommen.

Der Sambier Peter Zuze, Vorsitzender des UNO-Rats für Namibia, sagte mir: "Die Sanktionen wären von großer psychologischer Wirkung und ein empfindlicher Schlag gegen die Apartheid. In den USA stemmt man sich jedoch dagegen und beruft sich darauf, daß die US-Politik die Konzeption wirtschaftlichen Drucks auf andere Länder grundsätzlich ablehne. Heuchelei reinsten Wassers! Die Tatsache, daß die USA Polen und Nikaragua boykottieren, zeugt bereit genug davon, wie weitgehend sich die USA des wirtschaftlichen Drucks bedienen. Wenn aber von der RSA die Rede ist, findet man dort alle möglichen Vorwände, um den

Schützling nicht zu 'kränken'. Inzwischen werden die Rassisten täglich frecher."

Die Erklärungen des RSA-Präsidenten Botha und seiner Umgebung nach den im Mai abgehaltenen Wahlen zur "weißen Kammer" des Parlaments zeigen: Pretoria beabsichtigt, die Politik der Unterdrückung der afrikanischen Mehrheit noch zu verstärken. Das gleiche ist in Namibia wie auch bei der Erweiterung der militärischen Provokationen Pretorias gegen Angola und die anderen "Frontstaaten" zu erwarten.

Inzwischen hat der Westen, nach allem zu urteilen, nicht vor, den längst überfälligen namibischen Wechsel einzulösen. Ganz im Gegenteil. Der Westen bemüht die Rassisten, die das Problem der Befreiung Namibias unendlich in die Länge ziehen. Im Zusammenhang mit dem Tag der Befreiung Afrikas (25. Mai) und der Woche der Solidarität mit den kämpfenden Völkern des südlichen Afrika — diese beiden Daten werden von den Freunden der Afrikaner in der ganzen Welt begangen — ist es notwendig, an die Dringlichkeit der Lösung dieses Problems zu mahnen.



Amnestieopfer

In Washington wurde für Tausende "illegalen Einwanderer", die aus Lateinamerika in die Vereinigten Staaten gelangten, eine "Amnestie" verkündet. Wer vor 1982 heimlich in der Bastion der "freien Welt" unterkam, kann jetzt offen bei speziell eingerichteten Naturalisationsstellen erscheinen und einen amerikanischen Paß verlangen.

Wenn das nicht für die amerikanische Demokratie spricht! Doch die Lateinamerikaner, die in den USA hängenblieben, haben es gar nicht so eilig, die Registrierungspunkte aufzusuchen, und ihre Stimmung ist auch ziemlich gedämpft. Sie interessiert vielmehr das Schicksal ihrer Angehörigen, von Frau und Kindern, die vor weniger als fünf Jahren zum Familienoberhaupt in die Vereinigten Staaten nachkamen. Sie fallen nicht unter die "Amnestie", müssen vielmehr deportiert werden.

Die Behörden, die von "Amnestie" sprechen, werfen den Lateinamerikanern Schmarotzertum vor, wobei sie behaupten,

ihre Erscheinung im Lande habe die Beschäftigungssituation verschlechtert, die Krise der Städte verschärft, sei eine schwere Belastung für den Sozialhaushalt. Doch diese Menschen erledigen in den USA die schmutzigste Arbeit, die niemand tun will. Die "Latinos" hausen in Gettos, nehmen keinem etwas fort.

Im Weißen Haus beklagt man sich über die unverhältnismäßig hohen Bundesausgaben für den Unterhalt der Einwanderer. Der offizielle Statistik nach sind die weitaus meisten spanischsprachigen Einwohner der USA nicht vom Gesundheitswesen erfaßt, besuchen keine Schulen. Nach Meinung einiger amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler "zahlen die illegalen Einwanderer viel mehr Steuern als sie an Leistungen erhalten".

Warum setzen sich die "Latinos" trotz all dieser Demütigungen in die USA ab? Das Lebensniveau in den Vereinigten Staaten ist viel höher als in Lateinamerika. Auch die Löhne



Für diese Kinder gilt keine Amnestie. Sie werden mit dem Polizeibus zurückgeschickt.

Foto aus: "Economist" (Großbritannien)

sind hier höher. So verdient ein mexikanischer Arbeiter in den USA in einer Stunde so viel, wie er in seiner Heimat für einen ganzen Tag erhalten hätte. Doch haben die USA, die an der Plünderung Lateinamerikas schuld sind, das Recht, den Armen, die von dort flüchten, diese so schwer erarbeiteten Dollars vorzuwerfen? Um so mehr, da sich viele in die USA absetzen, um sich vor von

Washington ausgehaltenen Diktaturen zu retten.

Die Ein- und Ausreiseregulationen sind unzweifelhaft innere Angelegenheit jedes Staates. Doch warum spricht man von "Amnestie" und spielt sich als Wohltäter auf, wenn Hunderttausende zur Trennung von ihren Angehörigen, zu weiteren Leiden verdammt werden...

J. KUDIMOW

Am 16. Mai suchten die Schwester und der Bruder Ludmilla Wariginas zusammen mit Volksdeputierten von Jaroslawl die französische Botschaft in Moskau auf. Sie wollten Premierminister Chirac oder dem Botschafter ein Schreiben mit der Bitte übergeben, Ludmilla die Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen. In der Botschaft nahm man das Schreiben nicht an.

Was hatte Mata Hari mit „Ariane“ vor?

Die französischen Behörden verhandeln den Antrag der Sowjetbürgerin Ludmilla Warigina (Verdier) auf Einstellung des gegen sie eingeleiteten Verfahrens. Der Grund ist das absolute Fehlen des Tatbestands einer strafbaren Handlung und beliebiger Indizien. Vorläufig steht Ludmilla, die einer Verleumdung zum Opfer fiel, unter Polizeiaufsicht. Sie darf das Département Seine-Maritime nicht verlassen und muß im Justizpalast von Rouen zweimal wöchentlich, dienstags und freitags, eine eigens für sie aufgesetzte Kontrollliste unterschreiben.

Diese Besuche dauern schon seit mehr als einem Monat an. Jedesmal fragt Ludmilla sich, was man ihr eigentlich zur Last legt. Wenn sie schuld ist, wann wird man ihr Beweise vorlegen? Aber die letzte Frage ist schon rein rhetorisch. Wie die Entwicklung um die berüchtigte, von den Zeitungen aufgebauschte „Ariane“-Affäre zeigt, kann es solche Beweise gar nicht geben.

Wir wollen ein wenig auf die Vorgeschichte zurückgreifen. Am 17. März 1987 hielt die Polizei von Rouen Ludmilla Pawlowna Warigina fest. Sie wurde der Spionage bezichtigt. Am 17. Januar war sie auf Einladung ihres Manns, des französischen Bürgers Pierre Verdier, nach Frankreich gekommen.

Ludmilla selbst erzählt:

„Was ich erlebt habe, ist schrecklich. Am 16. März verschwand mein Mann plötzlich. Ich war nervös, wollte ihn suchen. Spätabends rief er mich von irgendwoher an und versicherte, alles sei in Ordnung. Er wollte mich offensichtlich beruhigen, aber nach seinem gespielt heiteren Ton begriff ich, daß etwas vorgefallen sein mußte. Ich spürte, daß er in Anwesenheit fremder Personen gesprochen hatte. Dann telefonierte er mit mir in der Nacht zum 17. März, und der Anruf steigerte noch meine Unruhe. Am frühen Morgen drangen vier Polizisten in unsere Wohnung ein und erklärten, ohne mir einen Haftbefehl zu zeigen, sie wollten mich zu meinem Mann bringen. So kam ich ins zentrale Polizeikommissariat von Rouen. All meine Versuche, telefonisch Verbindung mit der sowjetischen Botschaft aufzunehmen, wurden grob unterbunden.“

Im Kommissariat begann sofort ein Verhör. Vier Männer verhörten mich bis zum Abend. Einer sprach deutsch und

dolmetschte. Französisch kann ich so gut wie nicht, während ich an der philologischen Fakultät der Pädagogischen Hochschule Jaroslawl Deutsch studiere. Ich war völlig verwirrt, sie überschütteten mich mit Fragen, die in der Hauptsache die Tätigkeit meines Mannes betrafen. Man erklärte mir, nur ein offenes Geständnis würde zur Klärung des Mißverständnisses beitragen. Ich glaubte ihnen aufs Wort und erzählte ihnen all unser gemeinsames Leben. Aber dann wollten sie, daß ich meine ‘Spionagetätigkeit’ zugebe. Natürlich weigerte ich mich kategorisch, weil ich damit nichts zu tun habe.“

Darauf drohte man Ludmilla mit allem Erdenklichen. Man sagte ihr, mit ihrer



Ludmilla Warigina und Pierre Verdier als glückliches Brautpaar

Foto aus: "Paris Match"

Beharrlichkeit habe sie nur ihr Urteil besiegelt. Pierre Verdier sei schon geständig. Die sowjetische Botschaft aber habe sich von ihr distanziert, niemand werde ihr helfen. Selbst wenn sie hier entlassen werde, führe ihr Weg nur zum KGB, nach Sibirien, in ein Gulag. Dieses sagte man ihr sogar auf russisch.

Mehr als zwei Wochen mußte Ludmilla Warigina hinter Gittern verbringen, erst am 2. April wurde sie entlassen, aber zugleich unter Polizeiaufsicht gestellt.

Und das Ergebnis? Drei „Komplizen der Mata Hari“ von den früher Verhafteten wurden mangels Beweise auf freien Fuß gesetzt. Die übrigen werden noch festgehalten, offenbar damit der Mißgriff der braven Abwehröffiziere nicht so sehr

auffällt. Glaubt man den Pariser Zeitungen, dann sind die Verhafteten den Geheimnissen der französischen Trägerakete „Ariane“ auf der Spur gewesen. Jawohl, jener Rakete, die wegen technischer Störungen seit über einem Jahr nicht vom Startfeld Kourou in Französisch-Guayana hochkommt.

Was die Faktenlage in puncto „Sowjet-Spionage“ angeht, so sieht es damit recht flau aus. Pierre Verdier hatte als Leiter der in Rouen gelegenen Filiale des Instituts für Statistik und Wirtschaftsforschung keinen Zutritt zu Geheimnissen, schon gar nicht zu solchen der Raumfahrttechnik. Dafür liegen Lügenbriefe einer gewissen Antoneta Manole vor: Sie rächte sich an dem Mann, der sie verlassen hatte, und belastete obendrein noch vier Personen, darunter den eigenen Gemahl.

Daß es sich um Verleumdung handelt, liegt auf der Hand. Das bestätigten auch Briefe, die unzweideutig von jener Madame Manole geschrieben wurden und zu verschiedener Zeit bei Ludmilla Warigina bzw. im Innenministerium der UdSSR eingingen. Die sowjetische Botschaft leitete Fotokopien davon an das französische Außenministerium in der Hoffnung, sie würden Klarheit bringen und zu einem völligen und baldigen Freispruch Ludmillas beitragen.

Aber die Drahtzieher der Verleumdungskampagne hatten andere Pläne. Zahlreiche Publikationen erscheinen, worin das „sowjetische Zurückbleiben“ herausgestellt sowie behauptet wird, die sozialistischen Länder unternehmen immer wieder Versuche, dem Westen Geheimnisse der Hochtechnologie zu entlocken. Und hier eine Meinung aus berufenem Munde. Der bekannte Mathematiker Prof. Jean-Pierre Kahane aus Paris, sagte in einem Interview für die „Humanité“: Die Behauptungen der Behörden, Moskauer Spione wären auf der Jagd nach Geheimnissen des französischen Weltluftprogramms „Ariane“, seien leichthaft.

Allmählich legen sich die Leidenschaften um die „Ariane“. Selbst Zeitungsleute, die sich auf Sensationsmache verstehen, sehen ein: Diese Geschichte kann nichts mehr „hergeben“. Wozu dann die seit langen Lügen? Höchst einfach: Wie die „Humanité“ bemerkt, fällt die Zeittafel aller Entlarvungen in Spionageaffären in Frankreich mit ähnlichen antisowjetischen Kampagnen in den USA völlig zusammen. Zudem kann das amtliche Paris kaum ernste Argumente gegen die jüngsten sowjetischen Vorschläge über die Liquidierung der Nuklearraketen in Europa finden. Deshalb schürt man Mißtrauen. Wenn man in Moskau so beharrlich nach unseren Geheimnissen spioniert, so ist das Gerede vom sowjetischen Streben nach Frieden gelogen, wird der französischen Öffentlichkeit suggeriert.

V. CHREKOW

Paris

Könige, Ameisen und der Stoff

"Wie tief ist die Sowjetunion in den Rauschgifterrorismus verwickelt? Eine klare Antwort auf diese Frage kann man nicht geben, doch einige Sowjetologen vertreten die Version einer gut organisierten sowjetischen Verschwörung, die vor mehr als 20 Jahren ersonnen wurde, um den Westen mit Hilfe des Rauschgifts zu untergraben" - so beginnt die Hauptstory des Nachrichtenmagazins "U.S. News & World Report", das die UdSSR, Kuba und Nikaragua bezichtigte, sie befaßten sich mit Rauschgifthandel und internationalem Terrorismus.

Das Magazin läßt sich darüber aus, was da im einzelnen in den Arbeitszimmern des Kreml erörtert wird, welche Pläne die Führer Kubas und Nikaraguas mit engsten Mitarbeitern besprechen. Auf den Leser macht solch erstaunliches Hintergrundwissen einen enormen Eindruck, besonders die Hinweise auf "informierte Quellen", zudem noch auf solche, die Journalisten eigentlich unzugänglich sind. Unwillkürlich stellt man sich da einen gewissen Pressedienst vor, der aus edlen Erwägungen heraus das Magazin mit "echten" Zitaten versorgte.

Doch in einem haben die Redakteure des Magazins sicher recht: Es gibt tatsächlich eine mächtige Kraft, die den Rauschgifthandel deckt. Das ist für niemanden ein Geheimnis. Doch bei der Suche nach dieser Kraft braucht man den Blick nicht über den großen Teich schweifen zu lassen. Diese Kraft ist sozusagen nebenan. Die Stammabonnten von "U.S. News & World Report" kennen sie gut, da das Magazin in früheren Zeiten, als die verbrecherische Tätigkeit der CIA lautstark angeprangert wurde, unverhohlen konstatierte: Am Rauschgifthandel ist weltweit auch die CIA beteiligt und bereichert sich an ihm!

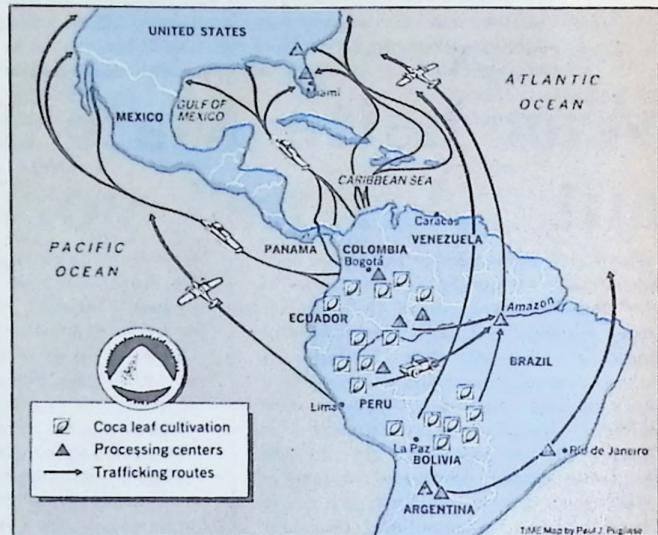
Das wurde vor vielen Jahren bekannt, als die US-Aggression in Indochina erst begann.

...Ein Flugzeug landete im Dschungel: Es brachte Waffen und Munition für amerikanische Söldner und auf dem Rückweg nahm es Opiumsäcke mit. Solche Operationen wurden regelmäßig durchgeführt, doch diesmal sollte ein Journalist dabei sein, der ein historisches Foto machte. Auf dem hellen Aluminiumrumpf des Flugzeuges, das die Waffen im Austausch gegen das Rauschgift gebracht hatte, prangte Air America.

Diese Fluggesellschaft besaß an die 200 Maschinen, doch von ihrer Existenz wußten in den USA nur wenige. Ihre Bosse verzichteten auf jegliche Reklame, veröffentlichten nie Angaben über Gewinne und Verluste, über Investitionen und Dividenden. Wer versuchte, Licht in die Geschichte der Air America zu bringen, zu klären, wem sie eigentlich gehört, stieß auf ein Netz kommerzieller Operationen, die mit diversen anderen Fluggesellschaften verbunden waren. Damals wußten nur sehr gut informierte Mitarbeiter des Regierungsapparats, daß all diese Gesellschaften der CIA gehören.

Bis heute setzt die CIA Privatfirmen ein, einschließlich der Southern Air, der Evergreen International und der Summit Aviation, um Waffen nach Mittelamerika zu schaffen und Kokain von dort mitzunehmen.

Die CIA, die Söldner für den Kampf gegen die national-patriotischen Kräfte in Indochina anwarf, half ihren Komplizen aus dem "goldenen Dreieck" (dem Dreiländereck Thailand-Burma-Laos), die Opiumernte herauszuschaffen. Und obgleich der größte Teil des im "goldenen Dreieck" geernteten Opiums bereits als Heroin in die USA gelangte, hatten die CIA-Agenten deshalb keinerlei Gewissensbisse. "Wenn wir unseren Freunden nicht geholfen hätten, das Rauschgift abzutransportieren -



Das "Time"-Magazin veröffentlichte vor zwei Jahren dieses Bild, das zeigt, wie das Rauschgift aus Süd- nach Nordamerika gelangt. Auf Nikaragua und Kuba wurde damals nicht verwiesen. Die Version von der Verwicklung der sozialistischen Länder in den Rauschgifthandel war noch nicht erfunden...

wie hätten wir sie dann zum Kampf gegen den Kommunismus gewinnen können?", wunderten sie sich.

Die "alte Garde" der CIA - kubanische Emigranten, die nach dem Sturz des Batista-Regimes geflüchtet waren - bilden den harten Kern der Rauschgifthändler in den USA. Dieser Personenkreis war bei dem Interventionsversuch in der Schweinebucht dabei, versuchte Fidel Castro zu ermorden, jagte nach Anhängern von Salvador Allende, die Chile nach dem Militärputsch verlassen hatten. Sie waren bereits Anfang der 60er Jahre auf einer "Farm" der CIA gedrillt worden - in einem Ausbildungslager für Agenten der US-Spionage. In Langley erlaubte man ihnen, auch mit Kokain und Marihuana zu handeln - zum Dank für treue Dienste (darüber berichtete "U.S. News & World Report" selbst vor sechs Jahren).

In den 70er Jahren findet der CIA neue Kunden: Im Austausch gegen Rauschgift erhalten Dschummanen Waffen zum Kampf gegen die Volksmacht in Afghanistan. Mit Heroin- und Kokaingeldern wurden Lieferungen amerikanischer Waffen auch an die UNITA-Spaltungspartei in Angola und

an die nikaraguanischen Contras bezahlt.

Die von der CIA "erarbeiteten" Gelder dienen der Finanzierung subversiver Operationen in aller Welt. Das Drogendezernat des US-Justizministeriums ist zu schwach, um einen Handel, der einen so einflußreichen Beschützer hat, zu verhindern.

"Unser Feind ist die Ameise, der man einige hundert Dollar dafür zahlt, daß sie den Stoff einschmuggelt. Ihr ist klar, was sie da bei sich führt, doch weiß sie nicht, woher das stammt und für wen es bestimmt ist. Wenn wir sie festnehmen, kann sie nichts sagen", beklagte sich der Leiter des Dezerats gegenüber dem Reporter des Magazins, wobei er sich natürlich darüber im klaren war, daß er der Rauschgiftkönige doch nicht habhaft werden würde...

Früher war das Nachrichtenmagazin offener. Warum versucht nun das solide Blatt, das sehr wohl weiß, wer im Rauschgifthandel das Sagen hat, heute den sozialistischen Ländern die Schuld aufzubürden? Und wer versorgte die Redaktion mit falschen Informationen? Vielleicht die Rauschgiftkönige von Langley selbst?

L. MLETSCHIN

Schwerwassercocktail

Wenn es heißt, es sei heute gar nicht so schwer, eine Atombombe zusammenzubasteln, dann stimmt das nur teilweise. Viele Komponenten sind erforderlich. Und eine besondere Rolle spielt dabei das Deuteriumoxid, meist als schweres Wasser bezeichnet.

Nach den kürzlichen Enthüllungen über das israelische Programm für die Entwicklung von Atomwaffen erinnerte sich die norwegische Regierung daran, daß Anfang der 60er Jahre von einem Werk in Rjukan schweres Wasser an das nukleare Forschungszentrum in Dimona geliefert worden war. Dort werden in unterirdischen Labors, wie der frühere Mitarbeiter des Zentrums, Mordechai Vanunu erklärte, die "Bomben des Jüngsten Gerichts" geschaffen. Allerdings enthielt der Kontrakt den Vorbehalt, das schwere Wasser dürfe ausschließlich zu

friedlichen Zwecken verwandt werden und die Lieferfirma habe das Recht zur Inspektion.

Oslo hatte keine Einwände gegen den Verkauf von 21 t schwerem Wasser an Tel Aviv. Doch ein Vierteljahrhundert später begannen die Norweger, einige erstaunte Fragen zu stellen. Vor allem: "Was geschah mit dem Deuteriumoxid aus Rjukan tatsächlich?"

Die aufgeregten Pressestimmen und die Demarchen des norwegischen Außenministeriums ließen Israel weitgehend unbeeindruckt. Tel Aviv gesteht weder das Vorhandensein von Atombomben im Land ein noch erlaubt es Oslo eine Inspektion. Israel hat bis heute den Atomsperrvertrag nicht unterzeichnet und den Kontrakt mit Norwegen betrachtet es erst recht nur als ein Stück Papier.

A. POLJUCHOW

Erfinderische Leute

In Foggy Bottom, wo sich das State Department befindet, tauchte vor einiger Zeit eine neue Behörde auf. Sie wurde mit überaus erfängerischen Leuten bestückt. Und ihnen wurde das Ziel gestellt - mit allen nur möglichen Mitteln die normale Arbeit der in Washington akkreditierten Diplomaten zu stören.

In Verletzung der auch von den USA unterzeichneten Wiener Konvention wurden für Diplomaten neue Steuern eingeführt. Auf den amerikanischen Flughäfen werden sie einer erniedrigenden Kontrolle unterzogen. Es ist ihnen untersagt, ohne Genehmigung des State Department Baumaterial zu kaufen, sich Flug- oder Bahntickets zu beschaffen und Hotelzimmer vorzubestellen.

Die Diplomaten, deren Arbeit das State Department so beharrlich zu stören sucht, vertreten in Washington D. C. Länder, zu denen das

Weiß Haus und das State Department (ihren Erklärungen zufolge) gute Beziehungen unterhalten möchte.

Doch in der Weltpolitik geschieht alles bekanntlich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit. Und da könnten sich auch in anderen Ländern nicht weniger einfallsreiche Leute finden.

M. PUTINKOWSKI



Schlachthaus Nr.

Die Welt hat die tragischen Ereignisse der zweiten Hälfte des Mai 1980 in der südkoreanischen Stadt Kwangju nicht vergessen. Am 17. Mai verhängten die Behörden in ganz Südkorea den Ausnahmezustand, jegliche politische Tätigkeit wurde verboten, die Auflösung aller Parteien und politischen Organisationen bekanntgegeben. Hunderte von Oppositionspolitikern wurden unter der Standardbeschuldigung der "Untergrabung der nationalen Sicherheit" vor Gericht gezerrt. Auf den Straßen der Stadt kam es zu einem entsetzlichen Blutbad.

...Im Oktober 1979 war der Söuler Diktator Pak Tschung Hi ermordet worden. Die Südkoreaner hofften auf demokratische Reformen. Doch am 12. Dezember 1979 erfolgte der "Umsturz der Generale". General Chun Doo Hwan, Befehlshaber der Sicherheitstruppen, übernahm die Zügel. Statt der erwarteten Liberalisierung setzte wütender Terror gegen die Oppositionskräfte ein. Als Antwort darauf nahm die Studentenbewegung im April, Mai 1980 ein nie dagewesenes Ausmaß an. Die Studenten verlangten die Beseitigung der Diktatur und die unverzügliche Demokratisierung des politischen Lebens.

Die Studentendemonstrationen in Kwangju eskalierten zu einem bewaffneten Aufstand. Die Aufständischen hielten eine 1980. In den Straßen von Kwangju

Foto: UPI--TASS

Woche lang die Stadt und zwangen so die Behörden zu Verhandlungen. Den Studenten schlossen sich Vertreter der verschiedensten Bevölkerungsschichten an, vor allem Angehörige der Intelligenz, Angestellte und Arbeitslose.

Die in die Stadt beorderten regulären Truppen und Polizeieinheiten schlugen den Aufstand brutal nieder. Über 200 Personen wurden ermordet, mehr als 1000 verletzt und verhaftet. Nach den anschließenden Schauprozessen wurden einige Studentenführer hingerichtet.

Kwangju heute - das ist nicht nur der Schmerz und das Gedenken des koreanischen Volkes, koreanischer Familien, die Väter und Söhne verloren haben. Im politischen Leben Südkoreas ist es ein Symbol für die Standhaftigkeit und den Heldenmut im Kampf für eine Demokratisierung. Zugleich erinnert Kwangju ständig an die rücksichtslose Machtpolitik der USA, da gerade sie es waren, die, wie viele Südkoreaner überzeugt sind, das Blutbad billigten.

Angesichts der jetzigen Ausweitung der Massenbewegung für Demokratie versuchen die herrschenden Kreise Söuls, im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus Kontakte zur offiziellen Opposition aufzunehmen sowie gleichzeitig die radikalen Elemente, vor allem die Studenten, zu isolieren und aus dem politischen Prozeß auszuschalten.

Doch die südkoreanischen Studenten sind nicht gebrochen. Der Aufstand der Studenten der Kon-Kuk-Universität in Söul im Oktober 1986 wurde zur größten Manifestation der letzten Zeit gegen die Regierung. Sie forderten offen den Sturz des Chun-Doo-Hwan-Regimes. Nach dreitägiger Belagerung erstürmten Polizisten das Studentenviertel. Das gegen die aufständischen Studenten eingesetzte Tribunal war noch bombastischer aufgezogen als der Prozeß gegen die Teilnehmer des Aufstandes von Kwangju.

A. BUTSCHKIN

Strategie und Taktik der nationalen Versöhnung

Der Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, NAJIB, antwortet auf Fragen von Mitgliedern der DVPA

Ist die Politik der nationalen Versöhnung als Strategie oder als Taktik zu bezeichnen?

Die nationale Versöhnung ist ein strategisches Ziel, das für das ganze Volk und für die Partei als politische Vorhut erforderlich ist. Jetzt sind wir noch weit davon entfernt, doch wir haben uns dieses Ziel gesetzt, haben die Generallinie unserer Bewegung festgelegt, und in diesem Sinn ist die Politik der nationalen Versöhnung Strategie.

Dieses hohe Ziel verlangt den Einsatz der verschiedensten Formen und Methoden der Arbeit. Die Feuerstellung, die Bildung außerordentlicher Kommissionen auf allen Ebenen unter Führung der obersten Kommission, Verhandlungen mit der Gegenseite, eine übergreifende Zusammenarbeit im Rahmen dieser Kommissionen, die Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge, eine gerechte Verteilung der kostenlos gewährten Hilfe, der Wiederaufbau und die Reparatur der vom Krieg zerstörten Moscheen, Straßen, Brücken, Krankenhäuser und Schulen - all das sind taktische Formen der Arbeit und des Kampfes für das gemeinsame hohe Ziel. Doch auf jeden Fall ist es das Wichtigste, die Anstrengungen zur Feuerstellung im ganzen Lande, für den Abschluß von Abkommen mit der Gegenseite und für die Heilung der zahlreichen blutenden Wunden, die der achtjährige Bruderkrieg geschlagen hat, zu vervielfachen. Das ist für uns jetzt die wichtigste Aufgabe. Wir müssen sie heute besser lösen als gestern.

Besteht ein Zusammenhang zwischen der nationalen Versöhnung und dem praktischen Programm der DVPA?

Ja. Das praktische Programm der DVPA ist ihr Aktionsprogramm, das von der ersten gesamtnationalen Konferenz der DVPA 1982 verabschiedet wurde. Dort heißt es klar und richtig, daß die Partei ihre Politik im Rahmen der Einheit der nationalen patriotischen Kräfte verwirklicht, zu denen die Vertreter aller ethnischen und sozialen Gruppen, Schichten und Organisationen gehören, darunter Arbeiter, Bauern, Handwerker, Händler, Unternehmer, Mullahs und Ulemas, die Ältesten und Angestellten, Stammesführer, Richter, Lehrer, Ärzte und Ingenieure. Kurz gesagt, alle, die die heutige afghanische Gesellschaft bilden. Eine Ausnahme gilt nur für ihre unversöhnlichen und aktiven Feinde. Landsleute, die die Heimat verlassen haben und sich in der Fremde befinden, wurden und werden zur Rückkehr



aufgerufen. Ihnen wird garantiert, daß man sie für frühere Tätigkeit nicht verfolgen wird.

Ist die nationale Versöhnung nicht ein Anzeichen der Schwäche von Partei und Regierung?

Nein. Schwäche würde heißen, die Macht fortzugeben, sich der Verantwortung für das Schicksal des Volkes und des Vaterlandes zu entziehen, irgendwann ins Ausland zu flüchten und dort angeblich den Kampf für die Befreiung der Heimat aufzunehmen. Wir wollen niemanden bedrohen, doch daran erinnern: Nie zuvor besaß eine afghanische Regierung stärkere und besser ausgerüstete Streitkräfte als die unsere. Und nie besaß jemand so treue und starke, selbstlose Freunde wie wir. Hier geht es nicht um Schwäche oder Stärke, sondern um die Beachtung der Gesetzmäßigkeiten der nationaldemokratischen Etappe der Revolution. Gestützt allein auf diesen Faktor, könnten wir die Schläge gegen den Gegner verstärken und den Krieg bis zum vollständigen Sieg weiterführen. Doch es geht hier um Krieg in Afghanistan, nicht aber irgendwo in der Welt. Eine Fortsetzung des Krieges würde den Tod und die Leiden von Millionen Menschen bedeuten. Den Tod junger

Menschen - und so würde das ganze Volk seiner Zukunft beraubt. Das kann nicht das Ziel unserer Revolution, unserer Partei und Regierung sein.

Ebendeshalb haben wir die Konzeption der nationalen Versöhnung formuliert und verwirklichen sie unermüdlich. Initiator dieser Politik waren das ZK der DVPA, ihr Polbüro und Sekretariat, nicht aber eine Einzelperson. Überall in der Partei hat auch das Verständnis dafür zugenommen, daß der bewaffnete Kampf nicht zu einer unverzüglichen politischen Regelung in und um Afghanistan führt.

Wie soll die nationale Regierung gebildet werden?

Als Koalitionsregierung, als gemeinsame Regierung - die gemeinsame Verwaltung ist schon da. Sie besteht real, festigt und erweitert sich auf der Ebene Dorf-Bezirk-Kreis, erreicht allmählich die Ebene der Provinzen und wird zweifelsohne auch auf zentraler Ebene verwirklicht. Den außerordentlichen örtlichen Versöhnungskommissionen gehören mehr als 4000 Vertreter der anderen Seite an. So sieht es bei der gemeinsamen Verwaltung aus, die sich bei uns in Afghanistan von unten nach oben entwickelt. Natürlich ginge es leichter und schneller, sogleich von oben, vom Zentrum, zu beginnen und dann die tieferen Ebenen zu erfassen. Doch das ist nicht unsere Schuld. Der unversöhnliche, fanatische Teil der Gegenseite lehnt Verhandlungen über eine Koalitionsregierung, über eben jene Koalition "von oben nach unten" ab. Wir lassen die Tür für Verhandlungen offen. Wir haben konsequent und ehrenvoll einen Teil des Weges zu einer Koalitionsregierung zurückgelegt. Doch wir wollen nicht warten, wollen nicht an dieser offenen Tür stehenbleiben. Wir werden alles tun, um die Koalitionsorgane auszubauen, zu festigen und sie sowohl im Bereich der Regierung und Verwaltung als auch in den außerordentlichen Kommissionen, der Nationalen Front und den gesellschaftlichen Organisationen auf höhere Ebenen zu heben.

Welche Ämter wird die Gegenseite erhalten? Mit wem konkret gedenken Sie die Macht zu teilen? Wie viele und welche Posten wollen Sie für sich behalten?

Wir haben die Türen für alle geöffnet, um Eintracht auf der Grundlage der Versöhnung zu erzielen, und erklären heute erneut, daß wir bereit sind, mit Vertretern der oppositionellen Gruppen konkrete Vorschläge für die Zusammensetzung einer Koalitionsregierung zu erörtern. Diese Treffen könnten in Kabul oder in irgendeinem neutralen Land durchgeführt werden.

Ich möchte betonen, daß in der jetzigen Regierung vier Minister früherer

Regimes und 35 Parteilose tätig sind. Einige ehemalige Anführer bewaffneter oppositioneller Gruppen gehören der Führung von Provinzen, Kreisen und Bezirken an. Das ist ein greifbares Beispiel für die Politik der nationalen Versöhnung.

Wie kann man sich mit Großgrundbesitzern, Abgeordneten und Senatoren der Monarchie versöhnen? Wie mit jenen, die Morde begingen?

Ich möchte da so antworten: Es geht um Versöhnung nicht mit allen Großgrundbesitzern, Abgeordneten und Senatoren früherer Zeiten, sondern nur mit jenen, die die neuen Realitäten anerkennen und in die Heimat zurückkehren wollen, nicht um die alten Verhältnisse wiederherzustellen, sondern um für die nationale Versöhnung, für das Wohl des Volkes und des Vaterlandes zu arbeiten. Wir werden mit ihnen ein freundschaftliches Gespräch führen. Antworten sie positiv, dann sollen sie bei uns zum Nutzen aller leben und arbeiten. Wenn sie aber Feindschaft demonstrieren sollten, dann werden wir entsprechend zu reagieren wissen.

Wenn die revolutionfeindlichen Gruppen entsprechend der Politik der nationalen Versöhnung zurückkehren, wird ihnen dann von den Angehörigen der Ermordeten verziehen werden oder nicht?

Wir verstehen die Gefühle der Angehörigen und bitten sie, geleitet vom heiligen Islam, den einstigen Feinden zu verzeihen, um das Leid des Volkes und ihr eigenes nicht zu vergrößern, damit die Zahl der Opfer unter unseren Landsleuten nicht weiter zunimmt.

Was werden wir tun, wenn nach den sechs Monaten der Feuereinstellung unsere politischen Gegner keinen Friedenswillen zeigen und die Imperialisten sie noch stärker unterstützen werden?

Es gibt eine Volkswisheit: Wenn etwas nicht durch das Schwert umkommen kann, dann die Freundschaft. Wir schätzen die Freundschaft und fordern all unsere Opponenten eben dazu auf. Doch wenn jemand das nicht begreifen will, dann wird kurzer Prozeß mit ihm gemacht. Wir werden unser Land, unsere Revolution verteidigen.

In Punkt 13 des Statuts der DVPA heißt es, daß man den Feinden gegenüber unversöhnlich sein muß. Widerspricht dieser Punkt nicht der nationalen Versöhnung? Wird er geändert werden? Wird es irgendwelche Veränderungen im Programm oder im Statut der Partei nach der Bildung einer Regierung der nationalen Einheit geben?

Gegenüber den eingeschworenen Feinden des Volkes, unserer Partei und unserer Revolution, die im Namen des Volkes verwirklicht wird, muß man tatsächlich unversöhnlich sein. Infolgedessen braucht Punkt 13 des DVPA-Statuts nicht geändert zu werden. Unserer Meinung nach besteht zwischen diesem Punkt und der Politik der nationalen Versöhnung kein antagonistischer Widerspruch. Wenn wir von der nationalen Versöhnung sprechen, meinen wir damit, daß ein Kompromiß mit jenen, die nicht entgegengesetzte Positionen zur DVPA vertreten, erreichbar ist. Es geht also um die Versöhnung mit jenen Kräften, deren Ansichten sich in manchen Punkten von der Haltung der DVPA unterscheiden, doch die damit einverstanden sind,

gemeinsam mit der DVPA ein neues, progressives, demokratisches Afghanistan aufzubauen.

Man wird sehen, wann eine Regierung der nationalen Einheit, eine Koalitionsregierung gebildet werden kann. Ich sage das so, weil ihre Bildung nicht nur von uns abhängt. Jetzt kann man schwer sagen, wie ihre Zusammensetzung und ihr Programm aussehen werden. Ich wiederhole, das hängt nicht nur von uns ab.

Wenn wir einem gemeinsamen Programm oder der Plattform einer Koalitionsregierung, die sich in manchen Punkten vom Programm unserer Partei unterscheiden kann und wird, zustimmen, werden wir zugleich unser eigenes Gesicht, unser Programm bewahren. Die Zeit wird darüber urteilen, welches Programm den wahren Interessen unserer Heimat und unseres Volkes am besten entspricht.

Man sagt uns, wir sollten Kritik fördern. Doch wenn wir Kritik üben, heißt es, wir seien gegen Beschlüsse von ZK-Plenaren.

Es gibt unterschiedliche Kritik. Wenn sie konstruktiv ist, darauf gerichtet, zu einer Verbesserung beizutragen, dann sollte sie unbedingt und zweifellos akzeptiert werden. Zugleich soll Kritik keine Beleidigung sein.

Menschen und Organisationen dürfen nicht über der Kritik stehen. Die kürzlichen Versammlungen mit einheitlicher Tagesordnung bekräftigten, daß die Parteimitglieder kühn, furchtlos kritisieren.

Einige Parteimitglieder sind moralisch verkommen, trinken Alkohol, kassieren Schmiergelder und verbreiten Bürokratismus. Warum werden keine strengen Maßnahmen gegen sie ergriffen? Parteifunktionäre missbrauchen Dienstwagen, einige Genossen arbeiten nicht, wie sich das für Revolutionäre gehört. Welche Maßnahmen werden Ihnen gegenüber ergriffen?

Alle Fragen sind insgesamt berechtigt. Als ich sie las, da dachte ich: Hier wird also nach dem Verhalten eines einzelnen über die Partei insgesamt geurteilt. Deshalb gleich der Vorbehalt: Fehler, selbst große Fehler eines einzelnen dürfen nicht der ganzen Partei oder der ganzen Gesellschaft angelastet werden, obgleich die Partei für die Reinheit und die Ehrlichkeit jedes ihrer Mitglieder verantwortlich sein muß. Insgesamt ist unsere Partei gesund, die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder hält sich strikt an die Forderungen des Parteistatuts.

Derartige negative Erscheinungen erklären sich durch die schwache Arbeit von Parteorganisationen, durch die unzureichende Entwicklung von Kritik und Selbstkritik, die fehlende Kontrolle von unten und von oben, durch die unzureichende Entwicklung der Öffentlichkeit. Auf die Beseitigung so schändlicher Erscheinungen sind Beschlüsse der jüngsten Plenare des ZK, des Politbüros und des Sekretariats des ZK der DVPA über Kaderfragen gerichtet. Wir werden jene, die das Ansehen und das Vertrauen der Partei missbrauchen und durch ihr Verhalten die DVPA schädigen, streng zur Rechenschaft ziehen. Doch auch die Grundorganisationen der Partei müssen aktiver werden.

Warum wird in dieser Lage der

Revolutionrat von einem zeitweilig amtierenden Vorsitzenden geleitet? Das läßt gewisse Leute im Westen behaupten, in Wirklichkeit werde der "ehemalige König Zahir Shah den Vorsitz des Revolutionrates übernehmen".

Was kann ich dazu sagen? Eine neue Verfassung wird ausgearbeitet. Der neue Vorsitzende des Revolutionrates oder eines anderen höchsten Organs des Landes soll gemäß der neuen Verfassung gewählt werden. Wir wollen keine Vermutungen darüber anstellen, wen das Volk wählen wird.

Wie wird der Staat die nationale Frage lösen?

Das verlangt viel Fingerspitzengefühl. Diese Frage wird mit der Zeit gelöst werden, mit fortschreitender ökonomischer und sozialer Entwicklung. Grundsätzlich wird sie gelöst, alle Völkerschaften und Stämme der DR Afghanistan sind gleichberechtigt, einige Fragen der nationalen Beziehungen müssen überall im Geist der Grundprinzipien der DR Afghanistan und des Aktionsprogramms der DVPA und nach ihrer Annahme durch die neue Verfassung der DR Afghanistan entschieden werden. Fragen der Hilfe für einzelne Stämme und Völkerschaften obliegen dem Ministerium für Angelegenheiten der Völkerschaften und Stämme der DR Afghanistan. Doch das ZK der DVPA und unsere Regierung meinen, daß diese Hilfe ausgeweitet werden muß, vor allem ist sicherzustellen, daß sie alle Bedürftigen erreicht.

Warum verhandeln wir heute mit den Duschmanen, wenn wir eine andere Ideologie haben als sie?

Wir verhandeln mit Vertretern der anderen Seite, nicht um unsere ideologischen Differenzen zu klären, sondern um nach Wegen für die Lösung von Fragen, die alle Afghanen bewegen, zu suchen: die Beendigung des Bruderkrieges und der Aufbau eines neuen Lebens.

Eine große politische Arbeit muß unter den Menschen geleistet werden, die in die Heimat zurückkehren. Was ist hierfür geplant?

Wir müssen den Menschen helfen, schneller ein normales Leben in der Heimat zu beginnen und am Aufbau der neuen Gesellschaft teilzunehmen. Das hat Vorrang, damit beginnt die politische Arbeit mit den Flüchtlingen. Das ZK der DVPA und der Ministerrat erarbeiten zusätzliche Maßnahmen zu ihrer Verbesserung.

Die DVPA entstand auf der Grundlage einer wissenschaftlichen revolutionären Theorie. Wie steht die Partei zum Islam?

Die DVPA als politische Partei, als Vorhut des Volkes entstand und wirkt in der politischen Arena eines islamischen Landes. Sie kämpft für die Interessen des afghanischen Volkes, dessen überwiegende Mehrheit sich historisch zum Islam bekannt, dessen Gedanken und Hoffnungen sie zum Ausdruck bringt. Eine andere soziale Basis besitzt die Partei nicht. Deshalb findet der Islam, finden die Traditionen des Volkes die volle Unterstützung der Partei.

Personen, die unter Hafizullah Amin der Führung angehörten, wurden ins Gefängnis geworfen. Sind sie nun als Verbrecher anzusehen oder nicht?

Bereits mehr als 5500 politische Häftlinge wurden amnestiert, darunter auch ein Teil der Amin-Politiker. Der

Amnestieprozeß geht weiter. Er wird nur Personen, die unmittelbar an der Ermordung Unschuldiger beteiligt waren, ausnehmen.

Die verräterische Tätigkeit von Hafizullah Amin war der Hauptgrund dafür, daß sich die Volksmassen von der Revolution abwandten. Warum also wurden seine Helferhelfer aus dem Gefängnis entlassen?

Im Rahmen des Amnestielasses des Revolutionsrates wurden nur Personen, die nicht unter die erwähnte Kategorie fallen, freigelassen.

Der Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion war auf Initiative von Nur Mohammad Taraki unterzeichnet worden. Warum wird alljährlich bei der Feier dieses Jahrestages sein Name nicht erwähnt? Er war ein bekannter Schriftsteller, doch sein politisches und literarisches Erbe wird nicht studiert und nicht veröffentlicht. Warum wird nicht ein Denkmal für ihn errichtet? Warum werden bei Partei- und revolutionären Festen keine Taraki-Porträts gezeigt?

Der Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DR Afghanistan wurde auf Initiative der DVPA unterzeichnet. Viele Genossen interessieren sich für die Haltung unserer Partei, unseres Staates zum politischen und literarischen Erbe Nur Mohammad Tarakis. Die DVPA ist stets der Gründer der Partei, die viel für die Entstehung und Entwicklung der revolutionären Bewegung im Lande getan haben, eingedenkt und zollt ihnen Respekt. Ich denke da an Nur Mohammad Taraki, Babrak Karmal und Mir Akbar Khybar. Ihr Beitrag zur Sache der Revolution ist unvergessen. Was Denkmäler angeht, so gibt es in unserem Land bislang nicht die Tradition, einzelnen Personen Denkmäler zu errichten.

Die jetzt in Arbeit befindliche Geschichte der DVPA wird eine wissenschaftliche und kritische Analyse der Tätigkeit aller Führer unserer Partei geben.

Wie stehen Sie zur Politik von König Amanulla Khan (regierte von 1919 bis 1929)?

In der Politik von Amanulla Khan gab es viel Positives. Unter ihm wurde bekanntlich am 28. Februar 1921 der afghanisch-sowjetische Vertrag, ein Dokument ewiger Freundschaft, geschlossen. Der Briefwechsel von Amanulla Khan mit Lenin, seine Begegnungen mit den Führern der Sowjetunion sind ein leuchtendes Beispiel dafür, wie Vertreter nicht nur verschiedener Länder, sondern buchstäblich verschiedener Welten eine gemeinsame Sprache suchten und erfolgreich fanden.

Natürlich ist unsere Politik nicht eine einfache Wiederholung der Politik von Amanulla Khan. Wir haben einen neuen qualitativen Stand in den afghanisch-sowjetischen Beziehungen erreicht, sind den Weg von guter Nachbarschaft zu Freundschaft und Brüderlichkeit gegangen. Innenpolitisch erstreben wir die Schaffung eines demokratischen, prosperierenden Staates. Doch das Wichtigste ist, daß wir den ehrlichen, reinen Weg der Freundschaft mit dem Nachbarn im Norden gingen und gehen werden. Diesen Weg haben uns unsere Väter und Großväter vermacht, und wir werden ihre Hoffnungen nicht enttäuschen.

ZUSAMMENARBEIT

Mavrovo baut

Seit fast 11 Jahren baut die jugoslawische Firma Mavrovo unter Leitung Milislav Kastratovics an der kaukasischen Schwarzmeerküste Hotels.

Leonid Ryshkov hat Milislav Kastratovic über die Zusammenarbeit jugoslawischer und sowjetischer Baufachleute und -arbeiter interviewt.

Fällt es Ihnen nicht schwer, so viele Jahre im Ausland zu arbeiten?

Es kommt ganz darauf an, wo. Meine Firma baut in vielen Ländern: in der BRD, im Iran, in Frankreich usw. Die Beziehungen zu den Auftraggebern sind ganz verschieden. Ich weiß von Kollegen, wie schwer man manchmal mit ausländischen Partnern eine gemeinsame Sprache findet. In Frankreich z. B. Aus triftigen Gründen wurden Lieferungen aus Jugoslawien aufgehalten. Wir baten den Auftraggeber, uns irgendeinen Baustoff oder -technik auf eine Woche zu borgen, und wurden abgewiesen. Wieso? Denen paßte unsere Stehzeit gerade, weil wir den Kontrakt nicht einhalten.

In der UdSSR haben wir so etwas nie erlebt. Schon bei der Arbeit am Projekt war das Verhältnis gut. Ich kann bestätigen, daß die Hersteller des sowjetischen technischen Projekts für "Dagomys" für die Bemerkungen der jugoslawischen Architekten immer aufgeschlossen waren. Soweit ich zurückdenken kann, ist das in der Weltpraxis der erste Fall solch einer Zusammenarbeit von Fachleuten verschiedener Länder. Architekten und Projektierungsingenieure sind gewöhnlich eingesinnige Leute und lassen sich nicht gern etwas sagen. Hier haben wir von Anfang an kollegial gearbeitet.

Genauso erging es uns mit anderen sowjetischen Bauorganisationen. Hand aufs Herz! Die fast 11 Jahre in der UdSSR waren für mich und auch für andere ein Geschenk des Schicksals. Sie können jeden meiner Landsleute fragen, die auf dem Bau von "Dagomys" und "Sapolarje" gearbeitet haben. Bestimmt wird Ihnen jeder sagen, er hätte nichts dagegen, wieder auf sowjetischen Bauten zu arbeiten.

Bei der Zusammenarbeit kann und soll man voneinander lernen. Offen gestanden, haben mir bekannte Bauleute gesagt, daß sie die jugoslawischen Kollegen um die Qualität ihrer Arbeit beneiden.

Die sowjetischen Kollegen können auch auf Weltniveau arbeiten. Ich finde es also richtiger, von einem Erfahrungsaustausch zu reden. Die Montage von Stahlbetonfertigteilen wird bei Ihnen in einem Umfang und einer Qualität ausgeführt, daß man Sie in jedem Land darum beneiden kann.

Wenn Sie irgendwo zurückgeblieben sind, dann bei den Ausbauerbeiten. Es liegt, meiner Ansicht nach, nicht einmal so sehr am Können der Bauarbeiter, wie am Fehlen einer modernen einschlägigen Industrie. Die Tischlerarbeiten, Tapeten, Farben, Badezimmer- und Toiletteneinrichtungen sehen bei Ihnen weiß Gott nicht zum besten aus. Aber wenn Sie im Ausland bauen, dann können Sie es durchaus mit jeder Firma Westeuropas oder der USA aufnehmen. Das trifft auch für Musterobjekte in der UdSSR zu. Ich habe unsere Fachkräfte mehrmals in den Gebäudeblock des Sanatoriums "Sotschi" und ins dortige Hotel "Shemtschushina" geführt, um ihnen zu zeigen, wie man bauen kann und soll. Beide Objekte stehen schon 15–20 Jahre, sehen aber noch jetzt vorzüglich aus. Also wenn Ihre Leute wollen, können sie schon.

Auch mit Ihrer Gastfreundschaft können Sie es durchaus mit jeder ausländischen Firma aufnehmen. Sie sollten sehen, wie unsere Bauleute in Sotschi untergebracht sind und wo und wie sie verpflegt werden. Schneeweisse Tischdecken und eine große Auswahl an Fleischgerichten und Gemüse. Und die Wochenenden und Feiertage? In diesen Jahren haben wir als Touristen von Ihrem großen Land, vom Kaukasus bis zum Baikalsee, viel gesehen.

Sind Sie mit dem "Dagomys" und dem "Sapolarje" schon fertig?

Noch nicht ganz. Vor kurzem haben wir noch einen Kontrakt über den Bau von Wohnungen für das Personal des "Sapolarje" geschlossen. Da werden in 15 Monaten über 300 Personen einzehen.

Obrigens wird der Bau von Wohnungen für das Personal des Sanatoriums, das dem Erzaufbereitungskombinat in Norilsk gehört, aus überplanmäßigen Gewinnen finanziert. Ich sehe es als gutes Beispiel dafür an, wie bei Ihnen der neue Wirtschaftsmechanismus — die Selbstfinanzierung, Rentabilität und wirtschaftliche Rechnungsführung — funktioniert. Ich sehe jedenfalls zum ersten Mal, wie eine Belegschaft ihren überplanmäßigen Gewinn für einen eigenen Zweck verausgibt.

Kommen wir auf das "Dagomys" zurück! Sagen Sie mal ganz ehrlich, würden Sie, wenn Sie Millionär wären, für so einen Komplex Geld ausgeben? Ich frage, weil manche Wirtschaftsexperten behaupten, er werde sich erst in 100 Jahren rentieren.

Wie man's nimmt. Wie er heute aussieht, würde er sich tatsächlich nicht so bald rentieren. Zu den jetzigen 2500 Plätzen kann man aber noch 2500 hinzurechnen. Die Infrastruktur eines Hotelkomplexes läßt das zu. Die Tiefbauerarbeiten, Cafes, Restaurants und Bars sind fertig. Sie sind schon jetzt auf 5000 Gäste berechnet. Nur noch die eigentlichen Gebäudeblocks müssen gebaut werden.

Mit der Rentabilität ist das auch so eine Sache. Warum sich nur auf ausländische Touristengruppen versteifen? Der Komplex hat höchstes Weltniveau, er entspricht den höchsten Ansprüchen von Einzeltouristen, die bedeutend einträglicher sind. Als Millionär hätte ich keine Angst, Kapital in so einem Objekt zu investieren.

Aber außer der Berechnung kommt es nicht zuletzt auch auf das Prestige an. Bei Ihnen baut man vorzügliche Ferienheime und Sanatorien, aber nehmen Sie's mir nicht übel, Sie verstehen nicht, daß wir Reklame zu machen. Für das "Dagomys" muß die Reklame so gemacht werden, daß man in der ganzen Welt davon erfährt.

Soviel ich weiß, kennt man jugoslawische Bauleute nicht nur von den Neubauten an der Küste her. Stimmt das?

Ja, Kollegen von anderen jugoslawischen Firmen bauen am Kuban einen riesigen Agrar-Industrie-Komplex aus Nahrungsmittelbetrieben, Speichern und Kühlhäusern. Sie bauen ihn nach dem Muster des einschlägigen Belgrader Komplexes, der wiederum in Lizenz aus Philadelphia gebaut wurde. Die Technologie ist die gleiche, nur die Ausmaße sind bedeutend größer. Der Belgrader Komplex kann 1,5 Millionen Menschen ernähren. Ihr Komplex am Kuban reicht für etwa 5 Millionen, also für fast alle Bewohner der Region.

Im Westen schreibt man jetzt viel über die Kooperation ausländischer Firmen mit sowjetischen Betrieben der Industrie und Landwirtschaft. Was halten Sie von

einer Kooperation im Bauwesen! Ich meine nicht nur bei den Projektierungsarbeiten — von denen haben Sie schon gesprochen —, sondern direkt im Bauwesen.

Das ist durchaus möglich und in manchen Fällen sogar notwendig. Ich sagte schon, daß wir mit dem Bau von Wohnungen für das Personal des "Sapoljarje" anfangen. Sowjetische Projektierungsingenieure und Baufachleute haben das Souterrain, die Sanitätsanlagen und die Möbel übernommen, alles übrige wir. Das ist für beide Seiten vorteilhaft. Das Vorhandensein von Arbeitskräften, Baustoffen und -maschinen an Ort und Stelle macht diese Art Integration zweckmäßig. Dabei kann man alles vernünftig berechnen. Nur müssen beide Seiten ihre Lieferungs- und Arbeitstermine genau einhalten.

Die Zeitpläne werden offenbar nicht immer eingehalten!

Leider nicht immer. Als wir in Dagomys den Strand anlegten, sollten Ihre Bauleute laut Kontrakt für Buhnen und Wellenbrecher sorgen. Sie überzogen den Termin um etwa anderthalb Jahre. Wir hatten den Strand rechtzeitig fertig, aber um welchen Preis! Vier Monate mußten wir von früh bis spät schuften.

Wenn Sie als Bauunternehmer die Termine überziehen, dann kostet Sie das eine Stange Geld. Und wenn das unsere machen!

In dem Fall, von dem ich gesprochen habe, hat der Auftraggeber keine Einbuße erlitten, weil der Kontrakt Konventionalstrafen nur für den Bauunternehmer vorsah. Beim Bau des "Sapoljarje" sind die Partner gleichgestellt. Wer den Zeitplan überzieht, muß zahlen.

Der "Dagomys"-Hotelkomplex an der kaukasischen Schwarzmeerküste

Foto: TASS



Das ist übrigens auch ein Beispiel für die sowjetische Umstellung. Mir scheint das sehr bezeichnend für die Erhöhung der materiellen Verantwortlichkeit Ihrer Betriebe und Belegschaften.

Für uns ist das ein sehr wichtiges Thema. Als Außenseiter sieht man das besser.

Wahrscheinlich. Ich sehe mit Interesse, wie sich bei den sowjetischen Wirtschaftsfunktionären immer deutlicher eine umsichtige Einstellung zur Arbeit zeigt. Die Veränderungen sind nicht zu erkennen, selbst wenn man nur das letzte Jahr nimmt. Wie war das früher? Wieviel und was für Baustoffe man auch immer bestellte, alles wurde, noch dazu mit einer großen Reserve, geliefert, als ob es dem Auftraggeber egal wäre, als ob er nicht wüßte, was er mit seinem Geld anfangen soll. Und jetzt? Nachlieferungen gibt es nicht, ehe das letzte Asbestzementrohr und der letzte Sack Zement verbraucht ist. Hat man an einem Bauabschnitt alles erledigt und alle Baustoffe vom Lager verwendet, dann bekommt man die nächste Partie und baut weiter. So etwas ist mehr nach meinem Geschmack.

Ich sehe auch, wie aufrichtig und energisch man hier in der UdSSR die Umstellung in Angriff genommen hat und wie fest man von ihrer Notwendigkeit überzeugt ist. Sogar hier im Kurort merkt man was von den zügigen und konkreten Veränderungen im Land. Ich sage nicht, daß auch keine Stockungen vorkommen, es wird aber deutlich besser.

Was Sie sagen, bestätigt einen wichtigen Gedanken, den Michail Gorbatschow in der CSSR geäußert hat, nämlich daß das Werden des Sozialismus als Weltsystem vorüber ist, daß eine neue Phase begonnen hat, in der das ganze System des Zusammenwirkens unserer Länder auf ein qualitativ neues Niveau gebracht werden muß.

Ich empfinde dieses qualitativ neue Niveau der Beziehungen am eigenen Leibe. Die wirtschaftlichen Direktverbindungen zwischen Betrieben und Firmen unserer Länder sind nicht mehr fromme Wünsche, sondern Realität. Nehmen wir z. B. unseren neuesten Kontrakt mit dem Kombinat in Norilsk. Er wurde in zwei Monaten geschlossen. Früher dauerte so etwas mindestens ein halbes Jahr. Stellen Sie sich einmal vor: Wenn alle Vermittler ausgeschaltet werden und Verträge wirklich direkt — Firma mit Firma und Betrieb mit Betrieb — geschlossen werden, was dann? Dann wird man in einer Woche schaffen, was früher ein Jahr dauerte.

Also ist unsere Umstellung auch für alle unsere Partner im Ausland vorteilhaft!

Zweifellos!

Sotschi

General Singlaub sagt aus

Lew JELIN

Aus dem "Irangate"-Bericht der Tower-Kommission geht hervor, daß die Regierung Reagan bei der Unterstützung der nikaraguanischen Contras nicht nur widerrechtlich Waffen an den Iran verkauft und mit geheimen Bankkonten manipulierte, sondern dafür auch die Ressourcen von "Freundesländern" in Anspruch nahm. Deren Namen sind zwar im veröffentlichten Bericht fortgelassen, aber die "Far Eastern Economic Review" (Hongkong) spricht von Taiwan, Südkorea und Brunei. Sie sollen 10 von den 32 Mio Dollar Privatspenden beigesteuert haben, die den Contras zwischen Juni 1984 und März 1985 zugingen. Natürlich wurde das Geld nicht für Trockenmilch oder Fleischkonserven ausgegeben. Adolfo Calero, Führer der "Nikaraguanschen Demokratischen Kräfte", hat zugegeben, daß damit größtenteils Waffenlieferungen bezahlt worden sind.

Das Geld beschaffte Generalmajor a. D. John Singlaub.

Wie das lief

"Singlaub kommt morgen zu mir. Wenn Sie erlauben, werde ich ihn bitten, sich mit (X) aus der Abteilung, die die Interessen von (Name des Landes gestrichen) vertritt, und mit (Y) in der Botschaft (Name des Landes gestrichen) in Verbindung zu setzen und die Leute aufzufordern, ihrem Angebot gemäß zu handeln. Dann wird Singlaub Calero mit jedem der betreffenden Beamten in Verbindung bringen. Ein Ansuchen des Weißen Hauses und des Nationalen Sicherheitsrates wird nicht figurieren. Singlaub wird auch nicht von einer Zustimmung der US-Regierung sprechen."

So heißt es in einer Denkschrift Oberstleutnant Oliver Norths vom 6. Februar 1985 an den damaligen Leiter des Nationalen Sicherheitsrats und Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Robert McFarlane. X und Y sind noch unbekannt. Sie waren nur untergeordnete Befehlsempfänger. Die Hauptsache ist die "Abteilung, die die Interessen ... vertritt". Das ist der Koordinationsausschuß für Nordamerika

in Taiwan. Die in der Denkschrift erwähnte Botschaft ist die südkoreanische.

Und worin bestand das erwähnte Angebot? North scheint absichtlich etwas durcheinander gebracht zu haben. Die (natürlich inoffizielle) Aufforderung, Geld für die Contras zur Verfügung zu stellen, ging von Vertretern der US-Regierung aus und wurde von dem "unabhängigen" General a. D. Singlaub übermittelt. In Söul und Taipeh begriff man natürlich, daß das Weiße Haus das Verbot des Kongresses, die subversiven Umtreiber der Contras zu finanzieren, zu umgehen versuchte, und ging man,



General Singlaub: "Ich wollte einen Mechanismus in Gang setzen..."

Foto aus: "Der Spiegel" (BRD)

einem asiatischen Diplomaten zufolge, bereitwillig darauf ein, "um Reagan nicht vor den Kopf zu stoßen". Wer könnte

Wasserfolter

Die Iran-Affäre im US-Kongreß

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß die heutigen gemeinsamen Sitzungen beider Sonderausschüsse für die Iran-Affäre, die von beiden Kammern des US-Kongresses eingesetzt wurden, am 5. Mai im gleichen Saal begannen, wo auch über Watergate verhandelt wurde. Die Parallele bietet sich an. Ende November v. J. bemerkte Lesley Stahl, CBS-Korrespondentin für Fragen der nationalen Sicherheit: "Reagans Anhänger sind nervös, weil die Krise, die er selbst heraufbeschworen hat, ihn nach unten zieht. Das ist derselbe Weg nach unten wie mit L. B. Johnson im Vietnam-Abenteuer, mit Richard Nixon in der Watergate-Affäre und mit Jimmy Carter bei der Geiselnahme in Iran." Die "Boston Globe" prophezeite: Der Eklat könne noch ganz schön laut werden.

Haben sich diese Prophetien fünf Monate später erfüllt? Ja und nein. Daniel Inouye, Vorsitzender des Sonderausschusses des Senats, Demokrat vom Staat Hawaii, der seinerzeit bei der Watergate-Affäre dabei war, stellte vor Verhandlungsbeginn fest: "Die Probleme von Irangate liegen viel tiefer als die von Watergate." Sofort fügte er jedoch hinzu, seiner Meinung nach werde die heutige

Affäre nicht die gleiche nachhaltige Wirkung haben wie Watergate. Worauf beruht dieser recht weit verbreitete Standpunkt?

Auf mehreren Faktoren. Erstens sind in diesen 14 Jahren im nationalen Selbstbewußtsein große Veränderungen eingetreten. Was damals absolut unannehmbar erschien, schockt heute nicht. Die ersten Artikel, die ein Licht auf die Tätigkeit eines geheimen Netzes zur Unterstützung der Contras wiesen, erschienen vor beinahe drei Jahren. Im Mai v. J. erhob der Washingtoner Jurist Daniel Sheehan im Namen zweier US-Journalisten im Gericht der Stadt Miami Anklage gegen jene, die heute zu den Sitzungen der Ausschüsse für "Irangate" vorgeladen werden. Es bedurfte jedoch eines äußerlichen Anstoßes, damit die Affäre den Anstrich eines internationalen Skandals gewann. Da erst setzte eine amtliche Untersuchung ein.

Ein weiterer Grund ist die Art des Skandals selbst, der längst über die Grenzen der USA hinausgelangt ist. Der Republikaner Dick Cheney, ein einflußreiches Mitglied des Kongresses,

wissen, was sonst aus der militärischen und wirtschaftlichen Hilfe der USA an sie geworden wäre (Taibei allein kaufte 1986 bei den USA Waffen für 750 Mio Dollar). Die "Far Eastern Economic Review" schreibt: "Taiwan und Südkorea wußten, daß sie sich lieb Kind machen mußten."

Um die anderen "Freunde" zu beschwichtigen, stellte Singlaub einen Plan auf, der später im Iran-Geschäft benutzt wurde. Jetzt erklärt er das wie folgt: "Ich wollte einen Mechanismus aufbauen, der uns vor Unannehmlichkeiten wegen der direkten Übergabe der Gelder bewahrt hätte, von der der Kongreß erfahren und Gegenmaßnahmen getroffen hätte. Ich glaubte, der Regierung Rechtfertigungen zu verschaffen, die doch helfen, aber das geheimhalten wollte."

Singlaub wußte von den getätigten und geplanten amerikanischen Waffenlieferungen an Südkorea und Taiwan. Er forderte die Regierungen dieser Länder auf, über die Summen dieser Abschlüsse hinaus je 10 Mio Dollar zu zahlen. Etwas sollte die Firma, die die Waffen liefert, behalten, der Rest sollte auf ein Bankkonto der Contras überwiesen werden.

Singlaub wollte z. B. eine aus 40 MK-37-Torpedos bestehende Lieferung Israels an Taiwan benutzen. Das Geschäft

brachte eine Washingtoner Beratungsfirma, für die auch der General arbeitete, zustande. Tel Aviv verlangte für die Torpedos 72–75 Mio Dollar. Taibei hätte aber 82–85 Mio Dollar gezahlt, und das Geschäft wäre perfekt gewesen. Allerdings gab das Weiße Haus nicht die Bewilligung dazu, und die war obligatorisch, da es sich um Torpedos amerikanischen Fabrikats handelte. Singlaub war jedoch sicher, daß das Hindernis beseitigt werden konnte. Schließlich gab man die Absicht dann doch auf. Singlaub



Zeichnung: N. Stscherbakow

sagt, Watergate sei "ein politisch motivierter Diebstahl und mit der nationalen Sicherheit nicht verbunden gewesen". Das Handeln des Weißen Hauses in der Iran-Contras-Affäre dagegen sei "außenpolitisch motiviert, das aber gehört offensichtlich zum Kompetenzbereich des Präsidenten".

Und schließlich noch ein Grund, zwischen Watergate und Irangate zu unterscheiden. Bei der Untersuchung der gegenwärtigen Affäre sind die Demokraten bemüht, den Präsidenten möglichst herauszuhalten, damit nicht der Eindruck entsteht, daß sie lediglich an die enggefaßten Interessen ihrer Partei denken. Die Republikaner ihrerseits sind den Einzelheiten nicht so sehr hinterher, weil sie wissen, welche Folgen die Entlarvungen für ihre Partei bei den Wahlen 1988 nach sich ziehen könnten.

Kurz vor Eröffnung der Verhandlungen zur Iran-Affäre sagte Lee Hamilton, Vorsitzender des Sonderausschusses des Repräsentantenhauses, sie würden "keine Sensation sein". Der Republikaner Warren Rudman, stellvertretender Vorsitzender des Senatausschusses, meinte, Fakten würden für sich sprechen. Wie sich jedoch schon nach den beiden ersten Wochen herausstellte, genügte allein die lückenlose Darlegung von Tatsachen, um das Vertrauen in die Regierung schwer anzuschlagen. Nach der zweiten Verhandlungswöche setze sich, lesen wir im „Christian Science Monitor“, in Wa-

behauptet, er habe in Taibei und Söul nur die Kontonummer der Contras bei der Nationalbank Panamas zurückgelassen, aber das ist kaum glaubhaft. Er will mit leeren Händen abgezogen sein? Nein, er hat ganz gewiß eine für die Bündnispartner annehmbare andere Variante durchgedrückt. Bald darauf trafen bei den Contras leichte Waffen aus Taiwan ein. Bei der Lieferung war ein Agent der CIA in Taibei beihilflich. Auch Söul leitete seine Operation ein.

Singlaub hielt North ständig auf dem laufenden. Dieser wiederum McFarlane. Begnügte sich der ehrgeizige General mit dieser Form der Absprache seines Vorgehens? Er selbst sagt: "Ich hielt mich an die Rundfunkansprachen" Reagans) „vom Sonnabend morgen.“ Die "Baltimore Sun" vom 28. Dezember 1986 brachte jedoch die Aussage der Sekretärin Singlaubs, der zufolge Singlaub nur die letzten beiden Monate nicht mit dem Präsidenten Absprache gehalten hat (die Unterbrechung trat ein, als die Enthüllungen über Irangate schon begonnen hatten). Wovon war vorher die Rede? "Man sprach gewöhnlich über die kommunistische Weltbewegung", genauer über den Kampf gegen diese Bewegung. Generalmajor a. D. Singlaub war ja von 1981 bis zum Herbst 1986 Präsident der Antikommunistischen Weltliga (WACL — s. NZ. 49/86) und ist

shington die Meinung durch: Präsident Reagan habe vom iranischen und vom nikaraguanschen Schema mehr gewußt, als früher zugegeben wurde. Um den Schein zu erwecken, als wäre alles "nach wie vor", versucht der Apparat des Weißen Hauses, der im November v. J. praktisch gänzlich erneuert wurde, möglichst viele Veranstaltungen unter Teilnahme des Präsidenten durchzuführen. Dann muß der Regierungschef aber immer wieder auf gleiche Fragen antworten, was ihn sichtlich reizt.

Die Hörungen im Weißen Haus werden auf das aufmerksamste verfolgt. Davon zeugen z. B. die Ereignisse vom 14. Mai. Robert Owen, ehemaliger Berater des State Department, der als persönlicher Bote und Verbindungsmann Oliver North fungiert hatte, brauchte im Kongreß nur Jonathan Miller vom Weißen Haus zu erwähnen, damit eine Stunde später sein "freiwilliger" Rücktritt bekanntgegeben wurde.

All das ist jedoch nur der Auftakt. Die Verhandlungen im Kongreß, vier Tage wöchentlich, werden mindestens bis Ende Juni dauern. Das "zentrale unberechenbare Element", schreibt die Wochenschrift "National Journal", würden die Aussagen John Poindexters, des ehemaligen Sicherheitsberaters des Präsidenten, und des Oberstleutnants Oliver North sein. Gemäß der amtlichen Version der Regierung waren sie nachgerade die einzigen, die die Geheimoperationen ausführten. Eben deshalb mußten sie im November aus dem

Weißen Haus gehen. Wenn sie sich jetzt zur Offenheit entschließen, könnten sie der Administration übel mitspielen. Angesichts der dauernden Ungewißheit und der Länge der Hörungen verglich ein Vertreter des Weißen Hauses diese in einem Interview für die CBS mit der "chinesischen Folterung durch Wasser".

General a. D. Richard Secord, der ehemalige Sicherheitsberater des Präsidenten Robert McFarlane, der schon erwähnte Robert Owen — alles Menschen, die bei den Verhandlungen Aussagen machten —, wurden vornehmlich nach dem faktischen Verlauf der Operation gefragt. Die Hauptfrage nach dem Wesen der Politik, deren logisches Resultat dieses Fiasko ist, hat man irgendwie verdrängt. Der US-Justizminister nannte den von North getätigten geheimen Transfer vieler Millionen an die Contras in Nikaragua eine "Abweichung von der Norm". Der "Washington Post" zufolge ist eine solche Abweichung Resultat der "Reagan-Doktrin". Diese aber beruht auf Verstößen gegen das Gesetz und auf dem Kult der Gewalt. In der Wertpyramide nach Reagan gibt es nichts Wichtigeres als den Kampf gegen Kommunismus als solchen, insbesondere gegen seine Verbreitung in der westlichen Hemisphäre.

I. IGNATJEW
TASS-Korrespondent
für die "Neue Zeit"

Washington

noch jetzt Mitglied ihres Sekretariats. Als solches steht er der WACL-Filiale in den USA — dem Amerikanischen Ausschuß für Weltfreiheit — vor. Reagan ließ der WACL zweimal — 1982 und 1984 — Begrüßungsschreiben zugehen, was vor ihm kein US-Präsident getan hatte. Der WACL-Chef Singlaub war im Weißen Haus oft zu Gast. Er war es, als das Unternehmen Taipeh—Söul—Contras im Gange war.

Sein Dienstregister

Singlaub war der ideale Verbindungsmann zwischen Taiwan, Südkorea und den Contras.

Zunächst einmal war ihm das Terrain bekannt. In den 40er Jahren war er Verbindungsmann des US-Amts für strategische Studien (dem Vorläufer der CIA) in Guomindang-China. Er war für die Kontakte mit den von Chang Kai-schi geführten Kräften zuständig. 1949 flüchteten die Guomindang-Leute nach Taiwan und riefen dort die antikommunistische "Republik" aus. Ende der 70er Jahre war Singlaub Stabschef der US-Truppen in Südkorea. 1978 mußte er abdanken, nachdem er Präsident Carter für die Absicht, die Truppen von der Halbinsel abzuziehen, öffentlich getadelt hatte.

1986 und Anfang 1987 erschien Singlaub mehrmals auf den Philippinen, angeblich auf der Suche nach Schätzen, die der japanische General Yamashita im zweiten Weltkrieg dort versteckt haben soll. Nicht ohne Grund nahm man an, daß er mit den Besuchern in Wirklichkeit eine Verstärkung und Vereinigung der dortigen Reaktionäre beziehete, die dann die Regierung Aquino unter Druck setzen könnten. Der "Philadelphia Inquirer" berichtet, Singlaub habe amerikanische Vietnamkriegsveteranen dafür angeworben, Philippiner für den Kampf gegen Aufständische zu drallen. Singlaub habe sich mit namhaften philippinischen Offizieren gerade vor einem Militärputschversuch getroffen, womit das Kabinett Aquino nach Ansicht vieler Kommentatoren nach rechts gedrängt werden sollte.

Die WACL

Für die Hilfe an die Contras eignete sich Singlaub auch deshalb, weil ihm der starke WACL-Apparat zur Verfügung stand. Die WACL entstand aus der sogenannten Antikommunistischen Liga der Völker Asiens unter aktivster Beteiligung Taipeis und Söuls. Dort hatten wiederholt Konferenzen der WACL statt.

Trotz der weiten Entfernung bemühte sich Singlaub zielbewußt, die proamerikanischen Kräfte Lateinamerikas mit Hilfe der WACL den fernöstlichen näherzubringen. So veranstaltet die südkoreanische „Causa International“ unter dem ehemaligen südkoreanischen Geheimdienstobersten Bo Hi Pak auf Singlaubs Rat hin für Militärs aus El Salvador, Uruguay und Honduras "Antiguerrillakol-

loquien". Für das Reisegeld nach Söul kommt die „Causa International“ auf, ein Tochterunternehmen der zur WACL gehörigen "Einheitskirche" des Südkoreaners Sun Myung Moon.

Sind diese reibungslos funktionierenden Verbindungen auch der militärischen Hilfe Taiwans an die nikaraguanischen Contras zustatten gekommen? Höchstwahrscheinlich. Bekannt ist, daß Waffen aus Taipei, obwohl die Lieferungen von einem Agenten der CIA geleitet wurden, nicht über den US-Geheimdienst, sondern vermutlich über die WACL gingen. Solange Singlaub Präsident der WACL war, benutzte er diese für Geheimvorhaben des Weißen Hauses. 1985 gab Singlaub auf einer Konferenz in Dallas an, die WACL habe die Aufgabe, die Spendensammlungen für die Rebellen nicht nur in Mittelamerika, sondern auch für die in Afghanistan, Angola, Mocambique, Äthiopien, Laos und Kampuchea auszudehnen. Lateinamerika, genauer Nikaragua, sei das Ziel Nr. 1. Im Mai 1985 berichtete die Fernsehgesellschaft NBC, daß einige gutbetuchte Amerikaner, darunter die Multimillionäre Hunt und Coors, bereitwillig für die Contras spenden. Das hat Singlaub erreicht.

Auch damals ging er auf direkte Weisung von Oliver North vor. Dieser wies Singlaub und seine Liga an,

Sammelungen für die Contras zu veranstalten, u. zw. gleich nachdem der US-Kongreß im Frühjahr 1984 das Boland-Amendment verabschiedet hatte, das eine direkte Hilfe an nikaraguafeindliche Kräfte verbietet. Die Vermutung, Singlaub sei auf eigene Faust zu Verhandlungen nach Söul und Taibei gereist, stimmt nicht. Er tat es im Auftrag des Nationalen Sicherheitsrates, und die WACL diente als Tarnung. Ihr Finanzbaren wird von niemandem kontrolliert, und seine Reisen konnte man als Besuche der WACL-Filialen hinstellen. Zum letzten Mal war er 1986 im Juni in Taiwan und im Juli in Südkorea.

So hatte man die erzreaktionäre "private" WACL und ihren Vorsitzenden für die Aktionen des Weißen Hauses eingespannt. Sehr wichtig war, daß beide formell nicht mit Washington liiert sind.

Zum Schluß ein Ausspruch von einem Diplomaten Söuls, den die "Far Eastern Economic Review" zitiert: Die Amerikaner hätten "überall gebettelt". Was denn mit dem Image der Großmacht USA und ihres Weißen Hauses passiert sei? Der Kongreß werde hintergangen, man gehe an den Kreuzwegen Asiens betteln. Was denn das für ein Zweck sei, der auch solche Mittel heilige... □

Ein Botschafter macht Ausflüchte

Bei einer Gerichtsverhandlung in Manhattan erklärte der Kaufmann Nico Minardos, der beschuldigt wird, illegal amerikanische Waffen für 2 Md. Dollar nach Iran ausgeführt zu haben: "Von welchem Schmuggel kann da die Rede sein, wenn ich von diesen Lieferungen in Rom mit dem US-Botschafter Maxwell Rabb in seiner Residenz in der Via Veneto gesprochen habe!"

Eine solche Erklärung machte natürlich Aufsehen, und nach mehreren Verzögerungen wurde auch Rabb vorgeladen.

Allerdings gab die Tatsache, daß das Gericht nur Aussagen eines beschuldigten Schmugglers vorweisen konnte, dem Botschafter eine gewisse Bewegungsfreiheit, derer er sich sofort bediente. Ja, er habe sich in Rom mit Minardos getroffen, aber weder etwas von seinen Zielen noch von der Tatsache gewußt, daß der Kaufmann den arabischen Millionär Adnan Khashoggi (Waffenhandel) vertrete. Wozu mußte er dann Minardos empfangen? Rabb: Der Kaufmann habe sich über seine Sekretärin als ein "großer Freund" Mr. Rabbs vorgestellt, der, unterwegs nach Athen, es sich nicht habe nehmen können, Mr. Rabb zu sehen. Obwohl, so der Botschafter, von Freundschaft überhaupt keine Rede sein könne.

Tatsache ist jedoch, daß der Reisende in Waffen mit dem Botschafter Probleme der

amerikanisch-iranischen Beziehungen besprach. Das Wort "Waffen" sei überhaupt nicht gefallen, versicherte Rabb den Richtern.

Mit den Aussagen des Minardos allein läßt sich das Gegenteil praktisch nicht nachweisen. Die italienische Wochenschrift "Espresso" weist jedoch auf ein anderes Thema hin, das im Laufe der Untersuchung ans Licht kam: italienische Waffenlieferungen an Teheran, von denen die Presse schon schrieb. Vor dem Gericht behauptete der US-Botschafter, in den letzten zwei Jahren Mitteilungen bekommen zu haben, daß Waffen für Iran aus italienischen Häfen transportiert würden. Allerdings hätten ihm führende Politiker in Rom gesagt, eine solche Information sei "nicht ganz authentisch", die italienische Regierung "kontrolliere die Lage".

Vor Gericht bestätigte Rabb, über all diese Einzelheiten rechtzeitig das State Department informiert zu haben. In Washington wußte man trotz aller amtlichen Dementis der italienischen Regierung von all diesen Lieferungen sehr wohl. Die Annahme liegt also nahe, daß Washington die italienischen Waffenlieferungen beim gefährlichen Spiel, das jetzt in der Iran-Affäre gipfelt, zumindest beachtete. Vorausgesetzt, daß diese Lieferungen nicht zum Spiel gehörten...

A. ROMANOWSKI

"NEUE ZEIT" 21.87

Im Spiegel der chinesischen Presse

Chinesische Experten sehen den wichtigsten objektiven Grund für die Umstellung in der UdSSR darin, daß der Wirtschaftsmechanismus den Anforderungen des heutigen Lebens nicht mehr entspricht. Die tiefen und allseitigen Reformen seien auch infolge der internationalen Lage notwendig geworden. Unter den "wichtigsten Herausforderungen" an die UdSSR nennt die chinesische Presse die neue Runde im Wettrüsten, die ihr von den USA aufgezwungen wird, sowie die in der ganzen Welt rasch voranschreitende Revolution in Wissenschaft und Technik. Die feste Entschlossenheit der sowjetischen Führung, "ungeachtet aller Hindernisse die Reformen vorzunehmen", stütze sich auf die reichen Naturschätze und die starke wirtschaftliche Basis sowie auf hochqualifizierte wissenschaftliche und technische Kräfte. Ebenso auf die reichen Erfahrungen bei der Gestaltung des neuen Lebens sowohl in der UdSSR selbst als auch in den anderen sozialistischen Ländern.

Zugleich werden in den Publikationen auch die Faktoren angegeben, die, vom Standpunkt der chinesischen Autoren, die Umstellung in der UdSSR erschweren. Hierzu gehören die kolossale Größe des Landes, die Dimensionen der Wirtschaft und "die stagnierende ökonomische Theorie", z. B. die Unterschätzung der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus.

Unter diesen Umständen werden die Umgestaltungen gewisse Leute unweigerlich nötigen, ihre Machtbefugnisse niedرزulegen, und es könnte geschehen, daß sich leitende Funktionäre, die sich an die alte Wirtschaftsstruktur klammern, gegen Neuerungen stemmen werden.

Die chinesische Presse stellt Vergleiche zwischen den der Umstellung günstigen und ungünstigen Faktoren an, sie betrachtet die erzielten Resultate und die noch ungelösten Probleme und äußert ihre Meinung über die Aussichten der Umstellung.

So hebt der namhafte Wirtschaftsexperte Wang Jincun hervor, daß "die Sowjetunion schon Mittel und Wege zur Überwindung der vorhandenen Widersprüche gefunden hat" und daß sich die günstigen Faktoren deshalb mit der Zeit immer stärker auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken werden. Xing Shugang, Leiter der Abteilung "Außenpolitik

der UdSSR" am Institut für die UdSSR und Osteuropa der Akademie für Gesellschaftswissenschaften Chinas, konstatiert, daß die Aufgabe, das Bruttosozialprodukt der UdSSR bis zur Jahrtausendwende zu verdoppeln, erfüllbar ist. In diesem Sinne wird der 27. Parteitag der KPdSU "als Anbruch einer neuen Entwicklungsphase der UdSSR beurteilt". Im Hinblick auf die Parteitagsdokumente heben chinesische Experten das Neue der Beschlüsse und Schlußfolgerungen hervor. Die verschiedenen Stellungnahmen der Presse kann man folgendermaßen zusammenfassen:

— Früher habe man in der UdSSR die Hauptelemente des Wirtschaftssystems als ein für allemal richtig und unveränderlich angesehen. Auf dem 27. Parteitag sei anerkannt worden, daß viele dieser Elemente den Anforderungen der Wirtschaftsintensivierung nicht entsprechen, ja daß sie der wirtschaftlichen Entwicklung im Wege sind.

— Früher habe die UdSSR betont, daß Reformen vor allem von den geltenden Wirtschaftsprinzipien auszugehen hätten. Jetzt habe man den Schluß gezogen, daß die kanonischen ökonomischen Ideen mit den Erfordernissen der sozialistischen Produktion in Einklang gebracht werden müssen.

Bemerkenswerterweise hebt die chinesische Presse den komplexen Charakter der vom 27. Parteitag der KPdSU beschlossenen Strategie für die Beschleunigung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung hervor, die qualitative Veränderungen in allen Lebensbereichen der Gesellschaft herbeiführen soll. Es erscheinen immer mehr Analysen, in denen auf die weitere Demokratisierung der Gesellschaft der UdSSR, die Förderung der Publizität, die Aktivierung der Sozialpolitik und die Reformen in der Außenwirtschaft und in der Organisation von Wissenschaft und Kultur eingegangen wird.

Als Markstein bei der Vertiefung der Umstellung bezeichnen viele Massenmedien Chinas das Plenum des ZK der KPdSU von Januar 1987. In diesen Beurteilungen wird besonders auf die Gründlichkeit der Wandlungen und auf die erzielten Resultate dieses großen Werks hingewiesen. So schreibt die Zeitschrift "Liaowang" unter anderem,

daß "die sowjetische Umstellung in ein neues Stadium relativ hoher und tieferreichender Entwicklung tritt, das durch zielbewußte Steuerung des neuen Kurses erreicht worden ist".

"China darf das sowjetische Modell der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung nicht einfach kopieren", das und ähnliches schreiben viele chinesische Blätter. Die Situation in jedem sozialistischen Land hat ja ihre Eigenheiten.

Zugleich wird nicht geleugnet, daß die Hauptaufgaben der sozialistischen Länder die gleichen sind, nämlich, die sozialistische Ordnung zu perfektionieren, ihre Vorzüge zur Geltung zu bringen und diese Vorzüge mit den positiven Ergebnissen der Revolution in Wissenschaft und Technik zu verbinden. So schreibt das theoretische Organ des ZK der KP Chinas, "Hongqi", daß die Umgestaltungen in der UdSSR und in den sozialistischen Ländern Europas vier Aspekte haben, die bei den Reformen in der VR China berücksichtigt werden müssen: erstens die Notwendigkeit, sich restlos darüber klar zu werden, wie schwierig und kompliziert Wirtschaftsreformen sind, "um sie fest entschlossen vorzunehmen"; zweitens die Notwendigkeit, "die führende Rolle, die die Theorie bei Reformen zu spielen hat, unbedingt im Auge zu behalten" und bei den Reformen die marxistisch-leninistische Theorie fortzuentwickeln; drittens die Notwendigkeit, "die Reformen genau aufeinander abzustimmen und im Komplex zu verwirklichen"; viertens müssen "die Wirtschaftsreformen eng mit politischen Reformen verbunden werden, die einen müssen die anderen voranbringen".

Die Schreiber vieler Artikel zeigen unverkennbares Interesse für die Erfahrungen der sozialistischen Länder mit den Umgestaltungen. Sie heben hervor, wie wichtig es angesichts der gewaltigen heutigen Aufgaben für die UdSSR und die VR China ist, ihre Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau auszutauschen. Der Wirtschaftsexperte Zheng Biao hat dieses Thema aufgegriffen. Er schließt seinen Artikel, in dem er die wirtschaftlichen Umgestaltungen in China und in der UdSSR vergleicht, mit der Feststellung, daß "mit der Einleitung radikaler Reformen in der UdSSR" zwischen ihr und China ein Wirtschaftswettbewerb begonnen habe, der in der Welt Beachtung finde. Falls jeder Teilnehmer fähig sei, Vorsprünge des anderen für die Überwindung eigener Schwächen auszuwerten, so werde sich das günstig auf den Wettbewerb und seine Ergebnisse auswirken. Dabei könne es keine Verlierer geben, die Gewinner würden beide Völker und der Sozialismus in der ganzen Welt sein.

S. GONTSCHAROW,
O. ARTEMJEW

Wer bezahlt den „Krieg der Sterne“?

Alexej KIREJEW

Als ein Korrespondent der französischen Zeitschrift "Nouvel Observateur" diese Frage dem US-amerikanischen Ökonomen Leontief stellte, fleckte der Nobelpreisträger: "Europa natürlich! Sie haben ja auch unseren Vietnamkrieg finanziert, wissen Sie noch? Das war unter Johnson. Wir sollten grüne Banknoten drucken und sie in Europa in Umlauf bringen. Das waren die ersten Eurodollar. Danach zwangen wir Europa wieder mit Hilfe des Dollars und durch hohe Bankzinsen, für unser Haushaltsdefizit aufzukommen. Uns hindert nichts, daselbe jetzt mit SDI zu wiederholen."

Eine waghalsige, aber nicht ganz unbegründete Ansicht. Darauf fixiert, die militärische Überlegenheit über die UdSSR zu erringen, läßt man in den USA nicht nur die Realitäten der Welt von heute außer Acht, sondern auch die Potenzen der amerikanischen Wirtschaft. Diese neue Runde des Rüstungswettkampfs können die USA schon nicht mehr im Alleingang finanzieren. Sie wälzen einen gehörigen Anteil auf die Schultern der Bündnispartner ab.

Unter einem Hut

Im November 1986 hielt sich der Direktor für die SDI-Organisation, Abrahamsen, in Frankreich auf. Er besuchte auch ein Polytechnikum in Paris. Vor den Professoren entschuldigte er sich für seine nicht vorhandenen Französischkenntnisse und hielt eine Rede in betontem Englisch. Die Ansprache des "Sternenkriegs"-Generals läßt sich im wesentlichen auf einen Satz reduzieren: "Wir brauchen Ihre Hilfe."

Denselben schlichten Gedanken enthielten auch die Appelle vieler führender US-Politiker, in denen sie ihren Bundesgenossen SDI aufnötigten. Und

diese verstanden: Das ist keiner der üblichen Mahnrufe an die atlantische Solidarität, sondern das Eingeständnis dessen, daß die USA ihre eigenen Quellen erschöpft haben, aus denen sie sonst ihre ehrgeizigen Kriegsprojekte finanzierten.

Die bundesdeutschen "Blätter für deutsche und internationale Politik" resümierten: In der ersten Amtszeit unter Reagan deckten die laufenden Haushaltseingänge 40% der Militärausgaben ab. Das darüberhinaus erforderliche Geld nahm die Regierung auf, und zwar überwiegend auf dem Inlands-Geldmarkt. Dieser Anteil machte unter der Nixon-Regierung 83%, unter Ford und Carter 52% aus. Die Haushaltsabteilung des US-Kongresses veröffentlichte vor nicht allzu langer Zeit ein Dokument, aus dem hervorgeht, daß der Tag nicht mehr fern ist, da das Haushaltsdefizit der Bundesbehörden den US-Kapitalmarkt vollständig aufsaugt und die Zivilindustrie jeden Kredits für Kapitalinvestitionen beraubt. Damit der unersättliche Rüstungsmoloch nicht alles freiverfügbare Kapital verschlingt, pumpte Washington durch seine Hochzinspolitik Auslandskapital ins Land. Im Endergebnis erleichterte der Kapitalabzug über den großen Teich Westeuropa zwischen 1981 und 1985 um mehr als 300 Md. Dollar. Für denselben Zeitraum kostete diese Hochzinspolitik die Entwicklungsländer 120 Md. Dollar.

Solange die Auslandsaktiva der USA die amerikanischen Auslandsinvestitionen nicht überstiegen, blieb die Finanzierung von Kriegsvorbereitungen auf Kosten fremder Geldgeber ohne Einfluß auf die internationalen Positionen der USA. Seit Anfang 1985 jedoch wurden die USA zu einem reinen Schuldner. Die "Business Week" konstatierte düster: "Klar, daß die Amerikaner für ihre Kreditschlamperei bezahlen müssen." Den hohen Zinssatz beizubehalten wurde nicht nur unmöglich,

sondern gefährlich. Man senkte ihn genau so weit, daß er als Puffer gegen den Abzug ausländischen Kapitals fungierte.

Anstelle der Hochzinspolitik wurden andere Methoden eingesetzt. Washington sicherte sich zunächst den Anschluß Großbritanniens, der BRD, Italiens, Israels und Japans an SDI und verschaffte sich damit eine Auswahl der vom militärischen Standpunkt perspektivreichsten Technologien auf dem kapitalistischen Weltmarkt, ohne größere Mittel oder Zeit auf ihre Projektierung zu verwenden. Der italienische "Europeo" schreibt: "Man kann davon ausgehen, daß der Anschluß westeuropäischer Firmen an SDI den idealen Kanal für einen systematischen Transfer europäischer Ideen und Projekte im high-tech-Bereich in die USA darstellt. Denn die USA beschaffen sich im Laufe eines Jahres und für ganze lächerliche 60-70 Mio. Dollar das Beste, was in 300 europäischen Spitzenunternehmen erdacht und projektiert wird. Wenn die Europäer dann in den Genuß der technischen Errungenschaften ihrer eigenen Firmen und wissenschaftlich-technischen Einrichtungen kommen wollen, müssen sie sie den Amerikanern abkaufen."

Nicht umsonst hatte James Abrahamsen seine Worte in Paris so deutlich akzentuiert. Washington beabsichtigt auch in Zukunft finanzielle, technologische, intellektuelle und andere Ressourcen aus der restlichen kapitalistischen Welt abzusaugen, um eine neue, inzwischen kosmische Rüstungsruhe durchzustehen. Marx verglich den Militarismus damit, daß man einen Teil seines nationalen Kapitals über Bord wirft. Das von amerikanischen Militäristen dem Westen aufgezwungene transnationale Wettrüsten kann man schon damit vergleichen, daß man fremdes Kapital gleich mit über Bord wirft.

Das dicke Ende kommt erst noch

Nach immerhin über vier Jahren "Forschungsarbeiten" an SDI vermag niemand zu sagen, wieviel dieses weitgefaßte ABM-System mit weltraumgestützten Elementen kostet. Klar ist nur, daß seine Verwirklichung über viele Jahrzehnte Mittel in Milliardenhöhe verlangt. "Es ist paradox", schrieb eine westeuropäische Zeitung, "die gewaltigen Ausgaben für die Forschungsarbeiten am 'Weltraumschirm' sind jetzt der wichtigste Grund dafür, daß die Amerikaner auf einer Realisierung des Programms bestehen."

Der amerikanische militärisch-industrielle Komplex rechnet bei der Fertigstellung dieses Systems von Weltraumwaffen für die nächsten 25 bis 30

Jahre mit garantiertem Profit. Das erste Jahr SDI-Bau verschlang 992 Mio Dollar. Das ist jedoch nur die Spitze des "Weltraumeisbergs". Unter das SDI-Programm wurden nämlich sofort sämtliche militärischen Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Antiraketenwaffen subsumiert. Hierfür gaben die USA von 1954 bis 1983 zwischen 40 und 50 Milliarden Dollar aus. Allein die Projektierung von Kampfblasern, einem wichtigen SDI-Bestandteil, ließen sich die Bundesbehörden 2 Milliarden kosten.

Dazu kommt, daß die führenden Luft- und Raumfahrtgesellschaften sich an Militäraufträgen gesundstößen und jährlich 30 Mio Dollar in die Projektierung "ausichtsreicher" Weltraumwaffen investieren. Das Grundkapital der SDI war also gar nicht so bescheiden, wie es sich auf den ersten Blick ausgenommen haben mag. In den letzten drei Jahren wachsen die Bundesausgaben für SDI in beinahe arithmetischer Progression: 1985 1,4 Md., 1986 2,8 Md., 1987 3,5 Md. Dollar. Für 1988 beantragte das Pentagon 5,5 Md. In

ein wirtschaftliches Problem, sondern für ihre Bündnispartner. Weil diese der Versuchung hoher Zinsen nicht widerstehen konnten, haben sie jedoch schon alle SDI-Mittel auf US-Banken überwiesen. Solange die Erprobung von Prototypen der Weltraumwaffen keine immensen Summen erfordert, kann das Pentagon die Weltraumkosten aus seinem Jahreshaushalt bestreiten. Günstig in diesem Zusammenhang ist außerdem, daß in den nächsten Jahren die Notwendigkeit entfällt, größere Modernisierungsprogramme der Streitkräfte zu finanzieren. Diese Mittel werden frei für SDI. Wenn es aber an die Produktion und Stationierung der Weltraumsysteme geht, werden gigantische Summen fällig, um die Rechnungen des Pentagon zu begleichen. Dann erst steht das Weiße Haus unmittelbar vor der Aufgabe, die Militärausgaben zu erhöhen. Das führt dann unweigerlich zu einem noch größeren Loch in der Staatskasse.

hang mit Arbeiten an SDI bereits über 600 Verträge vergeben sind. Unter den Vertragsfirmen sind 70 private Industrie- und Handelsunternehmen und Laboratorien, 90 Universitäten und wissenschaftliche Zentren und 190 mittelständische Unternehmen. Berechnungen der "Wirtschaftswoche" (BRD) zufolge muß das Weiße Haus zwischen 20 und 25 Md. Dollar ausgeben, um SDI unumkehrbar zu machen.

Um höhere Ausgaben für SDI zu rechtfertigen, verweisen ihre Befürworter gern auf den wissenschaftlich-technischen Nebeneffekt. Der wirtschaftliche Effekt bei der Vorbereitung von star-wars jedoch ist weitaus fragwürdiger als bei der Ausrüstung mit strategischen oder konventionellen Waffen. Die Effektivität von Kapitalinvestitionen in das Rüstungsgeschäft beträgt, wenn man sie unter dem Standpunkt ihrer Nützlichkeit für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt betrachtet, weniger als 10 Prozent derjenigen von Investitionen in die zivile Forschung. Die weitaus meisten militärischen Forschungsergebnisse lassen sich im zivilen Bereich nicht anwenden. Die Weltraumtechnologie mit doppelter, d.h. militärischer und ziviler Bestimmung, wie sie im Zusammenhang mit SDI geschaffen werden soll, kommt den amerikanischen Steuerzahler teurer zu stehen, als dieselbe Technologie im Prozeß einer friedlichen Erschließung des Weltraums.

Somit sind die Versuche rechter Politiker, SDI als segensreich für die Wirtschaft und die amerikanische Gesellschaft zu verkaufen, glatte Täuschung. Mit jedem Tag verschlingt SDI mehr materielle und intellektuelle Ressourcen und schmarotzt somit bereits nicht mehr nur an der amerikanischen, sondern an der gesamten kapitalistischen Wirtschaft.

Michail Gorbatschow sagte vor Arbeitskollektiven des Kosmodroms Baikunur und in Leninsk, daß SDI "nicht nur die Ausplünderung der Steuerzahler ist..."

Die wirtschaftliche Ineffizienz der SDI macht sie jedoch nicht weniger gefährlich. Der militärisch-industrielle Komplex ist bekanntmaßen eine autonome Enklave, die sich nach eigenen Gesetzen entwickelt. Ihre wichtigste Aufgabe: Profite aus dem Staatshaushalt herauszuschlagen, indem man auf das Bedürfnis nach nationaler Sicherheit spekuliert. Wenn man jedoch auf den "Krieg der Sterne" baut, vertieft man nur das Problem der Sicherheit für die USA und die ganze Welt. Die einschlägigen Vorbereitungen nehmen dem amerikanischen Volk und den Völkern anderer Länder die Möglichkeit, den Weltraum in friedlicher Absicht zu nutzen und im Interesse des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts international zusammenzuarbeiten.



Unsere Ideen, euer Geld...

Zeichnung aus: „Der Spiegel“ (BRD).

diesen vier Jahren wurde SDI zum größten militärischen Forschungsprogramm der USA.

Um star-wars dem Publikum als "Billionenprogramm" anzudienen, interviewte die US-Fernsehgesellschaft NBC ehemalige Wirtschaftsberater der vier letzten Regierungen im Weißen Haus, wie sich denn nun SDI auf die US-Wirtschaft auswirke. Die Ex-Berater kühn: "Eine Realisierung des SDI-Systems stellt für die USA kein wirtschaftliches oder finanzielles Problem dar." Und: "In den nächsten zehn Jahren wird sich SDI reibungslos in den Jahreshaushalt des Verteidigungsministeriums einpassen."

Soweit wir informiert sind, ist SDI im Anfangsstadium nicht so sehr für die USA

Diabetes:

Insulin

oder Skalpell?

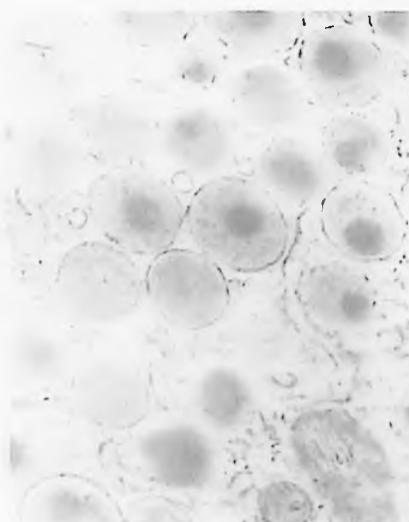
Auf den ersten Blick ist in dem mit einer orangenen Flüssigkeit gefüllten Glasfläschchen nichts Besonderes. Beim näheren Hinsehen erkennt man jedoch deutlich winzige Kugelchen, die scheinbar an der Gefäßwand kleben. „Das sind Beta-Zellen“, erklärt mir der Leiter des Labors für Gewebekulturen am wissenschaftlichen Forschungsinstitut für Transplantationen und künstliche Organe beim Ministerium für Gesundheitswesen der UdSSR, Dr. sc. med. Valentin Bljumkin. „Sie produzieren das von Diabetikern benötigte Hormon Insulin. In einem solchen Gefäß züchten wir Dutzende Millionen Beta-Zellen, die dann in unserer klinischen Abteilung Patienten übertragen werden, die an schwerem Diabetes leiden.“

Hier, im Labor für Zellgewebskulturen, wollte ich etwas über die neuen Therapiemöglichkeiten des Diabetes mellitus erfahren. Wie bekämpft die Wissenschaft heute diese Krankheit? Zunächst etwas Statistik: 1980 gab es weltweit ungefähr 30 Millionen Diabetiker, deren Anzahl sich in den nächsten 15 Jahren etwa verdoppeln wird, wie Experten der WHO schlußfolgern. In der UdSSR leben heute 7 Millionen Zuckerkranken.

Die Therapie der Zukunft ist zweifellos die Transplantation einer von einem Spender entnommenen Bauchspeicheldrüse. Diese Methode ist derzeit jedoch noch mit einem hohen Risiko verbunden. Bisher wurden 900 Transplantationen vorgenommen, in den USA, in Schweden und in der Schweiz. Auch in der UdSSR werden entsprechende Operationen durchgeführt, allerdings in Grenzen, denn die Gefahr postoperativer Komplikationen ist hoch. Das Transplantat kann abgestoßen werden, Thrombosen können auftreten und verschiedene Infektionen das Leben des Patienten bedrohen. Im Laufe der Zeit wird man lernen, viele auftretende negativen Operationsfolgen zu beherrschen. Zwar sind bereits heute einzelne Erfolge zu verzeichnen, doch sind 7 Jahre Leben mit einer fremden Bauchspeicheldrüse das bisherige Maximum, und dieser Zeitraum

liegt selbstverständlich weit unter dem gewünschten Resultat.

Der russische Mediziner Leonid Sobolew hatte bereits 1900 die Idee, nicht die gesamte Bauchspeicheldrüse zu verpflanzen, sondern nur ihr Endokringewebe. Verwirklicht wurde sie jedoch erst 1977,



Beta-Zellen unter dem Elektronenmikroskop bei 30 000facher Vergrößerung

als Chirurgen der Universität Minnesota (USA) einem Diabeteskranken einige Teile der Spenderbauchspeicheldrüse einsetzen. Die Operation war leider nicht gelungen, aber die Wissenschaftler in vielen Ländern hofften trotzdem, in Zukunft Erfolge zu erzielen.

Was verspricht die Beta-Zell-Transplantation?

Am 4.10.1979 führte W.I.Schumakow die erste Transplantation von Beta-Zellen in der UdSSR durch. Waleri Schumakow ist Direktor des wissenschaftlichen Forschungsinstitutes für Transplantation

und künstliche Organe und korrespondierendes Mitglied der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der UdSSR. Die experimentellen Forschungen zu dieser Transplantation begannen 1975. Sie zeigten, daß es günstiger ist, nicht das unmittelbar vom Spender entnommene Gewebe zu übertragen, sondern dessen vorher kultivierte Zellen.

Die Wissenschaft begann vor über 100 Jahren, sich intensiv mit dem Diabetes zu befassen. Ausgangspunkt war die Entdeckung der „Langerhanschen Inseln“ durch den deutschen Histologen Paul Langerhans. Das Inselorgan wurde später nach ihm benannt. Nach 1900, unter anderem durch die Forschungen Sobolews, stellte man fest, daß die Langerhanschen Inseln den Blutzuckerspiegel steuern. 1921 gelang es den kanadischen Wissenschaftlern Frederic Banting und Charles Best, Insulin aus dem Inselorgan zu gewinnen.

Wissenschaftler des Instituts für Transplantation und künstliche Organe erarbeiteten eine originelle Methode der Gewinnung von Zellkulturen aus den Bauchspeicheldrüsen des Menschen und der Tiere. Die Zellkulturen werden in einer speziellen Nährösung gezüchtet. Es erwies sich, daß die kultivierten Tierzellen sich gut in den menschlichen Organismus einfügen. 220 Beta-Zell-Transplantationen wurden durchgeführt, wobei man in 80 Fällen den Kranken Zellen übertrug, die aus der Bauchspeicheldrüse von Ferkeln gewonnen wurden, da Schweineinsulin dem menschlichen sehr ähnlich ist. Die Resultate waren zufriedenstellend. Im Laufe der Zeit vereinfachte man auch die Methode, dem menschlichen Organismus die Zellen zuzuführen.

Anfangs mußte man operieren. Die Beta-Zellen wurden dem Körper über die Pfortader zugeführt oder nach einem Schnitt in die Bauchwand plaziert. Jetzt gelang es den Ärzten, die Beta-Zellen zu injizieren!

Eine Frage, die sicher auch die Leser bewegt, ist noch offen. Kann durch diese Methode der Beta-Zell-Übertragung auf die ständigen Insulingaben verzichtet werden? Leider nein. Diese Aufgabe hatten sich die Forscher aber auch gar nicht gestellt. Ziel ist es, die Spätfolgen des Diabetes zu überwinden und den Krankheitsverlauf günstig zu beeinflussen. Der Einsatz von Inselzellen stabilisiert den Blutzuckerspiegel, senkt die benötigte Insulindosis und verbessert den Allgemeinzustand des Patienten.

Die Hormone umgehen die Leber

Vor kurzem wurde in der Klinik des 1. medizinischen Instituts „I. M. Setsche-

now" eine neue Operationsform zur Behandlung des Diabetes durchgeführt.

„Das Schlimmste an dieser Krankheit ist, daß junge, arbeitsfähige Menschen von der Zuckerkrankheit quasi zu Invaliden gemacht werden“, meint Prof. Galperin, der die Operationsmethode entwickelt hat. Diabetes ist die Hauptursache für Erblindung, die Kranken sind sehr anfällig für Atherosklerose und Hypertonie. Diabetiker erleiden eher als andere einen Herzinfarkt, oft versagen die Nieren...

Wie sieht die Galperin-Methode zur Bekämpfung des Diabetes aus? Aus der Leber wird operativ Glukagon entfernt, ein Stoff, der gemeinsam mit dem Insulin die normale Zuckeralbalance im menschlichen Organismus hält.

Das Hormon Glukagon ist sozusagen der „Gegenspieler“ des Insulins. Es ruft in der Leber eine verstärkte Glukoseproduktion hervor und erhöht dadurch den Blutzuckerspiegel. Beide Hormone sind an der Entstehung des Diabetes beteiligt.

„Obwohl diese Theorie viel für sich hat, wird sie von einigen Wissenschaftlern vollkommen abgelehnt“, sagt Prof. Galperin. „Nichtsdestoweniger bin ich davon überzeugt, daß alle lebenswichtigen Systeme zwei Anfänge haben.“

Galperin entfernt Glukagon aus der Leber, indem er die von der Bauchspeicheldrüse abgehende Ader, in der das Glukagon fließt, mit einer dicht an der Leber vorbeiführenden Ader verbindet. Das Glukagon kann dadurch die Leber umgehen und erst nachdem es sich auf der Peripherie mit dem Insulin verbunden hat, im entsprechenden Ver-

„Nowoe Wremja“

in Griechenland

Zu den neun Sprachen, in denen die NZ erscheint, ist als zehnte Griechisch hinzugekommen. Seit Mai können die Leser in Griechenland die NZ in ihrer Muttersprache lesen.

Das Heft wird eingeleitet mit einer Grußbotschaft Michail Gorbatschows an die „Sechs von Delhi“, zu denen bekanntlich auch Griechenland gehört.

Auf ihren 48 Seiten beleuchtet die Zeitschrift die wichtigsten Ereignisse des heutigen internationalen Lebens, berichtet über die neuen Friedensinitiativen der UdSSR. Die griechischen Leser werden auch über einige Seiten der sowjetischen Wirklichkeit informiert. Eingehend wird über die Wahl des Direktors eines Industriebetriebes berichtet. Beiträge zu Kultur und Wissenschaft runden das Heft ab.

„Die Bekanntheit der griechischen Öffentlichkeit mit dem Leben in der UdSSR, mit ihren Anstrengungen zur

VEOI
KAIPOL



Zügelung des Wettrüstens und zur Beseitigung der Nuklearwaffen wird zur Festigung der beiderseitigen Sympathie, die in unseren Völkern lebt, befragt“, erklärte Kostas Michaelides, Direktor der Firma Nei Keri Elladas, Herausgeber der griechischen Ausgabe unserer Zeitschrift.

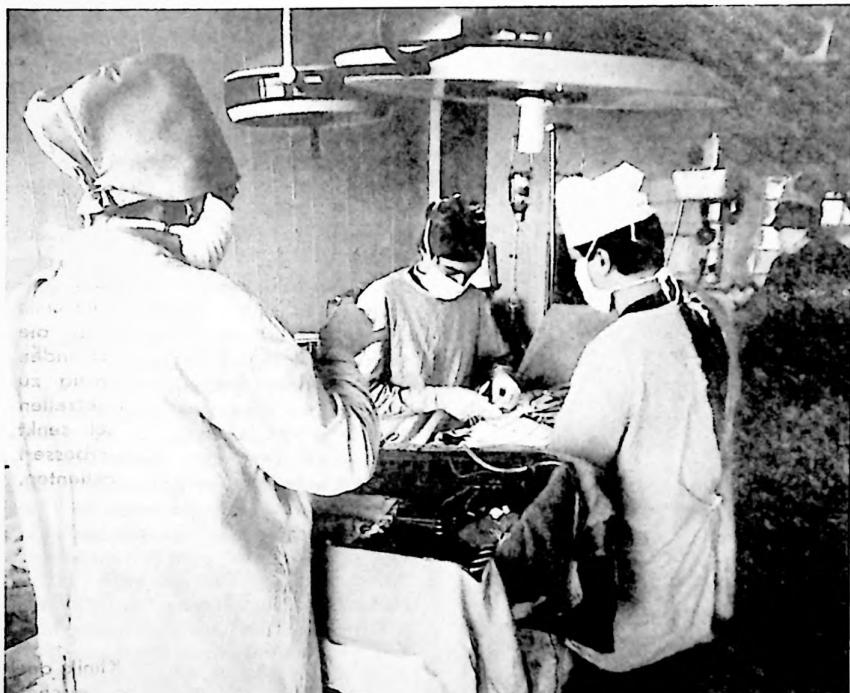
hälfte dorthin zurückgelangen. Diese Operation wird in schweren Fällen angewandt, d. h. wenn Insulininjektionen allein nicht mehr genügen, um den Blutzuckerspiegel zu senken.

Kann man nach der Operation auf die Insulinspritze verzichten? Nein, auch nach

einem erfolgreichen chirurgischen Eingriff muß weiterhin Insulin injiziert werden, jedoch in weitaus geringeren Dosierungen. Bis heute erfolgten schon über 80 Operationen in Zusammenarbeit mit der chirurgischen Klinik des medizinischen Institutes Kemerowo. Je mehr Zeit nach einer solchen Operation vergeht, desto bemerkenswerter werden deren Resultate. Wird diese Behandlungsmethode breite Anwendung finden, oder wird sie nur den schweren Fällen vorbehalten bleiben? Wird man sie vor dem Auftreten von Komplikationen anwenden können? Das alles wird sich zeigen.

In Vorbereitung auf die oben beschriebene Operation wurden Tierexperimente durchgeführt, die noch viele Wege zur Behandlung des Diabetes offenließen. Einschlägige Forschungen erfolgen jetzt in Zusammenarbeit mit dem sowjetischen wissenschaftlichen Forschungsinstitut für Molekulärbiologie beim Ministerium für medizinisch-biologische Industrie der UdSSR. Für ein komplexes Forschungsprogramm, das die effektivsten Therapiemöglichkeiten beinhaltet, muß die Zusammenarbeit vieler Spezialisten gesichert sein. Internisten, Endokrinologen, Biochemiker und Morphologen sollten ihre Forschungen in einem Zentrum vereinen. Die Theorie Galperins interessiert wissenschaftliche Forschungsinstitute in Moskau und Nowosibirsk. Das Ziel, die erfolgreiche Behandlung der tückischen Zuckerkrankheit ist klar, jedoch sind noch umfangreiche Arbeiten vonnöten.

Foto: A. Kostin



Vanuatu: statt zweier fremder eine eigene Flagge

Oleg SKALKIN

Bei einer Demonstration, die ich in Vila, der Hauptstadt der pazifischen Inselrepublik Vanuatu, sah, gingen die Frauen und Kinder voran, was nach melanesischem Brauch die Friedlichkeit des Aufmarschs zum Ausdruck bringen soll. In alten Zeiten wurden auf diese Weise Verbindungen angeknüpft und wurde zwischen verfeindeten Stämmen Frieden geschlossen. Mit der geschilderten Demonstration manifestierte das Volk seine Einstellung zur weltpolitischen Kardinalfrage: zur Frage von Krieg und Frieden.

In Vila hatte gerade eine Konferenz gelagert, auf der Vertreter südpazifischer Länder gegen die Militarisierung der Region und dagegen Stellung nahmen, daß man aus ihr den Schauplatz einer Konfrontation macht. Die Demonstranten erklärten sich mit den Konferenzbeschlüssen und damit einverstanden, daß ihre Regierung das Land zur kernwaffenfreien Zone erklärt hat. Die Regierungspartei — die Vanuaaka — und die Regierung der Republik unter Walter Lini treten entschieden dagegen auf, daß im Pazifik Kernwaffen stationiert und getestet werden.

Wider alle Erpressungen

"Wenn die Kolonialisten früher Arbeitskräfte brauchten, entführten sie kurzerhand Inselbewohner. Später rissen sie unseren Grund und Boden an sich und machten daraus Plantagen. Jetzt wollen sie sich das Meer aneignen, um darin radioaktive Abfälle zu versenken und Nuklearraketen zu testen", erklärte vor kurzem Barak Sope, Generalsekretär der Vanuaaka-Partei. "Ein mit Trident-Raketen bestücktes U-Boot ist natürlich etwas ganz anderes als ein Segelschiff der Sklavenhändler. Für uns ist es aber

das gleiche. Darum ist Vanuatu gegen jede Nuklearkolonialisierung im Pazifikraum."

In diesem Sinne handelt man auch. Schon vor einigen Jahren wollte ein US-Geschwader die Male-Bai anlaufen, an der Vila liegt. Der Befehlshaber wollte sich nicht dafür verbürgen, daß seine Schiffe keine Kernwaffen führten. Von den Behörden Vanuatus abgewiesen, mußte das Geschwader seinen Kurs ändern. Das trug sich zu, lange bevor die Regierung Neuseelands ein gleiches tat, was zur langwierigen Konfrontation zwischen Washington und Wellington geführt hat. Auf das Vorgehen Vanuatus war nicht so empfindlich reagiert worden, und die Weltpresse hatte nicht soviel darüber geschrieben. Aber ohne Folgen blieb dieses Vorgehen nicht.

Die US-Regierung sah in der "Widerspenstigkeit" Vanuatus einen Afront gegen ihren Anspruch, in dieser Region schalten und walten zu können. Das kleine Inselland wurde zur Zielscheibe imperialistischer Propaganda gemacht. Fast jeder selbständige außenpolitische Schritt Vilas ist den USA ein Ärgernis. Vanuatus Beitritt zur Bewegung der

Nichtpaktgebundenen ist in den USA bösartig interpretiert worden. Vilas Politik gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen in den Nachbarländern Neukaledonien und Französisch-Polynesien wird falsch dargestellt. Man zweifelt sogar Vanuatus Hoheitsrecht an, normale diplomatische Beziehungen zu Ländern zu unterhalten, die den USA oder ihrem ANZUS-Partner Australien mißliebig sind. Ebenso verhielt man sich, als Vanuatu solche Beziehungen zu Kuba und später zu Libyen aufnahm. Als das Inselland im Juni v. J. in diplomatische Beziehungen zur UdSSR trat und im Januar d. J. ein Fischereiabkommen mit ihr schloß, grenzten die Angriffe gegen die Außenpolitik Vilas an massive Drohungen.

Der Gedanke, den Südpazifik zur kernwaffenfreien Zone zu erklären, fand in Vila lange vor dem Vertrag von Rarotonga Resonanz. Vanuatu ist aber dafür, daß in dem Vertrag auch das Anlaufen südpazifischer Häfen durch mit Kernwaffen bestückte ausländische Schiffe und das Überfliegen der südpazifischen Länder durch mit Nuklearbomben bestückte Flugzeuge verboten wird. Die Stimme des kleinen Landes wird in der ganzen Welt gehört.

Unter dreifachem Joch

Die Republik Vanuatu erschien vor kaum sieben Jahren, nämlich am 30. Juli 1980, auf der politischen Weltkarte. Auf den Inseln, die sich etwa vom 10. Grad südlicher Breite bis zum Wendekreis des Steinbocks hinziehen, war ich das erste Mal, als das Land noch Neue Hebriden hieß und eine Kolonie Großbritanniens und Frankreichs war. Die doppelte Unterstellung war etwas Ungewöhnliches und machte sich auf Schritt und Tritt bemerkbar.

An den doppelten Flaggstöcken längs der Straßenränder hingen die französische und die britische Flagge. Hinter dem typisch behelmten "Bobby" schritt ein französischer "agent" mit französischer Uniformmütze und in Kniehosen ihrer beider Revier ab. In den Banken hingen neben Bildnissen der Königin von England Konterfeis des Präsidenten von Frankreich, und die Churchillstraße ging in die Avenue de Gaulle über.

Diese koloniale Symbiose drückte dem sozialen Leben ihren Stempel auf. Die Schulen waren für Kinder teils mit englischen, teils mit französischen Sprachvorkenntnissen getrennt. In der Nationalsprache Bislama wurde nicht unterrichtet. Die französischsprachigen Inselbewohner waren größtenteils katholisch. Ihre Vorfahren waren von französischen Missionaren zum Katholizismus



bekehrt worden. Die meisten ihrer englischsprachigen Landsleute und Nachbarn waren Protestanten. In Vila bestanden neben den britischen Machtorganen mit ihren Gerichten, Gefängnissen und Büros französische. Der verworrene, schwerfällige und aufwendige Machtapparat entstand aus notgedrungenen Kompromissen der beiden Kolonialmächte bei Anbruch des 20. Jahrhunderts. Jede war auf ihren Vorteil bedacht. Um die Interessen der Stammbevölkerung, der Melanesier, kümmerten sie sich nicht. Der Doppelkolonialismus war für die Inselbewohner ein dreifaches Joch: Großbritanniens, Frankreichs und beider zusammen. Besonders schwer war die Lage auf dem Lande.

Noch heute sind etwa 80 Prozent der 135 000 Inselbewohner in der Landwirtschaft mit vorherrschender Naturwirtschaft beschäftigt. Das bedeutet, daß die meisten Einwohner der Zwergdörfer an den Rändern der Chaussee auf Elaie, der größten Insel, hauptsächlich sich selbst ernähren. Der ganze Handel, den sie kennen, besteht aus dem Verkauf von ein paar Avocados oder Papayas an den Chausseerändern.

Die Erde Vanuatus bringt zu jeder Jahreszeit Bananen, Taro-, Yams-, Mango- und andere Früchte hervor. Viele Inselbewohner leben von diesen Früchten und von den Gaben des Meeres, die sie bei Ebbe in den seichten Lagunen sammeln. Vom größten Reichtum der 82 Inseln, aus denen das Land besteht, von den Kokosnüssen, fiel für die Stammbewohner kaum etwas ab. 300 Plantagenbesitzer, unter denen die Franzosen am stärksten vertreten waren, hatten sich drei Viertel des fruchtbaren Bodens angeeignet. Sie sind mit prächtigen Palmenplantagen bestanden, die mit Hilfe moderner Technik in gutem Zustand erhalten wurden. Die Ausfuhr der Kopra ergab bis zu 75 Prozent der Exporteinkünfte. In ihren Genüß kamen die weißen Pflanzer sowie die australische Gesellschaft Burns Philp und die französische Firma Ballande, die den Melanesiern die Kopra für einen Pappenstiel abkaufen. Sie wußten, daß die Unabhängigkeit ihren Vorrechten ein Ende machen würde, und widersetzten sich ihr.

Vila vom Ende des kolonialen Kondominiums habe ich argwöhnisch und erregt in Erinnerung. Gerüchte von bevorstehenden Verschwörungen und von Waffen gingen um, die angeblich aus Australien und dem französischen Neukaledonien für die aktiven Gegner aller Veränderungen herübergeschmuggelt wurden.

Gleich nach der Ausrufung der Unabhängigkeit kam es auf der nördlichen Insel Espiritu Santo zu einem separatistischen Aufruhr, wie man jetzt weiß, mit dem Segen der europäischen Plantagenbesitzer.



Marktag in Vila

Autorenfoto

Auf Reformkurs

Ich bin also wieder in Vila, das jetzt die Hauptstadt der souveränen Republik ist. Ich stelle manche Veränderung fest. Neubauten sind entstanden, in den Ämtern sieht es anders aus, und die ganze Atmosphäre ist nicht wiederzuerkennen. Man bewegt sich frei und sicher und ist sichtlich optimistisch. Anstelle des Neuheidenfranc des Kondominiums gibt es eine neue Währung, den Vatu. Er ist ziemlich wertbeständig. Gegen die Inflation hat man energische Maßnahmen getroffen.

Die Regierung Lini hat ihrer Wirtschaftspolitik den einfachen Gedanken zugrunde gelegt, daß alles, was das Land besitzt und der Boden hervorbringt, dem Volk Vanuatus zugute kommen muß. Hierzu ausgehend, hat sie einige Tätigkeitsbereiche für das nationale Kapital reserviert. Die ausländischen Gesellschaften sind aus der Küstenschiffahrt (die mit dem Kopraankauf bei den Produzenten in Zusammenhang steht) ausgeschaltet worden. Einheimische Unternehmer haben auch den Transport zu Lande übernommen. Viele geschäftliche Vorhaben werden aber gemeinsam mit australischen und anderen ausländischen Firmen ausgeführt, die zu Investitionen bereit sind. In Branchen, in denen sich nationale Gesellschaften noch nicht betätigen können, ist Auslandskapital zugelassen.

Wie man mir im Finanzministerium und beim Planungskomitee sagte, entwickelt sich die Wirtschaft nach einem Fünfjahrplan, der 1982 anlief. Vorrangige Bedeutung hat bei der Entwicklungsstrategie die Bodenreform. Laut Verfassung dürfen nur Staatsbürger Vanuatus Grund und Boden besitzen. Nach dem Grundgesetz wird also die geschichtliche Gerechtigkeit wiederhergestellt und werden die Folgen der Kolonialwillkür ausgemerzt. Das tut man mit Umsicht, um die Plantagenbewirtschaftung nicht zu schädigen, die noch immer die

Grundlage der Wirtschaft bildet. Wo es vom Standpunkt der Produktivität wünschenswert ist, gestaltet man Ausländern, Land bei den rechtmäßigen Besitzern zu pachten. Die Reform bietet neue Möglichkeiten zur Förderung der Landwirtschaft und dazu, sie vielseitiger zu gestalten. Zunehmende Bedeutung gewinnen die Fleischrinderhaltung sowie das Anpflanzen von Kaffee- und Kakao-Bäumen usw. Schon besteht Aussicht auf eine industriell betriebene Fischerei. Zu ihrem Entstehen wird das Fischereiebbkommen mit der UdSSR beitragen. Ihm zufolge dürfen sowjetische Fischereifahrzeuge innerhalb der 200-Meilen-Wirtschaftszone Vanuatus Thunfische fangen und zur Aufnahme von Treibstoff etc. Häfen Vanuatus anlaufen, wofür der Republik jährlich 1,5 Mio Dollar gezahlt werden.

Im Land vollziehen sich, seitdem es unabhängig ist, buchstäblich in allen Lebensbereichen Veränderungen. Man hat örtliche Selbstverwaltungen gebildet und damit Verbindungen der Hauptstadt zu den Inseln an der Peripherie hergestellt. Große Bedeutung hat die gesamtstaatliche Politik im Schulwesen.

Die Neuerungen sind natürlich nicht leicht. Man muß dabei viele wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten überwinden, und das gelingt nicht immer. Außerdem sind die Inseln oft Naturkatastrophen ausgesetzt. Im Februar d. J. erfuhr ich zu meinem großen Leidwesen von einem verheerenden Orkan, unter dem Vanuatu gelitten hat. Er forderte Todesopfer. Tausende Menschen wurden obdachlos. Hunderttausende Kokospalmen und Obstbäume entwurzelt. Das bedeutet schwere neue Sorgen. Die Mittel, über die Vanuatu verfügt, sind ohnehin spärlich.

Die Hauptsache aber ist, daß sich das kleine Volk jetzt als Herr seines eigenen Geschicks fühlt. Die Wandlungen in Vanuatu bewahrheiten seinen Namen, der "unser Land" bedeutet. Das Land gehört jetzt denen, die darin leben und arbeiten.

Vila—Moskau

Swjatoslaw Roerich:

Ein Russe sieht Indien

Auf einer alten Straße nach Mysore, etwa 25 km von Bangalore, der Hauptstadt des indischen Staates Karnataka, entfernt, liegt das altertümliche Gut "Tatgunni". In einem nicht sehr großen Holzhaus, das seit mehr als einem Jahrhundert besteht und für Sowjetbürger stets gastfreudlich geöffnet ist, lebt hier Swjatoslaw Roerich, ein bekannter Maler, Ehrenmitglied der Akademie der Künste der UdSSR und Träger des Nehru-Preises für seinen hervorragenden Beitrag zur Entwicklung der sowjetisch-indischen Freundschaft und kulturellen Zusammenarbeit.

Swjatoslaw Roerich ist der Sohn Nikolai Roerichs, eines namhaften Vertreters der Kultur des 20. Jahrhunderts. Dieser Maler, Denker, Wissenschaftler und Weltreisende gehörte zu den Begründern der edlen Bewegung zum Schutz der Kulturerbe der Menschheit und förderte nach Kräften die Freundschaft zwischen Indien und der UdSSR. Heute setzt der Sohn die Sache des Vaters fort.

Als Maler steht Swjatoslaw Roerich zweifellos unter dem Einfluß seines Vaters und dessen Weltanschauung. Zugleich sprechen Roerichs Arbeiten von seinem tiefen Eindringen in die Kunst des alten und mittelalterlichen Indien, in die Wandmalereien von Ajanta und die Welt der Mogulminiaturen. Doch hat der Meister seinen eigenen, zutiefst originellen Stil erarbeitet. Dieser Stil zeugt von einer schöpferischen Weiterentwicklung großer Traditionen der russischen wie auch der indischen Kultur. Der indische Diplomat Krishna Menon, ein Verehrer von Roerichs Talent, sagte darüber treffend: "In Swjatoslaw Roerichs Kunst begegnen sich zwei Welten, die Welt Indiens und die Welt Rußlands. Das ist kein Wunder, weil auch er zu diesen beiden Welten gehört... In seiner Malerei sind Erbanlagen und Umgebung, Rußlands und Indiens inspirierende Ideen zu einem schönen Ganzen verschmolzen."

Roerich ist auch heute konsequent in seinem Streben, in Bild und Farbe den hintergründigen Sinn der Lebenserscheinungen zum Ausdruck zu bringen und die Innenwelt des Menschen

auszuleuchten. "Wenn ich ein Porträt male", sagt er, "beschäftigt mich vor allem der Charakter des Menschen." Die

Himalaja bis zur fruchtbaren Südküste. Das geistige Leben der indischen Völker, ihre Sitten und Gebräuche sind in zahlreichen Genreszenen und symbolträchtigen Gemälden festgehalten ("Wir arbeiten", "Heilige Flöte", "Frühling", "Roterde", "Ewiges Leben"). Der Maler fühlt sich vom Leben der einfachen Inder angezogen, die die Reichtümer des Landes erschaffen, der Bauern, Fischer, Weber, Töpfer und Färberinnen ("Töchter des Meeres", "Diese Farben dürfen nicht verlassen", "Ton nimmt Gestalt an"). Kennzeichnend für alle Werke des Malers sind die kühne Komposition und ein erstaunlicher Farben- und Lichtreichtum.

Andere Gemälde Roerichs sind mit seinem Friedensengagement verbunden. Er-



von ihm geschaffene Galerie umfaßt Politiker, Literaten, Musiker, Tänzer, Filmschauspieler. Unter ihnen sind auch die Eltern des Malers, Jawaharlal Nehru, Dr. S. Radhakrishnan, die Frau des Malers Devika Rani-Roerich, eine indische Filmschauspielerin, die ihm bei seinen gesellschaftlichen Aktivitäten zur Hand geht.

In seinem Schaffen gibt der Maler Indiens Natur in all ihrer Vielfalt wieder, von den majestätischen Schneegipfeln des

wähnt seien das Triptychon "Gekreuzigte Menschheit" und das berühmte "Du darfst diese Flamme nicht sehen". Auf diesem Bild deckt die Mütter ihrem Kind die Augen mit der Hand zu, damit es nicht sieht, wie in der atomaren Flamme Wolkenkratzer zerschmelzen und die Zivilisation untergeht. Das ist eine harte Mahnung an die Besessenen, die das Schicksal der Menschheit aufs Spiel setzen. In ihrer Aussage ist diese Arbeit mit Nikolai Roerichs kurz

vor Ausbruch des zweiten Weltkriegs entstandenem Gemälde "Armageddon" verbunden.

Seine Hoffnungen auf Frieden und allgemeines Wohlergehen knüpft Swjatoslaw Roerich unabänderlich an die weitere Festigung und Intensivierung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Indien. Er sagt: "Das vornehmliche Ziel meines Lebens war immer, beharrlich an meiner Selbstvervollkommenung zu arbeiten, um ein besserer Mensch zu werden und vollkommene und reiche Gedanken weiterzuleiten, die der Menschheit helfen und ihr Leben glücklicher machen können; ich bin überzeugt, in Zukunft wird die Menschheit verstehen, daß nicht Zersplitterung, sondern Zusammenschluß, die Einheit aller besten Eigenschaften zu aller Wohl notwendig sind. Jetzt gilt es, eine Wendung herbeizuführen, damit alle für militärische Zwecke verausgabten Mittel zum Wohl der Nationen, zum Kampf gegen Rückständigkeit, Seuchen und Elend verwendet werden. Die Freundschaft und Zusammenarbeit der UdSSR und Indiens ist ein überaus hoher Wert, wichtig nicht nur für diese Länder, sondern auch für ihre Nachbarn, für die gesamte Menschheit. Wir sind eine Milliarde der Erdbevölkerung, ein gigantisches Menschenmassiv, das bei der Erhaltung des Weltfriedens eine entscheidende Rolle spielen kann."

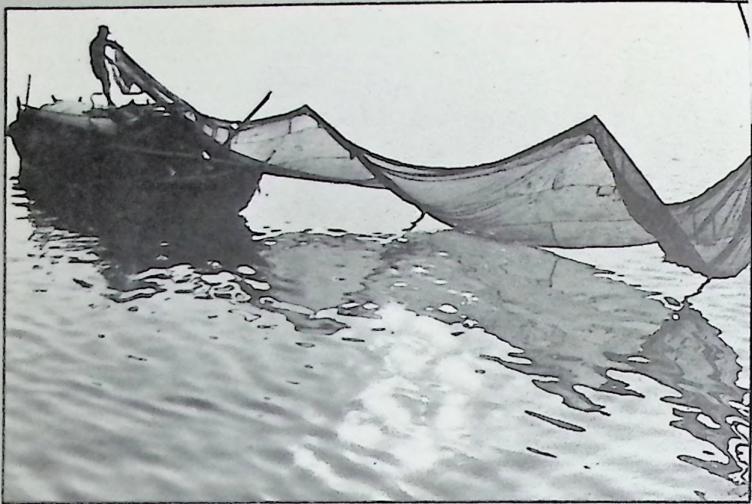
Swjatoslaw Roerich steht in engen Beziehungen zur sowjetischen künstlerischen Intelligenz. Zusammen mit seiner Frau war er mehrmals in der UdSSR. Im Mai besuchten sie auf Einladung der sowjetischen Akademie der Künste wieder einmal Moskau, wo sie ein freundschaftliches Treffen mit Michail Gorbatschow hatten. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU hieß den Maler herzlich willkommen und betonte die Verdienste der Familie Roerich, vor allem Nikolai Roerichs, um die kulturelle Annäherung unserer beiden Länder. Er verwies auch auf den unverzichtbaren Beitrag Swjatoslaw Roerichs zum Ausbau der sowjetisch-indischen kulturellen Zusammenarbeit.

Oleg TORTSCHINSKI
Foto: TASS

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawa"



Morgen am Fluß

14159 21 136 304 550
NVA 326 67 VM
2110 9005 0144 PF



„MENSCH,
MENSCHHEIT“
MENSCHLICHKEIT,

Dong Duc Thanh (Vietnam)

Ein altes Gewerbe

